

## Beschluss (vorläufig)

Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 09.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-P Europawahlprogramm (Präambel)

1 **Liebe Wählerinnen und Wähler,**

2 **die Europawahl 2019 ist eine Richtungswahl: Fällt unser Kontinent in den Nationalismus**  
3 **zurück? Kapitulierte die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft**  
4 **so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir sind uns**  
5 **sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen**  
6 **wir Europas Versprechen erneuern.**

7 Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich, Gleichberechtigung und  
8 Bewahrung unserer Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen der Europäischen Union. Es ist  
9 ein Versprechen, für das es sich zu kämpfen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa  
10 einen Raum geschaffen, in dem Bürger\*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht Heere  
11 entscheiden und alle Menschen vor dem Recht gleich sind.

12 Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten  
13 geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in  
14 Frage.

15 Zum ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. Im Gründungsland Italien  
16 regieren Faschisten mit Antieuropäern. In Österreich ist der rechtsnationale Innenminister  
17 dabei, die Pressefreiheit einzuschränken. In Rumänien, Polen und Ungarn höhnen die autoritär  
18 agierenden Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus und greifen die sexuelle  
19 Selbstbestimmung an. Die transatlantische Partnerschaft, die als Garant unserer Sicherheit  
20 galt, hängt am seidenen Faden, weil in den USA ein Rechtspopulist regiert, dem  
21 internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum wirtschaftlichen Feind erklärt.  
22 Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und Hunger, erhitzt sich unser  
23 Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung angegriffen, haben viele trotz Arbeit  
24 kaum Chancen, der Armut zu entkommen, wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den  
25 europäischen Mitgliedsländern, verändern Globalisierung und Digitalisierung radikal unsere  
26 Art zu leben, zu denken, zu arbeiten.

27 In dieser unübersichtlichen Lage suchen viele Menschen Halt. Ihre Unsicherheit ist den  
28 Nationalisten und Europafeinden willkommen, denn Angst ist der Treibstoff ihrer Politik.  
29 Komplexen Herausforderungen in einer globalen Welt begegnen sie mit Scheinalternativen, die  
30 einfache Lösungen versprechen, aber Probleme in Wahrheit verschlimmern.

31 Der Populismus wird aber auch durch die Unfähigkeit, den Egoismus und die Ängstlichkeit der  
32 europäischen Regierungen – auch der deutschen – genährt. Sie beschränken die Demokratie auf  
33 das Lösen kleinteiliger Probleme und überlassen die Vormacht der globalisierten Wirtschaft.  
34 Dieser im Kern neoliberale Ansatz bietet keine Antwort auf die Situation der Menschen und  
35 verstärkt ihre Ängste.

36 Es ist die Spirale der Angst, aus der wir ausbrechen müssen. Denn nur wenn wir uns etwas  
37 zutrauen, können wir gemeinsam der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und Europa  
38 als Idee des Gemeinsamen behaupten. Für uns bedeutet Europa mehr Souveränität. Abgrenzung  
39 und Einigeln ins Nationale sind in einer globalisierten Welt dagegen keine Lösung. Vielmehr  
40 bietet ein demokratisches und vereintes Europa den notwendigen Rahmen, in dem die  
41 Bürgerinnen und Bürger die Fragen der Zukunft selbstbestimmt beantworten können. Wir laden  
42 Sie ein, mit Ihrer Stimme daran mitzuwirken. In diesem Programm finden Sie unsere Ideen für  
43 eine ökologische, soziale, geschlechtergerechte und demokratische europäische Antwort. Wir  
44 bitten Sie: Gehen Sie jetzt mit uns in Europa gemeinsam voran.

#### 45 *Neue europäische Antworten*

46 Ein Land allein will ein faires Steuersystem, in dem die große Kaffeekeite genauso Steuern  
47 zahlt wie der Bäcker an der Ecke? Bislang lachen die Konzerne nur darüber und verschieben  
48 ihre Gewinne von Land zu Land, so lange, bis sie gar keine Steuern mehr zahlen. Ein Land  
49 allein will den digitalen Kapitalismus regulieren? Bislang scheren sich die Internet-  
50 Giganten nicht darum. 5, 15 oder auch 50 Millionen Nutzer\*innen weniger sind ihnen egal.  
51 Aber ganz Europa ist ein zu großer Faktor, auf den sie nicht verzichten können. Wir haben es  
52 bei der Datenschutzgrundverordnung gesehen – sie ist quasi der weltweite Maßstab geworden,  
53 weil die die Europäische Union sie geschlossen beschlossen hat.

54 Die Macht der multinationalen Konzerne und unfaire Dumpingwettbewerbe auf Kosten von  
55 Kleinunternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern kann man nur eindämmen, in dem man  
56 überstaatlich reguliert. Ein erster Schritt zu einer Unternehmenssteuer in der Europäischen  
57 Union kann eine gemeinsame Körperschaftsteuer von Deutschland und Frankreich sein, genauso  
58 wie eine europäische Mindestlohnrichtlinie und eine Ausweitung der europäischen Bankenunion,  
59 die globale Unternehmen und Investoren in die Schranken weisen und so Europa krisenfest  
60 machen würde.

61 Die Armut in Europa nimmt zu und Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen in  
62 Südeuropa, ist immer noch auf einem erschreckend hohen Niveau. Schutz vor Dumpinglöhnen,  
63 gute Ausbildung und die Perspektive auf eine Beschäftigung, die ein selbstbestimmtes Leben  
64 ermöglicht, sind die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns für ein  
65 inklusives Europa der Fairness und gegenseitigen Anerkennung auf Augenhöhe ein.

66 Die drohende Heizeit durch die Klimakrise können wir nur im globalen Zusammenspiel  
67 abwenden, und Europa kann dabei den Unterschied machen. Deswegen muss die EU ihrer  
68 Verantwortung gerecht werden und sich endlich Klimaziele setzen, die mit dem Pariser  
69 Klimaabkommen vereinbar sind. Wir wollen, dass die EU wieder eine Vorreiterrolle im  
70 Klimaschutz übernimmt, indem wir in Europa gemeinsam eine sichere Energieversorgung aus  
71 erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und Atom gewährleisten. Das schaffen wir zum  
72 Beispiel, wenn wir die spanischen und griechischen Solarparks, die dänischen Offshore-  
73 Windparks, die deutschen Windparks und die österreichischen Wasserkraftwerke miteinander  
74 verbinden.

75 Wenn wir Klimaschutz vorantreiben wollen, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn  
76 wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft noch fruchtbare Böden haben,  
77 dann brauchen wir einen radikalen Wandel in der europäischen Politik. CO<sub>2</sub> muss einen  
78 wirksamen Preis bekommen. Wir brauchen eine neue Landwirtschaftspolitik in Europa, eine  
79 Alternative zum Prinzip „Wachse oder Weiche“. Klimaschutz, Tierschutz und Gewässerschutz  
80 funktionieren nur, wenn nicht ein Land die Standards des anderen unterbietet. Die  
81 Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik ein Ende hat.

82 Die Zukunft Europas ist digital. Wir wollen die digitalen Veränderungen zum Wohle aller  
83 Menschen gestalten. Demokratische Regulierung sowie technische Innovationen sind dafür der

84 Schlüssel. Die europäische Digitalpolitik soll von den Menschenrechten geleitet sein und  
85 sich auf die Prinzipien der Offenheit und der Nachhaltigkeit stützen. Damit bildet Europa  
86 den Gegenpol zu digitalen Bestrebungen Chinas oder der USA.

87 Europa muss sich in einer sich verändernden Weltordnung immer stärker selbst beweisen – als  
88 außenpolitische Akteurin, für die der Mensch mit seiner Würde und Freiheit und seinen  
89 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht. Gemäß den Entwicklungszielen der Vereinten  
90 Nationen (SDGs) steht Europa in der Verantwortung, eine gerechte Weltordnung voranzutreiben  
91 und mögliche Widersprüche in der eigenen Politik im Interesse globaler Gerechtigkeit  
92 aufzulösen. Um die Würde des Einzelnen auch für die Menschen zu wahren, die in Europa Schutz  
93 suchen, muss ein solidarisches europäisches Asylsystem eingeführt werden, das für mehr  
94 Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

95 Auch in der Europäischen Union selbst gibt es Mitgliedstaaten, in denen sich autoritäre  
96 Strukturen immer weiter verfestigen. Die Zivilgesellschaften dort benötigen europäische  
97 Unterstützung, wenn sie für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Dafür wollen wir die  
98 Einklagbarkeit von Grundrechten auch in den europäischen Mitgliedstaaten ermöglichen. Wenn  
99 korrupte und undemokratische Regierungen gegen EU-Recht verstoßen, sollten europäische  
100 Gelder nicht mehr an sie, sondern direkt an die Kommunen und damit die Menschen dort gehen.

101 *Europa kann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen*

102 Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das  
103 Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen.  
104 Sie kann dazu beitragen, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.  
105 Dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die  
106 Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das  
107 wollen. In diesem Geiste müssen wir auch die bestehenden Krisen Europas wie die Klima- und  
108 Finanzkrise oder die mangelnde Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten lösen. Denn sie  
109 sind letztlich auch auf die strukturellen Entscheidungsdefizite auf europäischer Ebene  
110 zurückzuführen.

111 Die Krisen Europas sind auch die Folge von Demokratiedefiziten auf europäischer Ebene und  
112 nicht eingelöster Versprechen auf ein sozial gerechtes Europa. Deshalb wird es wesentlich  
113 sein, dass sich Europa als transnationale Demokratie und demokratische Union von Bürgerinnen  
114 und Bürgern weiterentwickelt. Dazu zählen eine grenzübergreifende Meinungsbildung, echte  
115 parlamentarische Initiativ-, Kontroll- und Budgetrechte. So lässt sich das Vertrauen in die  
116 europäischen Institutionen wieder stärken.

117 Darum geht es bei der Europawahl: zu entscheiden, was wir wollen. Wie wir zusammen leben  
118 wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Europa ist nicht aus Versehen und von allein  
119 entstanden. Es hat die fürchterlichen Wunden des Krieges überwunden, weil es Frauen und  
120 Männer gab, die Vision, Mut und Willen aufgebracht haben. Die europäische Idee ist mit das  
121 Wertvollste, was dieser Kontinent je geschaffen hat. Aus einst verfeindeten Staaten wurden  
122 Freund\*innen und Partner\*innen. Uns eint die gemeinsame Geschichte, mit all ihren Narben und  
123 all ihrem kulturellen Reichtum. Die EU ist seit über 70 Jahren ein Garant für Frieden, für  
124 das Überwinden trennender Grenzen. Sie war und ist auch der Garant für Wohlstand,  
125 Grundrechtsschutz und hohe Standards in unserem alltäglichen Leben.

126 Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass die Europäische Union mit einer  
127 Stimme spricht, weil häufig einzelne Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Politik verhindern.  
128 Deshalb sollten die europäischen Staaten mutig sein und dort zu Mehrheitsentscheidungen  
129 finden, wo diese die EU gemeinschaftlich handlungsfähiger machen. Oder sie sollten in einer  
130 verstärkten Zusammenarbeit mit einigen Staaten vorangehen. Gleichzeitig kann es auch Sinn  
131 machen, wenn Länder wie Deutschland und Frankreich den Schulterschluss suchen. Sie müssen

132 mit Ideen gemeinsam loslaufen, ohne in die historische Falle zu treten und alte Mauern  
133 wieder hochzuziehen. Denn ein Europa, in dem dauerhaft nur ein Kern vorangeht und andere  
134 zurückbleiben, wird entkernt enden. Wenn aber eine verstärkte Zusammenarbeit neue Lösungen  
135 bringt, wenn sie damit beweist, dass es geht und dass es gut geht, dann können sich die  
136 Zögerlichen vielleicht leichter anschließen und die EU wird insgesamt gestärkt. Von Europa  
137 kann so ein neues Versprechen ausgehen.

138 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten an, die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik  
139 für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass  
140 Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Dabei setzen wir auch auf die  
141 identitätsstiftende Kraft von Kunst und Kultur. Das gemeinsame Europa zu schützen bedeutet,  
142 den kulturellen Reichtum Europas gemeinsam zu fördern und zu bewahren. Wir stehen an der  
143 Seite der vielen, die in Initiativen, Bewegungen oder eigenständig vor Ort für diese Ziele  
144 eintreten – und zwar überall in Europa. Als europäische Parteienfamilie, verbunden über die  
145 Europäische Grüne Partei (EGP), streiten wir europaweit für unsere Ideen.

146 Erwartbar werden wir nach der Europawahl einen starken nationalistischen Block im  
147 Europäischen Parlament sehen, der destruktiv und antieuropäisch agieren wird. Wir wollen  
148 alles tun, was in uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-  
149 Parlament zu sorgen. Eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die  
150 Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine  
151 Kommissionspräsident\*in, die dafür einsteht.

152 Nie war die Zukunft Europas so unsicher wie heute. Es hängt jetzt entscheidend vom  
153 gemeinsamen Einsatz der Proeuropäer\*innen ab, welche Richtung die Europäische Union  
154 einschlagen wird, ob es am Ende scheitern wird oder zu neuer Stärke und Handlungsfähigkeit  
155 findet als europäische Demokratie.

156 Es ist keineswegs sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen. Aber sicher ist, dass wir  
157 verlieren werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen. Gerade die europäische Geschichte ist eine  
158 Geschichte von Verlusten und Niederlagen und falschen Führern. Aber nie wurde etwas besser,  
159 wenn man nicht gekämpft hat.

160 Deshalb bitten wir Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern. Wählen Sie  
161 Europa, denn Europa ist die Antwort. Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie finden im Jahr  
162 2019 keine entschlossenerere politische Kraft, die für ein geeintes, ökologisches,  
163 feministisches und gerechtes Europa arbeitet.

164 Europa kann es. Wenn wir es wollen.

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 09.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die  
2 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und  
3 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang  
4 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-  
5 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen  
6 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie  
7 müssen nur angepackt werden!

8 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei  
9 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz  
10 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen  
11 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage  
12 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir  
13 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt hat.  
14 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben und unsere  
15 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen  
16 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am  
17 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in den Ländern  
18 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für  
19 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge  
20 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Selbst die Weltbank  
21 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,  
22 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so oder so  
23 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,  
24 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue Schreckensmeldungen. Der  
25 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei  
26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an  
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,  
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern  
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und  
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die  
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und  
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren  
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf Nachhaltigkeit und  
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer solchen,  
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien basierende  
37 Energieunion notwendig.

38 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter  
39 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten

40 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die Meere leer  
41 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins  
42 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren wollen wir  
43 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

44 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an  
45 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in  
46 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln schon  
47 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen, Ingenieur\*innen,  
48 Wissenschaftler\*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen allen  
49 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom auskommt,  
50 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und  
51 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei  
52 wird und unsere Meere schützt.

53 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft - das sind  
54 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den Menschen  
55 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen  
56 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Dünger, weniger  
57 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben.  
58 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern  
59 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr  
60 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa,  
61 das seine Umwelt und Natur schützt.

62 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt  
63 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für  
64 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine  
65 europäische Batterieproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen Ressourcen  
66 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die  
67 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte Mobilität  
68 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der  
69 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO<sub>2</sub>-Mindestpreis sorgen wir für  
70 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit schaffen  
71 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das alles geht  
72 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

### 73 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus Kohle- und** 74 **Atomkraft**

75 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit  
76 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über  
77 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind  
78 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der Garant  
79 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa durch  
80 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union bei dieser  
81 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile deutlich  
82 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

83 Wir wollen das ändern! Wir wollen eine zu 100 % erneuerbare und energieeffiziente  
84 Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das  
85 europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,  
86 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir  
87 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050  
88 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise

89 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.  
90 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden.  
91 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um  
92 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen. Diese  
93 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der Klimawandel  
94 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

95 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Darüber hinaus  
96 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:  
97 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.  
98 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien haben  
99 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance) angeschlossen,  
100 die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich  
101 die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle  
102 festzuhalten.

103 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau der  
104 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige  
105 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa dürfen nicht  
106 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die  
107 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle- und  
108 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten  
109 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit erneuerbaren Energien  
110 betrieben werden. Ob CO<sub>2</sub>, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind  
111 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,  
112 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen nicht nur  
113 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

114 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen  
115 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht  
116 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt  
117 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft. Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung  
118 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die  
119 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Störfälle  
120 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren  
121 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes Maximum von  
122 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und Fessenheim,  
123 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der Betrieb  
124 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer\*innen. Darüber hinaus  
125 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger\*innen und  
126 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe  
127 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen systematischer erfasst,  
128 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

129 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in  
130 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den  
131 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des  
132 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten  
133 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die Investitionen,  
134 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft begünstigen und  
135 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden Vorteil  
136 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von Atommüll  
137 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Endlagersuche  
138 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden einheitlichen

139 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische  
140 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues  
141 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und einer  
142 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den Entscheidungen zu Euratom  
143 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das Europäische  
144 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen, muss die  
145 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch  
146 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende europaweit  
147 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der  
148 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg  
149 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

150 *Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für Bewohner\*innen von*  
151 *bedrohten Inselstaaten*

152 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen  
153 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb  
154 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an die  
155 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden Menschen  
156 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen  
157 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres  
158 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind die  
159 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll  
160 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer gemeinsamen  
161 Regelung den Bewohner\*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar  
162 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden  
163 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten mit  
164 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese  
165 gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse unterstützen,  
166 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit klimabedingter  
167 Migration, Flucht und Vertreibung, sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

168 *CO<sub>2</sub> einen Preis geben und den Menschen das Geld*

169 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis  
170 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem  
171 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und  
172 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen geben,  
173 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu  
174 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss die  
175 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter  
176 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO<sub>2</sub>-Preis eine echte Lenkungswirkung. Deutschland  
177 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen  
178 Staatengruppe einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen; die Niederlande und Frankreich  
179 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische  
180 Lösung vorantreiben.

181 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine  
182 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend  
183 für ihren jeweils spezifischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß den wahren Preis kosten.

184 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem europäischen  
185 CO<sub>2</sub>-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa zukünftig die  
186 Entstehung von CO<sub>2</sub> und nicht die Herstellung der Produkte verteuern. Dadurch verhindern wir,  
187 dass der hohe CO<sub>2</sub>-Preis die Produktion und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Länder verlagert, in



188 denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO<sub>2</sub> gibt. Den dafür notwendigen Grenzausgleich  
189 („border carbon adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen wir  
190 weitere umweltschädliche Effekte analog zur CO<sub>2</sub>-Besteuerung in eine umfassende  
191 Verschmutzungs- und Ressourcenbesteuerung aufnehmen.

192 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als  
193 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an die  
194 Verbraucher\*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-  
195 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden  
196 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

197 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,  
198 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten und die  
199 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

#### 200 *Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen*

201 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und  
202 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen. Dennoch nehmen  
203 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im Stich. Bei  
204 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen, damit sie  
205 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen „Kohleausstiegsregionen“  
206 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und  
207 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und  
208 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel  
209 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner sollen  
210 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen können.

#### 211 *Europas Energie vernetzen*

212 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen  
213 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander  
214 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir brauchen  
215 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die Weichen dafür  
216 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür sorgen, dass  
217 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das Projekt Nord  
218 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben und den  
219 Import von geacktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine Alternative für die  
220 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit Europas von  
221 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung  
222 überwunden werden.

223 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen Stromverbund  
224 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis  
225 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden  
226 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr  
227 Unabhängigkeit.

228 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren  
229 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren  
230 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

231 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die  
232 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für  
233 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale  
234 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen

235 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht und  
236 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein  
237 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

238 Risikotechnologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von  
239 CO<sub>2</sub> in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking  
240 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.  
241 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die  
242 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken  
243 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare Weise in  
244 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese enormen Gelder  
245 in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehören zum  
246 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume speichern CO<sub>2</sub>,  
247 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür schlagen  
248 wir ein EU-Förderprogramm vor.

#### 249 *Union für Energie- und Ressourceneffizienz*

250 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die  
251 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher\*innen reduzieren. Diese  
252 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO<sub>2</sub>-  
253 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz. Schlüssel für  
254 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg auf eine  
255 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und  
256 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg privater  
257 Verbraucher\*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen  
258 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-  
259 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen  
260 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir  
261 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir  
262 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.

263 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare Energien  
264 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder einer  
265 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei Neubauten  
266 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und  
267 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur Solarenergienutzung  
268 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.

#### 269 *Nachhaltigen Konsum ermöglichen*

270 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von Flugreisen  
271 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu Lasten  
272 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger zu  
273 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und Gewährleistungsfristen  
274 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung fördern.  
275 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.  
276 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen wir.

#### 277 *Wer GRÜN wählt, stimmt für*

- 278 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern  
279 sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 280 • ein Programm, das Arbeitnehmer\*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt

- 281 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen
- 282 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher.
- 283 • einen wirksamen Preis für CO<sub>2</sub>,
- 284 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung ,

## 285 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

286 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits  
287 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein Verkehrssystem, das  
288 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere Lebensqualität  
289 steigert. Steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie Feinstaub  
290 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben  
291 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr,  
292 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern.  
293 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar  
294 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten.  
295 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit modernsten  
296 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr,  
297 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger  
298 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt  
299 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die Entwicklung  
300 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise  
301 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremmen. Mittelfristig  
302 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems im  
303 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

304 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in  
305 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert  
306 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern wir  
307 die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere  
308 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen führt  
309 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO<sub>2</sub>. Die Beimischung dieser Stoffe  
310 wollen wir beenden.

311 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich belastet  
312 sind Anwohner\*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und treten  
313 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern und  
314 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität  
315 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen Frequenzen  
316 einzuhalten.

317 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder wollen  
318 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt  
319 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen wir  
320 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

### 321 *Ein europäisches Schienennetz knüpfen*

322 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr  
323 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit  
324 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für  
325 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch  
326 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016 erstmals  
327 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche

328 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das Programm  
329 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir mit wenig  
330 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren gerade die  
331 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für  
332 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann  
333 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

334 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im  
335 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur  
336 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die  
337 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein  
338 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen  
339 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-  
340 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung  
341 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene wird es  
342 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter  
343 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und Personenverkehr.  
344 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen und  
345 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame Finanzierung bzw.  
346 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz zusammenwachsen  
347 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative zu Auto  
348 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir machen  
349 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und Helsinki,  
350 Madrid und Budapest verbinden.

#### 351 *Weltmarktführer für saubere Mobilität*

352 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der  
353 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und  
354 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer  
355 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann  
356 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung,  
357 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

358 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO<sub>2</sub>-  
359 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests  
360 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst  
361 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen  
362 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische  
363 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-  
364 weite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen  
365 werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,  
366 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge nach  
367 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne des  
368 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, sollen  
369 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die klimaneutral  
370 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil  
371 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die  
372 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

373 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien  
374 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von  
375 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und  
376 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an die

377 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen Metallen,  
378 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die  
379 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse  
380 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den  
381 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

382 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von A  
383 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land. Mithilfe  
384 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse, Bahnen und  
385 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue Entwicklungen wie  
386 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den richtigen  
387 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die  
388 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen.  
389 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und Regionen  
390 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad- und  
391 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa haben.

#### 392 *Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt*

393 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.  
394 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für die  
395 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine  
396 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für den  
397 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken wollen wir  
398 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu weniger  
399 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit  
400 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine  
401 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir eine  
402 entsprechende Hafeninfrastruktur.

403 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als  
404 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.  
405 Zur Erreichung sind eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur sowie die Erforschung von  
406 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und Schiffsdiesel  
407 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer werden und  
408 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.

409 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.  
410 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht besteuert. Das  
411 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der internationale  
412 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden, um seinen  
413 Beitrag zum Schutz der Atmosphäre beizutragen. Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung  
414 des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie wirksam  
415 zu Lärminderung führen.

416 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 417 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und vernetzte  
418 Mobilität,
- 419 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 420 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 421 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,

- 422
- ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

423 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

424 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial  
425 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von  
426 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter  
427 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben,  
428 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative Auswirkungen auf  
429 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen bleiben  
430 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und sozialen  
431 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen  
432 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen Stärken  
433 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

434 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO<sub>2</sub>-armer  
435 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische  
436 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen  
437 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen  
438 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise  
439 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und  
440 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise  
441 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-  
442 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten  
443 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer  
444 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa  
445 schaffen.

446 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden  
447 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle  
448 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft  
449 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie  
450 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus nachwachsenden  
451 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und recycelt  
452 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf Wiederverwendung und  
453 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.  
454 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine  
455 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von  
456 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt  
457 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und  
458 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig steigenden  
459 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es  
460 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren Umweltkosten belegt  
461 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für die  
462 Recyclingwirtschaft hat auch die EU-Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige  
463 Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

464 *Regionale Wirtschaft stärken*

465 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,  
466 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die Bäckerei  
467 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie auch für den  
468 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen sind heute  
469 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und

470 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die Auswirkungen  
471 ihres Handelns stärker.

472 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar  
473 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisingerechte  
474 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine  
475 Betriebe.

476 *Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen*

477 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit  
478 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten  
479 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell  
480 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,  
481 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es  
482 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig  
483 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

484 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.  
485 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht  
486 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die  
487 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,  
488 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,  
489 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

490 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.  
491 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger  
492 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance  
493 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien  
494 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,  
495 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel  
496 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

497 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das  
498 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien  
499 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und  
500 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir  
501 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der  
502 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt vom  
503 Umweltbundesamt empfohlen.

504 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische  
505 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen  
506 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu EU-Förderprogrammen für energie-  
507 und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

508 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen  
509 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine Strategie der  
510 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die  
511 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit  
512 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei  
513 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

514 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt werden,  
515 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die  
516 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

517 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 518 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 519 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 520 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 521 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise
- 522 in ganz Europa.

#### 523 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

524 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere  
525 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen  
526 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den  
527 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:  
528 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl  
529 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns  
530 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für die  
531 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen volkswirtschaftlichen  
532 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser aus.

533 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.  
534 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie  
535 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,  
536 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass Großschutzgebiete  
537 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,  
538 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und Wolf, den  
539 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement mit  
540 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-Wildtierkonflikten werden  
541 wir fördern.

542 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen  
543 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020  
544 aufzuhalten, und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,  
545 umgehend eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum  
546 nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu erarbeiten. Die  
547 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien  
548 verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert multilaterale  
549 Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen, aber  
550 unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser Klimaschutzabkommen streben  
551 wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der  
552 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

553 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-  
554 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die  
555 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten  
556 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische  
557 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes  
558 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem  
559 Wasser verurteilt.

560 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-  
561 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen  
562 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre



563 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das  
564 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

565 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen und  
566 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir  
567 transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben und den Naturschutz besser  
568 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür  
569 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in der  
570 Europäischen Union verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein  
571 beschlossenes Ziel von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran,  
572 wenn wir das mit einer Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern, mehr  
573 agrarstrukturellen Elementen wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr ökologischem  
574 Landbau verbinden. Eine artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig strukturierten  
575 Landwirtschaft zu erreichen.

576 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit  
577 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der  
578 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden. Hierzu  
579 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine Verbandsklage im  
580 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse  
581 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

582 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 583 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 584 • grenzüberschreitende Biotope,
- 585 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 586 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

### 587 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

588 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche  
589 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir  
590 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und  
591 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-,  
592 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften  
593 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und das  
594 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau  
595 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als  
596 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt\*innen  
597 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

598 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein Umfeld  
599 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher\*innen haben das Recht  
600 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und  
601 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel, eine  
602 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine  
603 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnikerkennung. Wir setzen uns für eine nachhaltige  
604 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher\*innen ist und bei der Stadt und Land gemeinsam  
605 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

606 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in Frankreich  
607 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre nicht

608 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür  
609 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw. Kompost  
610 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für  
611 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum erhöhen wir  
612 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

613 Zusammen mit Landwirt\*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr  
614 Verbraucher\*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte  
615 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen  
616 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für eine  
617 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die  
618 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt  
619 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach ökologischen  
620 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

621 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden  
622 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch  
623 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der  
624 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes  
625 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

626 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die Landwirtschaft  
627 in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tieren  
628 steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die Agrarpolitik sollte dazu  
629 beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen  
630 Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden Ländern  
631 zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und  
632 Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die bäuerliche  
633 Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht  
634 werden.

#### 635 *Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung*

636 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,  
637 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderung grundlegend  
638 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die  
639 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und  
640 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung. Die  
641 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

642 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über gesetzliche  
643 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das Gemeinwohl  
644 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen. Öffentliche  
645 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt  
646 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft,  
647 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und flächengebundene  
648 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe, die  
649 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen. Die bisher  
650 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell wirtschaftenden  
651 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für  
652 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.

653 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die  
654 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede  
655 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle

656 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen  
657 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der  
658 Agrarlandschaft.

659 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer\*innen in ärmeren Ländern dabei zu unterstützen, mit  
660 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen und so  
661 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch  
662 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein Monitoring  
663 der externen Auswirkungen der GAP einführen.

664 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und Landwirte in  
665 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinsterzeuger\*innen wie etwa in Afrika und  
666 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben langfristig  
667 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende leisten.  
668 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu stabilisieren.  
669 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

#### 670 *Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen*

671 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird  
672 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren entdecken Ackerland  
673 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für  
674 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer\*innen ist es kaum noch möglich, zu  
675 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

676 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa  
677 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro  
678 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu  
679 unterstützen, Einstiegs erleichterungen für Neugründungen, Transparenz der  
680 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine  
681 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen geschützt  
682 werden.

683 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim Menschen zu  
684 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung  
685 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte Haltung und  
686 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

#### 687 *Trinkwasser und Gewässer schützen*

688 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist  
689 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang  
690 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation. In  
691 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer  
692 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt  
693 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete  
694 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt  
695 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese  
696 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch  
697 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale  
698 Unternehmen zu machen.

699 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen  
700 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren  
701 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen der Europäischen Union noch meilenweit  
702 entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der

703 Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren.  
704 Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz  
705 Pestizide weiter zurückdrängen.

706 *Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!*

707 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige  
708 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,  
709 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

710 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die  
711 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonicotinoide, denn sie schaden  
712 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns  
713 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal  
714 auf EU-Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die  
715 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips  
716 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht  
717 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

718 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die Schaffung von  
719 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Felderchenfenster,  
720 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

721 *Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken!*

722 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der  
723 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche  
724 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen  
725 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig  
726 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist  
727 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere  
728 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu  
729 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem  
730 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und  
731 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller  
732 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

733 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im medizinischen  
734 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der  
735 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum  
736 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an Biodiversität und  
737 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien  
738 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von Totalherbiziden  
739 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große  
740 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,  
741 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute weitgehend  
742 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher\*innen gegen  
743 Gentechnik.

744 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren entsprechend der  
745 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt  
746 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und  
747 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik auf dem  
748 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für Verbraucher\*innen  
749 und Landwirt\*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet wird. Weil  
750 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine

751 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die Zulassungsverfahren durch  
752 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne durchgeführt  
753 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in öffentliche  
754 Forschung investiert werden.

755 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern  
756 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere  
757 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden. In  
758 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei der  
759 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im Ständigen  
760 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren.  
761 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen  
762 beteiligt und gehört wird.

763 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit  
764 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet  
765 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist  
766 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen  
767 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den  
768 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik  
769 hergestellt wurden, angerechnet werden.

770 *Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!*

771 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt zu immer  
772 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in den  
773 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei  
774 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der  
775 Verbraucher\*innen unterlaufen wird.

776 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben  
777 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht  
778 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere  
779 geben. Aus Tierschutzgründen lehnen wir den Einsatz des Klonens in der Landwirtschaft ab.

780 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer\*innen weltweit auf freien Austausch und kostenlose  
781 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau lokaler  
782 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und  
783 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu  
784 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu  
785 machen.

786 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet gegen die  
787 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel zur  
788 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen müssen auch die  
789 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die betroffenen  
790 Bäuer\*innen geprüft werden.

791 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 792 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 793 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 794 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 795 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,

- 796 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

797 **1.6 Tierschutz stärken**

798 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.  
799 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn wir nicht  
800 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb sollten  
801 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.  
802 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen  
803 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die  
804 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

805 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich eine  
806 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise  
807 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch  
808 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Wir wollen  
809 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn Jahren durch  
810 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den Bedürfnissen der  
811 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen, sollen  
812 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a. durch  
813 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

814 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden  
815 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere  
816 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der  
817 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden  
818 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern  
819 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur  
820 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch, Schlachthöfe  
821 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu überwachen. Dabei  
822 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort geahndet  
823 werden.

824 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht, Schlachtung,  
825 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das geltende Recht  
826 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer Ebene stärken.  
827 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet werden.

828 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU sowie  
829 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen Samen und  
830 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht  
831 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-Binnenmarkt  
832 eingeführt werden.

833 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere  
834 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.  
835 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen sowie  
836 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende Alternativen sind  
837 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben haben. Wir  
838 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen  
839 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration, gestärkt  
840 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen  
841 wollen wir einführen.

842 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind  
843 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen

844 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in die EU  
845 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen (z. B.  
846 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in  
847 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen wir den  
848 Import beenden, internationale Arterhaltungszuchtprogramme jedoch ermöglichen.

#### 849 *Fischbestände schützen*

850 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von gut  
851 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt und die  
852 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen  
853 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der  
854 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-Fischereipolitik  
855 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet  
856 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-  
857 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie scharfe  
858 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die  
859 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten.  
860 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen zur  
861 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und Tierschutzschäden zu  
862 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen, die  
863 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen wollen wir  
864 zum europäischen Standard erklären.

865 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 866 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,
- 867 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,
- 868 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

#### 869 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

870 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen  
871 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den  
872 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und  
873 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird  
874 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in  
875 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

876 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und  
877 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann  
878 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,  
879 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns  
880 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch  
881 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung  
882 unserer Erde beiträgt.

#### 883 *Plastikflut eindämmen*

884 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch  
885 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen  
886 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand  
887 nehmen.

888 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für  
889 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in  
890 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert  
891 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten  
892 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient  
893 recycelt werden können.

894 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist  
895 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung  
896 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht  
897 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen  
898 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

899 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und  
900 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr  
901 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die Überlegungen der  
902 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen uns dafür  
903 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der Industrie  
904 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Auch  
905 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu  
906 gebieten.

907 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet  
908 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich  
909 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur  
910 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik  
911 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von  
912 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet  
913 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien  
914 auszubauen.

#### 915 *Recycling stärken*

916 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-  
917 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten  
918 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und  
919 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag  
920 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien  
921 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

922 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein  
923 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf EU-Ebene noch Handlungsbedarf. Qualitativ  
924 hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist wesentlich  
925 ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist eine  
926 Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel  
927 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt  
928 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen  
929 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte  
930 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

931 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.  
932 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter  
933 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

934 Wer GRÜN wählt, stimmt für



- 935 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 936 • eine europäische Plastiksteuer,
- 937 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 938 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 09.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

1 Jede\*r Europäer\*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht  
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische  
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen  
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,  
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die  
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu  
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und  
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.  
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und  
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil  
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen  
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen  
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen  
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war  
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen  
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich  
18 weit auseinandergesprungen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in  
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und die Europäische Union  
20 gespalten. Das ist ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu  
21 viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden  
22 sich aus der Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,  
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts  
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach  
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein  
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen  
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das  
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für  
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des  
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und  
33 Bürger investiert. Die Europäische Union soll europäische öffentliche Güter, die für alle da  
34 sind, wie Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine  
35 europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch  
36 gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen  
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Eine

39 krisenfeste und prosperierende Währungsunion sehen wir als Grundpfeiler einer starken und  
40 solidarischen europäischen Gemeinschaft. Daher möchten wir die Währungsunion so  
41 weiterentwickeln, dass weitere Krisen vermieden werden können und im Falle einer Krise  
42 trotzdem die nötigen Instrumente zur Stabilisierung der Wirtschaft einsatzbereit sind. Wir  
43 dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der alleine die Europäische Zentralbank  
44 ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft nachkommt.

45 Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt, Verbrauchern und  
46 Arbeitnehmer\*innen umfassend schützt.

47 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie  
48 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine  
49 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf  
50 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in  
51 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten. Durch die Einrichtung von  
52 Sonderwirtschaftszonen wird dieses Ziel konterkariert.

## 53 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

54 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher  
55 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die Ebene der Europäischen Union verlagern, umso  
56 mehr Mittel müssen auch bereitgestellt werden.

57 Statt sich um die großen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen Regierungen im  
58 Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget wieder  
59 zurückerstattet bekommen.

60 Dabei bieten gemeinsame Projekte, gemeinsame Beschaffung oder das Zusammenlegen von 28  
61 Behörden auch erhebliche Einsparpotentiale. Wir sprechen uns dafür aus, den EU Haushalt  
62 deutlich zu vergrößern, damit zum Beispiel die Sozial- oder Energieunion adäquat finanziert  
63 werden und automatische Stabilisatoren die Wirtschafts- und Währungsunion gegen Krisen  
64 absichern. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen  
65 Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen  
66 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach mehr  
67 Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens entsprechend mit  
68 den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene  
69 Einnahmequellen erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

70 Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte an die Legislaturperiode des Europäischen  
71 Parlaments angeglichen werden und nicht länger davon unabhängig in 7-Jahres-Zyklen  
72 verabschiedet werden. Wir wollen die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen  
73 Finanzrahmens an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen ausrichten  
74 wie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser  
75 Klimaabkommen. Mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check wollen wir anhand von fest  
76 definierten Nachhaltigkeitskriterien die einzelnen Haushaltslinien darauf hin prüfen, ob sie  
77 einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen. Ein erheblicher Teil des EU-Haushaltes  
78 muss für die aktive Bekämpfung der Klimakatastrophe reserviert werden und darf nicht in  
79 fossile Energien fließen.

80 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende  
81 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen  
82 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

83 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die  
84 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,  
85 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer\*innen auskömmliche Landwirtschaft und

86 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die  
87 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die  
88 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“  
89 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

90 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen  
91 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die  
92 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir  
93 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen  
94 europäische Unterstützung brauchen. Für eine geschlechtergerechte Verteilung der  
95 Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden. Außerdem wollen wir die  
96 Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

#### 97 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

98 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf EU-Ebene tun, statt einfach  
99 jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke Union  
100 will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

101 Die Europäische Union soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen  
102 kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen  
103 Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt.  
104 So schaffen es diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen  
105 eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping  
106 digitaler Konzerne zu unterbinden.

107 In Zukunft muss die Unternehmensbesteuerung dann alle Branchen und Unternehmen erfassen. Wir  
108 brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte  
109 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt eine  
110 einheitliche europäische Unternehmensteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle  
111 Unternehmen gleichermaßen gilt. Einen Anteil dieser Unternehmenssteuern wollen wir den  
112 europäischen Bürger\*innen zugutekommen lassen, denn Unternehmen erwirtschaften einen Teil  
113 ihrer Gewinne nur dank des europäischen Binnenmarkts. So schützen wir auch junge digitale  
114 Start-ups wie auch die lokal verwurzelte Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb der IT-Riesen.

115 Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu vermeiden,  
116 müssen wir darauf hinarbeiten mit den wichtigsten Handelspartnern der EU die  
117 Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer gemeinsam zu konsolidieren. Sollte dies  
118 nicht gelingen, müssen auch unilaterale Unternehmenssteuersysteme der EU in Betracht gezogen  
119 werden, die sich nicht umgehen lassen.

120 Auch CO<sub>2</sub>, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in  
121 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der  
122 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen  
123 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der  
124 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

125 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 126 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 127 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 128 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung  
129 öffentlicher Aufgaben.
- 130 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

## 131 2.2. In Europas Zukunft investieren

132 Die schwere Wirtschaftskrise Europas ist noch immer nicht vorbei. Ihre Folgen bestimmen nach  
133 wie vor den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer\*innen sind arbeitslos.  
134 In Italien, Spanien und Griechenland finden vor allem viele Jugendliche keinen Job. Das  
135 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.

136 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen  
137 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft  
138 und das Vertrauen in die EU unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,  
139 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es  
140 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

141 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz, Erneuerbare  
142 Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft. Wir Grüne denken  
143 Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zusammen. Sozial-, und  
144 wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der  
145 Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür  
146 weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert.  
147 Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung  
148 schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa Das ist  
149 die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

150 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark  
151 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das  
152 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang  
153 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den  
154 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Wir brauchen  
155 ein soziales Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsängste mindert. Dazu  
156 brauchen wir europäische Investitionen, die überall in Europa wirken und insbesondere den  
157 Menschen in den strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnen und sie vor neuen  
158 Krisen schützen. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für  
159 nationale Ausgaben so gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen  
160 stärker möglich sind. Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren  
161 richtigerweise die Spielräume für solche Investitionen erweitert. Darüber hinaus wollen wir,  
162 dass die Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts  
163 verbessert werden, z.B. indem Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten  
164 ähnlich wie private Investitionen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit  
165 stärken wir öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.

166 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die  
167 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen  
168 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische  
169 Investitionsfonds für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur Krisenbewältigung  
170 geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, 2020  
171 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. Bislang wurden Mittel aus anderen  
172 bewährten Programmen abgezogen. Das Geld kam häufig nicht dort an, wo es am nötigsten  
173 gebraucht wird. Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI  
174 zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der Ziele für  
175 eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen  
176 zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft  
177 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank  
178 erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann.

179 Klimaschutz, der Ausbau erneuerbarer Energien, innere wie äußere Sicherheit,  
180 Finanzstabilität, Forschung in nachhaltige Zukunftstechnologien, eine europäische  
181 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, soziale Absicherung – dies sind  
182 europäische Gemeingüter, in die wir auch europäisch investieren wollen. So können wir die  
183 Energiewende in ganz Europa nur dann vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die  
184 Vernetzung der bestehenden Stromnetze investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn  
185 nur so kann Windenergie von den Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien  
186 nach Polen transportiert werden.

187 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird  
188 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis  
189 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des  
190 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist  
191 anachronistisch. Wir wollen in der ganzen Europäischen Union schnelles Internet schaffen.  
192 Und bei der Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz  
193 können wir nur gemeinsam erfolgreich sein.

194 Die innere Sicherheit Europas lässt sich am besten gemeinsam gewährleisten. Das spart  
195 langfristig auch viel Geld.

#### 196 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

197 Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in  
198 Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große  
199 Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.

200 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen  
201 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre  
202 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,  
203 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch  
204 funktionieren und darf nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deswegen wollen wir  
205 die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument weiter  
206 entwickeln. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität und  
207 auskömmlich finanziert sein, beispielsweise angelehnt an die duale Ausbildung in  
208 Deutschland, insbesondere in Zukunftsbranchen wie dem Klima- und Umweltschutz. Wir fordern  
209 klare Qualitätsstandards bspw. in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Befristungen.  
210 Junge Menschen dürfen durch die Jugendgarantie nicht zum schönen Schein in unsicheren,  
211 befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Praktika geparkt werden.

212 Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekären  
213 Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern bei bestehenden Mindestlohnregelungen  
214 betroffen. Europa muss auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten. Wir wollen der  
215 Ausbeutung in Praktikums- und Ausbildungsverhältnissen entgegenwirken. Deshalb setzen wir  
216 uns dafür ein, dass alle, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika ableisten, Teile  
217 ihrer Ausbildung im Betrieb verbringen (wie beispielsweise in dualen Ausbildungen) oder  
218 gerade am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, fair entlohnt werden. Berufliche Ausbildung  
219 darf nichts sein, was man sich leisten können muss. Außerdem führen gerade unbezahlte  
220 Praktika häufig dazu, dass junge Menschen als kostenlose Arbeitskraft missbraucht werden.  
221 Darum fordern wir, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

222 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-  
223 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden,  
224 dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und insbesondere  
225 Gründerinnen gefördert werden. Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die  
226 Jugendgarantie nicht mit Leben füllen. Viele Jugendliche haben in ihren Heimatländern

227 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit. Die EU soll ihnen dabei helfen, eine Ausbildung  
228 oder einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land zu finden, wenn sie dies  
229 wünschen.

230 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 231 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, erneuerbare Energie und  
232 emissionsfreie Mobilität,
- 233 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 234 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- 235 • Ausbildung und Praktika mit fairer Bezahlung

### 236 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

237 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und  
238 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles  
239 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den  
240 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die  
241 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder  
242 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der  
243 die Europäer\*innen zusammenführt.

244 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und  
245 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig  
246 haben sich die Staats- und Regierungschef\*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen  
247 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit  
248 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das  
249 darf nicht so bleiben.

250 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen  
251 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, kann sich nicht damit zufrieden  
252 geben, wenn wir einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, anderswo aber die  
253 Jugendarbeitslosigkeit steigt. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich alle  
254 Mitgliedstaaten gut entwickeln und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bieten.

255 Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und Solidarität in der Eurozone zu  
256 setzen. Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens  
257 müssen wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung  
258 wirtschaftlichen Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit  
259 einige verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens  
260 wollen wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer  
261 Kontrolle unterwerfen.

#### 262 *Euro stabilisieren*

263 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro  
264 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür  
265 braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise gezeigt  
266 hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schiefen und unnötig langen Krisen führt –  
267 selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.  
268 Außerdem braucht es ein Instrument, das im Abschwung die Abwärtsdynamik abfedert. In seiner  
269 heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion eines automatischen Stabilisators in einer  
270 Konjunkturkrise aber nicht erfüllen. Wir möchten dafür die Instrumente schaffen bevor es zu  
271 einer Krise kommt. Deshalb schaffen wir einen eigenen Haushalt für den Euro, der

272 stabilisiert und investiert. Dieser Haushalt ist für alle Länder der Eurozone gedacht und  
273 für alle anderen EU-Mitgliedsländer offen. Wer sich über die Bekämpfung von Steuerbetrug und  
274 einer gemeinsamen Körperschaftssteuer an den Einnahmen des Haushalts beteiligt, macht mit.  
275 Der eigene Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert, sollte im Rahmen der EU-  
276 Finanzen verankert sein, so dass das europäische Parlament bei der Aufstellung und Kontrolle  
277 gleichberechtigt mitentscheidet.

278 Kernaufgabe des Haushalts für den Euro ist die Finanzierung von Europäischen Gemeingütern  
279 und Investitionen. Er speist sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie einer gemeinsamen  
280 Unternehmensteuer sowie dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.  
281 Dadurch wirkt er stabilisierend. Die Mitgliedstaaten werden im Abschwung entlastet, da sie  
282 dann weniger einzahlen müssen, profitieren aber trotzdem von den Ausgaben. Das ist gelebte  
283 europäische Solidarität und stabilisiert die gesamte EU. Um die entsprechende Wirkung zu  
284 entfalten, bedarf es einer relevanten Größenordnung. Wir streben daher mittelfristig einen  
285 Umfang von mindestens 1% des gemeinsamen BIP an. Der Umfang muss über die Zeit und mit den  
286 dorthin übertragenen Aufgaben nach und nach größer werden. Dabei handelt es sich nicht um  
287 neue Aufgaben, die durch zusätzliche Steuern finanziert werden, sondern um eine Verlagerung  
288 der Finanzierung von solchen Gemeingütern und Investitionen in die ökologische und soziale  
289 Modernisierung, die auf europäischer Ebene effektiver durchgeführt werden können.

290 Unser Ziel ist, dass perspektivisch alle EU-Mitgliedstaaten von der Funktion eines  
291 automatischen Stabilisators profitieren können. Der eigene Haushalt für den Euro, der  
292 stabilisiert und investiert, ist für uns nur eine Zwischenlösung, um in Richtung eines  
293 stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts zu gelangen, der die EU noch stärker zu einer  
294 politischen und sozialen Union macht. Der Weg dahin ist wegen des Einstimmigkeitsprinzips  
295 schwer und lang. Deswegen gehen wir mit dem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert  
296 und investiert, den ersten Schritt mit denjenigen, die bereit sind mitzumachen. Wir  
297 erwarten, dass durch die Sogwirkung der gemeinsam finanzierten öffentlichen Güter sich auch  
298 die heutigen Nichteuroländer diesem Instrument schnell anschließen, indem sie sich dem  
299 gemeinsamen Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerbetrug anschließen und sich an  
300 der gemeinsame Unternehmenssteuer beteiligen. Wir befürworten eine Euro-Heranzugshilfe  
301 für Nicht-Euro-Staaten zur Unterstützung von Reformen. Alle den Euro betreffenden  
302 Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten. Deshalb müssen  
303 neue Instrumente für alle EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an  
304 weiteren Reformen ermutigen.

305 Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese  
306 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale und geldpolitische Maßnahmen  
307 nicht aus. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schiefen künftiger besser umgehen  
308 zu können. Der oben beschriebene Haushalt für den Euro ist dafür das beste Instrument und  
309 wir fordern dies als ersten Schritt.

310 Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde die ausgleichende und stabilisierende  
311 Wirkung des Haushalts für den Euro noch verstärken. Wir wollen daher als zweiten Schritt  
312 eine Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen einführen. Wir setzen uns  
313 des Weiteren für eine Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die  
314 nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die  
315 Einführung einer solchen Europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein mittelfristiges  
316 Projekt ist.

317 In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten Troika stark  
318 eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den Programmländern  
319 durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen  
320 Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen wollen wir,



321 dass Europa seine Krisen künftig alleine, nach eigenen Regeln, demokratischer und  
322 transparenter löst. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen  
323 vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen und ihn im EU-Recht verankern,  
324 kontrolliert durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente. Das Europäische  
325 Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des  
326 Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige  
327 Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen  
328 Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt. Um zu  
329 verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert,  
330 braucht der EWF zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er  
331 kurzfristig Kredite bereitstellen können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv  
332 wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein  
333 finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitische  
334 Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf  
335 es nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik kommen, die ein Land in die soziale Krise  
336 stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der Strukturen  
337 muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das Kaputtsparen ganzer  
338 Volkswirtschaften lehnen wir ab.

339 Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche  
340 Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer  
341 brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden  
342 Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission  
343 zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den  
344 Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat  
345 vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines  
346 Landes eingebracht werden, die 60% des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam  
347 vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die  
348 Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische  
349 Solidarität und Solidität.

#### 350 *Probleme nicht zu Lasten der Gemeinschaft lösen*

351 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen  
352 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die  
353 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen  
354 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit  
355 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Leistungsbilanzungleichgewichte müssen effektiv  
356 begrenzt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Die  
357 Sanktionierbarkeit von Defiziten und Leistungsüberschüssen muss einander angeglichen werden.

358 Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer wie Deutschland aktiv an der Verminderung von  
359 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch  
360 Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen. Damit  
361 stärken wir den gemeinsamen Währungsraum, die Arbeitnehmer\*innen in Deutschland und die  
362 inländische Digital-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur

#### 363 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

364 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen  
365 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen  
366 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur  
367 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die  
368 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln  
369 wirksam angewandt werden können.

370 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht  
371 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So  
372 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll  
373 als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird. So  
374 wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

375 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen  
376 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil  
377 Kund\*innen im Krisenfall um ihr Erspartes bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb  
378 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung  
379 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale  
380 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf  
381 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

382 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das  
383 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen  
384 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken  
385 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise  
386 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer  
387 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten  
388 Eigenkapitalquoten auf 10 % ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage  
389 ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen  
390 Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.  
391 Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität unterschiedlich  
392 behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im  
393 Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht unterschiedlichen  
394 Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem Europäischen  
395 Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb zu verhindern.

396 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

397 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch  
398 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige  
399 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und  
400 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte  
401 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und  
402 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

403 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten im Moment Realität. Aber damit  
404 wollen wir uns nicht abfinden. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem  
405 Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und  
406 Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien  
407 erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander  
408 verflochten. Alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen  
409 auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle Mitgliedstaaten konzipiert  
410 sein und Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies  
411 etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • einen krisenfesteren Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen  
414 Währungsfonds,
- 415 • ein Haushalt für den Euro zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 416 • die Vollendung der Bankenunion.

## 417 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

418 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten  
419 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird  
420 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch  
421 mehr beitragen.

422 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er  
423 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der  
424 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in  
425 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre  
426 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne  
427 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle  
428 ehrlichen Steuerzahler\*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht  
429 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit  
430 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine  
431 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen  
432 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

### 433 *Steuerdumping beenden*

434 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest  
435 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu  
436 machen. Die Einzigsten, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,  
437 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer  
438 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und  
439 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.  
440 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen  
441 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Konsument\*innen. Wir wollen dieses  
442 Geschäftsmodell beenden.

443 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,  
444 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche  
445 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das  
446 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen  
447 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der  
448 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

449 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerländer.  
450 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu ihrer Finanzierung bei.  
451 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens  
452 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker\*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen  
453 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür  
454 ist die entsprechende EU-Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für die  
455 Unternehmen nicht mehr.

### 456 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

457 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb  
458 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.  
459 Technisch gesehen wollen wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame konsolidierte  
460 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt.

461 Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen  
462 führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter auch in anderen Mitgliedstaaten

463 tätig werden können. Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle  
464 Unternehmensgewinne geben.

465 Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es  
466 endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem  
467 Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen  
468 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen  
469 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass  
470 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

471 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land  
472 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.  
473 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine  
474 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.  
475 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche  
476 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.  
477 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

#### 478 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

479 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen  
480 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung  
481 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg  
482 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die  
483 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten  
484 der Spekulation durch kriminelles Geld europaweit entzogen werden.

485 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler\*innen jedes Jahr um mindestens  
486 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die  
487 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,  
488 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in  
489 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

490 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige  
491 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen  
492 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt  
493 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die  
494 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit  
495 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss  
496 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen  
497 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

498 Unser Ziel ist es, dass korrupte Individuen und ihr Kapital sich in der EU nicht länger  
499 verstecken können. Beim Kauf von teuren Wohnungen, Luxusautos, Yachten und dergleichen soll  
500 wie in Großbritannien kontrolliert werden können, ob das Vermögen auf legalem Weg erworben  
501 wurde. Die EU sollte öfter Sanktionen gegen korrupte Individuen aus Drittstaaten verhängen  
502 und ihnen die Einreise und den Aufenthalt in der EU verweigern. Aufenthaltsgenehmigungen und  
503 Staatsbürgerschaften sollten die Mitgliedsstaaten nach fairen Verfahren vergeben und nicht  
504 als "Goldene Visas" an Kriminelle verkauft werden können.

#### 505 *Europa handlungsfähig machen*

506 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung vorgeht.  
507 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte  
508 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit

509 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das  
510 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

511 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 512 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 513 • eine EU, in der korrupte Individuen und ihr Kapital nicht länger willkommen sind
- 514 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

## 515 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

516 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der  
517 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und  
518 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen  
519 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,  
520 bestehende Monopole zu zerschlagen.

521 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,  
522 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen  
523 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten  
524 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern  
525 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des  
526 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit  
527 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische  
528 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam  
529 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei  
530 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und  
531 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

532 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren  
533 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb  
534 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man  
535 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.  
536 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen  
537 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu  
538 groß wird.

539 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue  
540 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können  
541 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen  
542 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um  
543 Käufer\*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen  
544 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen  
545 die Wettbewerbshüter\*innen dagegen vorgehen. Vermietungs-Plattformen für Ferienwohnungen wie  
546 Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich  
547 dabei auf die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die versuchen,  
548 Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-  
549 Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Online-Plattformen die  
550 Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert,  
551 sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich  
552 mitwirken müssen.

553 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann  
554 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen

555 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine  
556 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen  
557 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss  
558 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

559 Die Lohnungleichheit ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Gesamt-EU  
560 beträchtlich. Extrem ungleiche materielle Verhältnisse sind eine Mitursache für Populismus,  
561 Autoritarismus und für soziale Unruhe. Neben Lohndumping- und Steuerbetrugsverhinderung  
562 fordern wir daher die Prüfung eines verbindlichen maximalen Abstands zwischen dem höchsten  
563 und niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen. Dafür möchten wir eine vielfältig besetzte  
564 Kommission einsetzen.

565 Neben der Verhinderung von Monopolismus bedeutet fairer Wettbewerb aber auch, sich nicht  
566 durch Niedriglöhne und Sozialabbau Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.  
567 Gerade Deutschland hat dieses Wettbewerbsmodell in den letzten Jahren auf Kosten des eigenen  
568 sozialen Zusammenhalts wie auch seiner europäischen Nachbarn betrieben. Es ist nicht zuletzt  
569 auch solche Politik, die Menschen in die Fänge nationalistischer Scheinalternativen treibt.  
570 Stattdessen brauchen wir dringend echte Alternativen, die Europa als solidarische  
571 Sozialunion definieren: als eine Gemeinschaft, die sich geschlossen gegen das ökonomische  
572 Auspielen des einen gegen den anderen stellt.

573 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 574 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 575 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 576 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.
- 577 • eine Kommission, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem  
578 höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft ("Lohnhebel")

## 579 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

580 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen  
581 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es  
582 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und  
583 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für  
584 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die  
585 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder  
586 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:  
587 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial  
588 absichern.

### 589 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger\*innen garantieren*

590 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die  
591 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche  
592 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse  
593 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte  
594 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger\*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem  
595 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das  
596 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.  
597 Arbeitnehmer\*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten  
598 Beistand von der EU. Und Bürger\*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund  
599 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbriefte

600 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem  
601 Garanten für soziale Rechte.

602 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den  
603 Arbeitnehmer\*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den  
604 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.  
605 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte  
606 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze  
607 angepasst werden.

#### 608 *Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern*

609 Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz  
610 einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer\*innen gelten.  
611 Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und  
612 beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen an Entscheidungen  
613 in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedsstaaten  
614 hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische  
615 Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche Betätigung  
616 entsprechend der Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert wird.

#### 617 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

618 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür  
619 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Die  
620 EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut  
621 entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns stark  
622 für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land  
623 festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Die Mitgliedstaaten sind  
624 natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche gilt  
625 für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard  
626 in allen Ländern. Jede\*r Europäer\*in muss sich darauf verlassen können, bei Krankheit oder  
627 Pflegebedürftigkeit gut versorgt zu werden; der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom  
628 Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.

629 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge  
630 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.  
631 Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen  
632 Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fördern.

633 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede  
634 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unabhängige Forschung zu Versorgung  
635 und Produkten sowie strengere Regelungen für den Patientenschutz und gegen die einseitige  
636 Einflussnahme der Pharma- und Medizinprodukteindustrie an. Vor dem Hintergrund  
637 verunreinigter Arzneimittel sind Funktion und Arbeitsweise der europäischen und nationalen  
638 Arzneimittelaufsichtsorgane dringend zu verbessern.

639 Auch bei der Altersvorsorge kann Europa Standards setzen. Die Kommission hat zum Beispiel  
640 einen Vorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) gemacht. Leider  
641 hat sich die Kommission dabei zu sehr von der Lobby der Lebensversicherer leiten lassen,  
642 anstatt einen Vorschlag in Anlehnung an eines der besten privaten Altersvorsorgeprodukt in  
643 Europa, nämlich die schwedische „Premium Pension“ zu entwickeln. In Schweden können alle  
644 Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens in einen staatlichen  
645 Pensionsfonds einzahlen, der einerseits fast ohne Gebühren auskommt und andererseits dank  
646 seiner Anlagestrategie auch eine besonders hohe Rendite erwirtschaftet. Wir wollen, dass  
647 auch die Menschen außerhalb Schwedens ihre private Altersvorsorge mit einem solchen

648 Bürgerfonds durchführen können. Daher soll Europa einen solchen Bürgerfonds in Anlehnung an  
649 dieses seit über fast zwanzig Jahren erprobte Konzept einführen.

650 Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie. Energieeffizienzmaßnahmen  
651 und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb müssen diese  
652 Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

653 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen Aufgaben.  
654 Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen  
655 geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu  
656 ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur Pflegepolitik, bei  
657 denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-  
658 Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der Fachkräftebedarf in  
659 den Mittelpunkt gerückt werden. Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem erheblichen Teil  
660 durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte und  
661 Kräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und fair  
662 entlohnt werden. Die Abwerbung von Pflegekräften darf nicht dazu führen, dass der  
663 Pflegekräftemangel in ärmere Mitgliedstaaten exportiert wird. Dies gilt auch für die  
664 Abwerbung von Ärzt\*innen, die keine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in diesen  
665 Ländern bedingen darf. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände in  
666 Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen uns dafür  
667 ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit betreffen,  
668 uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.

669 Prävention statt Repression - Cannabis europaweit legalisieren

670 Wir setzen uns ein für eine europäische Drogenpolitik, die auf Prävention statt Repression  
671 setzt sowie auf Hilfe und Entkriminalisierung statt Verbote. Anstelle der gescheiterten  
672 Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken  
673 orientierte Regulierung von Drogen. Dazu gehört für uns zum Beispiel die europaweite  
674 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver  
675 Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von  
676 Risikobewertungen und einem strengen Jugend- und Verbraucherschutz.

677 Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass überall in Europa ein gut ausgebautes  
678 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen  
679 besteht. Erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking),  
680 Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und andere  
681 Maßnahmen zur Schadensminimierung in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht werden.

682 Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten stärker  
683 verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Bei der Tabakprävention  
684 hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Dies hat zu einem  
685 Rückgang des Tabakkonsums etwa bei Jugendlichen in Deutschland beigetragen.  
686 Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir in  
687 Europa konsequent zurückdrängen. Dazu gehört, dass Außenwerbung und Kinowerbung für Drogen  
688 komplett abgeschafft wird. Wir setzen uns für eine Angleichung der Besteuerung von  
689 Tabakerhitzen und Zigaretten sowie höhere Mindeststeuern und eine einheitliche Besteuerung  
690 alkoholischer Produkte ein. Auch Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch  
691 überprüft werden.

692 Zudem fordern wir eine europaweite Strategie zur wirksamen Prävention von nicht  
693 substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen wie beispielsweise der Spielsucht oder dem  
694 problematischen Konsum einzelner Internetanwendungen. Ihnen muss z. B. mit Hinweisen zum  
695 sachgerechten Umgang und Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz begegnet werden. Bei



696 allen Maßnahmen ist zudem die Selbstbestimmung der Menschen zu respektieren, anstatt sie zu  
697 entrechten oder zu kriminalisieren.

#### 698 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

699 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-  
700 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle  
701 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller  
702 Arbeitnehmer\*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,  
703 die allen Arbeitnehmer\*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen  
704 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber\*innen auch  
705 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Außerdem fordern wir  
706 konkrete Maßnahmen gegen die geschlechterspezifische Entgelt-Ungleichheit (Gender Pay Gap),  
707 wie beispielsweise die Einführung einer europäischen Entgelttransparenzrichtlinie.

708 Viele Arbeiter\*innen aus Osteuropa werden in deutschen Betrieben, z.B. in der  
709 Fleischindustrie durch Subunternehmer mittels Werkverträgen zu niedrigen Löhnen und  
710 unwürdigen Bedingungen beschäftigt. Osteuropäische Haushaltshilfen müssen häufig rund um die  
711 Uhr verfügbar sein.

712 Wir wollen die Einrichtung von Beratungsangeboten in den Heimatländern fördern. Wir wollen  
713 die Integrationsangebote, z.B. Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds  
714 (ESF) finanziert werden auch für Arbeitnehmer\*innen aus der EU und deren Angehörige öffnen,  
715 dazu zählt die aktive Förderung der Kinder von zugezogenen Arbeitnehmer\*innen.

716 Die in der neuen Entsenderichtlinie vorgesehene Regelung, dass Unterbringungsbedingungen für  
717 entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften stehen  
718 sollen, muss mit einem wirksamen Sanktionsrahmen versehen werden. Die Entsenderichtlinie war  
719 ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in  
720 Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem  
721 müssen auch in andere Länder entsandte LKW-Fahrer\*innen dringend in die Entsenderichtlinie  
722 aufgenommen und umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative, Liberale und  
723 Sozialdemokraten im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene  
724 Bezahlung und Ruhepausen weiterhin verwehrt werden.

#### 725 *Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen*

726 Alle Europäer\*innen haben das Recht auf Gleichbehandlung. Leider ist das für viele Menschen  
727 am Arbeitsplatz noch keine Realität. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters,  
728 einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder Rasse, der Religion, der sexuellen  
729 Orientierung und weiteren Merkmalen ist weiterhin Realität. Die EU hat im Kampf gegen  
730 unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von  
731 Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen Gleichbehandlung zu  
732 garantieren.

733 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung an von  
734 Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen muss in  
735 nationales Recht umgesetzt werden.

736 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 737 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 738 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 739 • europaweite Legalisierung von Cannabis,
- 740 • europaweite Mindestlöhne.

741 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

742 Alle EU-Europäer\*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und  
743 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

744 Das Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile  
745 Arbeitnehmer\*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen  
746 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Bestehende Versicherungslücken für  
747 Grenzpendler\*innen müssen geschlossen werden. Die Anerkennung von Bildungs- und  
748 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt auch für  
749 die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Noch immer ist es oftmals schwer,  
750 bürokratisch und langwierig im Nicht-EU-Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifizierungen  
751 anerkennen zu lassen. Daher wollen wir die Arbeitnehmer\*innenfreizügigkeit auch für  
752 Migrant\*innen aus Drittstaaten innerhalb der EU stärken.

753 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer\*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort  
754 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa  
755 ab.

756 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass  
757 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale  
758 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer\*innen brauchen  
759 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen  
760 Grundrechte - dazu gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt. Eine europäische statt  
761 nationale Sozialversicherungsnummer muss folgen, damit, wer grenzüberschreitend arbeitet,  
762 unkompliziert soziale Sicherheit und hinterher seine Rente genießen kann. Ein EU-  
763 Sozialversicherungsregister ist folgerichtig, um Sozialdumping das Handwerk zu legen.

764 Die Mobilität von LSBTIQ\* Menschen ist in besonderen Maßen eingeschränkt. In den meisten  
765 Mitgliedsstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in einigen  
766 Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise immer  
767 fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt  
768 sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und  
769 gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung  
770 von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen Dokumenten, die  
771 den Familienstatus betreffen.

772 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer\*innen, die in Europa mobil sind, ihre in  
773 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine  
774 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch  
775 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

776 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert  
777 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme  
778 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in diesem Zusammenhang in  
779 Deutschland immer wieder die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld  
780 erhalten in Deutschland alle Arbeitnehmer\*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.  
781 Das soll auch so bleiben. Es gibt zwar Fälle von Missbrauch durch Einzelne, allerdings ist  
782 dies kein Grund das komplette System in Frage zu stellen.

783 Ein evtl. Missbrauch der Kindergeldregelungen darf jedoch nicht dazu führen, dass alle  
784 Unionsbürger\*innen in Mithaftung genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf  
785 Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland  
786 weniger Geld gäbe, dass das auch für das deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in  
787 Krakau studiert.

788 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 789 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 790 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer\*innen in Europa.

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 3: Sichern und stärken, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 10.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres  
2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip „Recht  
3 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz  
4 von Minderheiten und für die Stärkung ihrer Demokratie getan.

5 Europas Werte sind basierend auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
6 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner\*innen der  
7 Europäischen Union tragen und verdient es mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt zu  
8 werden, der in allen Mitgliedsstaaten gemeinsam gefeiert wird.

9 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,  
10 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen  
11 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Wir stehen für die Stärkung der Demokratie und wünschen  
12 uns gerade in Zeiten des Erstarkens der extremen Rechte ein solidarisches Europa, das sich  
13 sozial erneuert und in dem Menschen sich frei begegnen können. Das heißt nicht,  
14 Mitgliedsstaaten zu entmachten, sondern nationale Kompetenzen zu bündeln, um einen Raum der  
15 Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten.

16 Diese Idee eines freiheitlichen demokratischen Europas leben wir und werden die Werte  
17 Europas verteidigen. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten  
18 und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in Frage stellen, stärken wir gezielt die  
19 demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Wenn autoritäre Regierungen in  
20 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll die  
21 EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können.  
22 Wenn Menschen im Netz angegriffen werden, zum Beispiel aufgrund ihres Aussehens, ihrer  
23 Behinderung oder sexuellen Identität oder weil sie angeblich nicht die richtige Herkunft  
24 oder Religion haben, dann wollen wir gesamtgesellschaftliche Antworten mit einem Fokus auf  
25 effiziente Rechtsdurchsetzung auch gegenüber internationalen Konzernen entwickeln. Eine  
26 anlasslose Massenüberwachung lehnen wir ab. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von  
27 Schleppern und Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Flucht- und Migrationswege  
28 und ein Einwanderungsgesetz, damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung  
29 ermöglicht wird.

30 Aber es bleibt viel zu tun: Demokratische Strukturen und Beteiligungsrechte wollen wir  
31 stärken, Minderheiten noch effektiver schützen, Grundrechte ausbauen und Sicherheit  
32 gewährleisten.

### 33 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

34 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
35 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der  
36 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Die Werte der Europäischen Union bilden  
37 das Fundament der EU.

38 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,  
39 die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die  
40 Unabhängigkeit der Justiz oder die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig  
41 nur ratlos daneben.

42 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.  
43 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine  
44 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur  
45 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

46 *Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen*

47 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen  
48 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen  
49 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU  
50 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie  
51 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter  
52 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings  
53 unmittelbar nur für europäische Gesetze und Organe. Für das Handeln nationaler Regierungen  
54 ohne Bezug auf das Europarecht gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes und die  
55 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

56 Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, so dass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet  
57 wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im  
58 national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen  
59 können. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und  
60 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien  
61 angegriffen werden. Die Grundrechtecharta muss dabei uneingeschränkt auch in der digitalen  
62 Sphäre durchgesetzt und hierfür gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

63 *Europaweiter Einsatz für Kinderrechte und Kinderschutz*

64 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres  
65 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge, damit sich sie sich altersgerecht entwickeln und  
66 zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen können. Das Kindeswohl ist bei allen  
67 Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen.  
68 Kinderrechte müssen EU-weit gelten und Kinderschutz umfassend gestärkt werden. Deswegen  
69 setzen wir uns für eine konsequente Förderung der Kinderrechte und des Kinderschutzes im  
70 Sinne der UN-Kinderrechtskonvention durch die Europäische Union ein.

71 Die Europäische Union muss wirksam darauf hinarbeiten, dass ihre hohen Standards im Bereich  
72 Kinderrechte auch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Einrichtungen der  
73 Jugendhilfe in den Mitgliedsstaaten müssen gestärkt, Beratungsangebote ausgebaut und  
74 materielle Notlagen abgefedert werden. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der Kinder  
75 vor Gewalt und Vernachlässigung liegen.

76 *Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten*

77 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar  
78 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU  
79 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen  
80 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert\*innen, das alle Mitgliedsländer  
81 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür  
82 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der  
83 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,  
84 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte

85 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament  
86 besetzt werden.

87 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer  
88 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Sie soll eng mit der  
89 Grundrechteagentur zusammenarbeiten und diese als Ressource nutzen. Zusätzlich wollen wir  
90 auch das Mandat der Grundrechteagentur stärken und ihre finanzielle Mittel erhöhen. Die  
91 Ergebnisse der Kommission werden im Europaparlament, im Europäischen Rat und in den  
92 nationalen Parlamenten diskutiert. Bei akuten und gravierenden Verletzungen von  
93 demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt  
94 die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission  
95 Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

#### 96 *Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden*

97 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von  
98 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren  
99 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedlandes führen kann.  
100 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu  
101 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn  
102 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

103 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die  
104 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem  
105 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern zielgerichtet  
106 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere  
107 Fördermittelempfänger\*innen ausgegeben werden. So kann das Geld weiterhin dort ankommen, wo  
108 es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den  
109 nationalen Regierungen.

#### 110 *Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle*

111 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der  
112 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische  
113 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht  
114 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber  
115 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige  
116 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn ein  
117 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteur\*innen ausgezahlt  
118 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

#### 119 *Whistleblower schützen*

120 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher  
121 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen  
122 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-  
123 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um  
124 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung  
125 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt  
126 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms, um  
127 Whistleblower vor Racheakten zu schützen. Auch um den Schutz von Hinweisgeber\*innen zu  
128 gewährleisten, verteidigen wir das bestehende Recht auf die anonyme und pseudonyme Nutzung  
129 von Telemedien.

#### 130 *Unabhängigen Journalismus fördern*

131 Unabhängige und demokratische Medien sind ein Garant für eine kritische Debatte und eine  
132 demokratische Gesellschaft. Kritische Journalist\*innen leisten dazu einen wesentlichen  
133 Beitrag. In den letzten Jahren mussten wir aber erleben, dass Journalist\*innen immer  
134 stärkeren Gefahren ausgesetzt sind. Trauriger Höhepunkt ist die Ermordung der Bloggerin  
135 Daphne Caruana Galizia und des Investigativreporters Jan Kuciak in Malta bzw. der Slowakei.  
136 Die menschenfeindliche Hetze gegen Journalist\*innen und Medien muss aufhören. Europa muss  
137 ein Garant für die Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus bleiben.

138 Für die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen sind Bürger\*innen zudem auf eine  
139 vitale regionale Berichterstattung angewiesen. Hier ist in den vergangenen Jahren ein  
140 starker Verlust an Vielfalt und Qualität zu verzeichnen: Immer mehr lokale Medien, auch  
141 Blogs, können ihr Angebot nur noch schwer finanzieren. Wir wollen deshalb unabhängige Medien  
142 weiter fördern, z.B. in der EU-Förderpolitik, durch Förderung des Wettbewerbs oder durch  
143 einen Fond für investigativen Journalismus. Wir fordern die Einrichtung einer Europäischen  
144 Zentrale für politische Bildung. Wir wollen ARTE in die wichtigsten EU-Sprachen übersetzen.

#### 145 *Unterstützung von Zivilgesellschaften und Medienvielfalt in der EU*

146 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum  
147 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler\*innen und Journalist\*innen systematisch  
148 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

149 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)  
150 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger\*innen  
151 innerhalb der EU sinnvoll. Darüber hinaus streben wir die Einführung der Rechtsform eines  
152 „Europäischen eingetragenen Vereins“ an, um Nichtregierungsorganisationen europaweit der  
153 Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen. So  
154 können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen, unterstützt werden.

155 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 156 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 157 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-  
158 Mitgliedstaaten,
- 159 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 160 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 161 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist\*innen in der EU.

### 162 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

163 Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer machen,  
164 das Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger  
165 verbessern.

166 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem  
167 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der  
168 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:  
169 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden  
170 können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten.  
171 Die wachsende Bedeutung einer starken EU als Vertreterin der europäischen Bevölkerung in der  
172 Welt, als Gegengewicht gegen die Interessen multinationaler Unternehmen und als Streiterin  
173 für Frieden, Nachhaltigkeit und eine gerechte globale Entwicklung gerät mit der  
174 Nationalstaatsidee des 19. und 20. Jahrhunderts in ein immer größeres Spannungsverhältnis.

175 Die EU soll kein zentralistischer Superstaat sein. Gleichzeitig müssen die demokratische  
176 Legitimation der EU und die Einflussmöglichkeiten der Bürger\*innen mit dem Gewicht der  
177 Aufgaben der EU Schritt halten. Die europäische Zivilgesellschaft und die politischen  
178 Akteur\*innen in EU und Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren entscheiden, wie sie  
179 auf dem Weg der politischen Integration vorankommen wollen.

180 Wir wollen eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa,  
181 den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik führen und in die Gesellschaft  
182 tragen. Als Teil dieser Frage ist auch zu klären, wie die Rolle der Regionen innerhalb der  
183 Europäischen Union gestärkt werden kann, also etwa, ob es ausreicht, das  
184 Subsidiaritätsprinzip auszuweiten oder ob in mehr Autonomie und Souveränität der Regionen  
185 unter einem europäischen Dach auch Chancen liegen. Mittelfristig treten wir dafür ein, den  
186 Rat in eine zweite Kammer zu überführen. Wir wollen diskutieren, ob diese aus den  
187 Regierungen der Mitgliedstaaten oder den Regionen zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer  
188 bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.  
189 Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine öffentliche  
190 Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle EU-Regierungen ihre jeweils  
191 aktuelle Position zum Ratspräsidentenschaftsvorschlag vorlegen.

192 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per  
193 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft  
194 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit  
195 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer  
196 grundlegende Entscheidungen blockieren können.  
197 Damit Klimaschutz und die mit ihm eng zusammenhängende Energiepolitik vorankommen, einzelne  
198 Länder Fortschritte nicht blockieren können und Europa handlungsfähiger wird, setzen wir uns  
199 für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen der Energiepolitik im  
200 Europäischen Rat ein.

201 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat  
202 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches  
203 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle  
204 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

205 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter\*innen, die in Brüssel aktiv  
206 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum  
207 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Um höchste  
208 Transparenz zu schaffen, wollen wir verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen,  
209 striktere Karenzzeiten und einen „legislativen Fußabdruck“ durch den die Einflussnahme  
210 Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird - kontrolliert durch eine unabhängige  
211 Institution auf EU-Ebene. Wir wollen die bestehende Verordnung über den Zugang der  
212 Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung  
213 weiterentwickeln.

214 Demokratie bedeutet: Bürger\*innen entscheiden selbst, durch Wahlen und durch Abstimmungen.  
215 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million  
216 Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten  
217 kleinen Schritt zu direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe  
218 stärken, ausbauen und entbürokratisieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch eine Reform  
219 der Verträge fordern können. Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen dann auch zu  
220 Gesetzesvorschlägen führen. Daher muss die Kommission spätestens nach einem Jahr nach einer  
221 erfolgreichen Bürgerinitiative und einer Überprüfung auf die Vereinbarkeit mit den  
222 Grundrechten in der EU einen Gesetzesvorschlag vorlegen. In jedem Fall wollen wir, dass das  
223 Parlament zu einer Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative verpflichtet ist.



224 Eine Europäische Bürger\*innen Initiative (EBI) soll auch auf die Einberufung eines  
225 Bürgerforums gerichtet sein können, dessen Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der  
226 gesamten EU-Bevölkerung ausgelost werden und die das vorgelegte Thema ausführlich beraten  
227 und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens machen.

228 Die Minority SafePack Initiative ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Europäische  
229 Bürgerinitiative. Sie umfasst ein Paket von gesetzlichen Regelungen zum Schutz und zur  
230 Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen und wird von uns ausdrücklich unterstützt.

231 Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen  
232 Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.

233 Wir treten dafür ein, dass Unionsbürger\*innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU  
234 mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für  
235 Kommunalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen  
236 Wahlen. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen  
237 Pass oder Unionsbürger\*innenschaft eröffnen.

238 Für die Europawahlen unterstützen wir weiterhin das Prinzip der europäischen  
239 Spitzenkandidat\*innen und transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer  
240 transnationalen Liste besteht, sollten die Spitzenkandidat\*innen eine europäische  
241 Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der Position fest, dass Präsident\*in der  
242 Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat\*in angetreten war.  
243 Wir wollen, dass das Kollegium der EU-Kommissar\*innen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen  
244 besetzt ist. Zur anstehenden Wahl im Mai ist eine Änderung des Wahlrechts aufgrund der Kürze  
245 der Zeit ausgeschlossen. Für die Zukunft wollen wir ein europäisches Wahlrecht mit  
246 transnationalen Listen, demokratischen Mindeststandards für Listenaufstellungen,  
247 Mindestquotierungen sowie Transparenzregeln für die Parteienfinanzierung.

248 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,  
249 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu Parlamentsanhörungen  
250 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines  
251 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

252 Zur Änderung der Verträge unterstützen wir die Einberufung eines Europäischen Konvents oder  
253 einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung. Über ihre Vorschläge sollten dann die EU-  
254 Bürger\*innen durch ein EU-weites Referendum zusammen mit den Mitgliedstaaten, diese  
255 möglichst mit einer qualifizierten Mehrheit, endgültig entscheiden können.

256 An der Umfrage der EU-Kommission zur Zeitumstellung haben 4,6 Millionen Menschen  
257 teilgenommen und ein klares Votum für ein Ende der Zeitumstellung abgegeben. Dieses begrüßen  
258 wir und werden uns weiterhin für das Ende der Zeitumstellung einsetzen.

259 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 260 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 261 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 262 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 263 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

### 264 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Fluchtursachen anpacken**

265 Migration ist so alt wie die Menschheit. Sie ist Herausforderung, Antrieb für Entwicklung,  
266 Chance und bereichert Kulturen überall auf der Welt. Europa war und ist ein Kontinent der  
267 Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb Europas von einem in ein anderes Land

268 gezogen, haben den Kontinent verlassen, oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen  
269 innerhalb Europas und des Rechts auf Freizügigkeit war und ist eine der größten  
270 Errungenschaften, denn der Wohlstand der Europäischen Union beruht nicht nur auf der  
271 Freiheit von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Essentiell für das Zusammenwachsen Europas  
272 war stets die Freizügigkeit der Arbeitnehmer\*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh  
273 Beschränkungen und bürokratische Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem  
274 Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter anderem dadurch, dass Familienmitglieder von  
275 Arbeitnehmer\*innen selbstverständlich die gleichen Rechte wie Inländer\*innen erhalten.

276 Doch seit dem Erstarken von Rechtspopulisten und -extremisten in Europa haben wir erleben  
277 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Für die Zukunft  
278 Europas ist es existentiell, ob Menschenrechte und demokratische Prinzipien, wie es in  
279 Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union heißt, auch künftig das Fundament unserer  
280 Gemeinschaft bilden. Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte stehen wir für die  
281 Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige. Sie zu  
282 erhalten und gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen  
283 Aufgaben. Zu einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik müssen alle EU-  
284 Staaten beitragen.

285 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis  
286 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame und humanitäre Antwort auf  
287 Migration und Flucht gegeben. Tagtäglich sterben Menschen auf dem Weg nach Europa. Das  
288 Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst  
289 betreten haben, ist ungerecht, wirkungslos und gescheitert. Damit wird die Verantwortung  
290 aber weiter einseitig auf die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU  
291 abgewälzt, statt eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren. Oftmals  
292 werden dadurch Menschen, die lange hier leben und gut integriert sind, abgeschoben. Das  
293 steht einer gerechten Asylpolitik im Wege und soll daher vermieden werden. Menschenrechte  
294 sind unteilbar und dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Wir benötigen ein faires  
295 Verteilungssystem mehr denn je.

296 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht  
297 auf Asyl und den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit, Verfahren  
298 nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt. Ein  
299 Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen, Schutz  
300 gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein  
301 Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das  
302 Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung garantiert und  
303 seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft.  
304 Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer beendet.

305 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen  
306 gemeinsamen Aufbruch einer humanitären Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die  
307 zusammen die Ärmel hochkrepeln und sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten  
308 beteiligen wollen.

### 309 *Gemeinsames Europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration*

310 Bis heute sind Europäer\*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie  
311 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele Menschen quasi unmöglich. Da  
312 bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für Hochqualifizierte besteht,  
313 gehen jedoch auch potentielle Migrant\*innen den Weg über das Asylsystem und scheitern.  
314 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels  
315 und demographischen Wandels auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Mit dem UN-  
316 Migrationspakt (Global Compact for Migration) haben die Mitgliedstaaten der Vereinten

317 Nationen ein sehr umfassendes Rahmenwerk für sichere und geordnete Migration erarbeitet. Auf  
318 dieser Grundlage soll ein europäisches Einwanderungsrecht mit gemeinsamen Rahmenregelungen  
319 dabei helfen, gleiche Standards in Europa für die sichere und legale Einwanderung von  
320 Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Denn auch  
321 die internationale und europäische Arbeitsmigration muss im Einklang mit den Menschenrechten  
322 stehen. Bei der Ausgestaltung der Regelungen geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der  
323 Migration für Migrant\*innen, Ursprungs- und Empfängerländer zu nutzen.

#### 324 *Legale Fluchtwege schaffen*

325 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die  
326 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs  
327 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen  
328 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege über Kriegsgebiete, Wüsten und Meere nach Europa  
329 auf sich nehmen müssen. Kooperationen der EU und deren Mitgliedstaaten mit Drittstaaten  
330 müssen stets nach der Maßgabe erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie Europäische  
331 Standards eingehalten werden. Daher dürfen die katastrophalen humanitären Zustände in Libyen  
332 und anderen Staaten nicht länger ignoriert werden. Die Kooperation mit der libyschen  
333 Küstenwache muss ein Ende haben.

334 Die EU-Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie  
335 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen  
336 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dazu wollen wir – neben der  
337 Familienzusammenführung und humanitären Visa – großzügige und verlässliche  
338 Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten  
339 Nationen (UNHCR) ermöglichen. Die EU-Länder müssen ihren Anteil an den jährlichen, vom UNHCR  
340 ermittelten Resettlement-Bedarfe entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das  
341 individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet. Zugleich nehmen wir unsere humanitäre  
342 Verantwortung gegenüber besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus  
343 UN-Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei.

#### 344 *Ausbeutung von Migrant\*innen und Geflüchteten verhindern*

345 Zahlreiche Migrant\*innen und Geflüchtete werden in der europäischen Landwirtschaft, der  
346 Gastronomie und dem Baugewerbe ausgebeutet. Große Supermarktketten – gerade auch aus  
347 Deutschland – verkaufen Obst und Gemüse, das unter ausbeuterischen Bedingungen in Europa  
348 angebaut wird. Arbeitsschutzbedingungen werden systematisch verletzt und Löhne weit  
349 unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen gezahlt. Diese Form der modernen Sklaverei gehört  
350 beendet. Die EU-Richtlinie zu Sanktionen gegen Arbeitgeber\*innen muss konsequent angewendet  
351 und gegebenenfalls verschärft werden. Wir wollen Beschwerdestellen einrichten, an die sich  
352 Whistleblower\*innen und Opfer von Ausbeutung, auch anonym, wenden können. Auch für  
353 Geflüchtete gelten im digitalen Zeitalter Datenschutz, das Recht auf die Integrität  
354 informationstechnischer Systeme sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

#### 355 *Kinder vor Gewalt schützen*

356 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder  
357 politischer Verfolgung. Das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in Europa, aber  
358 auch die Beschränkungen beim Familiennachzug führen dazu, dass Kinder sich allein auf den  
359 Weg machen und dabei kriminellen Strukturen schutzlos ausgesetzt sind. Die Mitgliedsstaaten  
360 und die EU müssen dem Kindeswohl oberste Priorität einräumen. Kinder müssen angemessen  
361 untergebracht und versorgt werden. Inhaftierungen oder ein Leben in Lagern sind auch in  
362 Ausnahmefällen nicht zu tolerieren. Für die Kinder und Jugendlichen in den Hotspots an den  
363 europäischen Außengrenzen braucht es ein sofortiges europäisches Umverteilungsprogramm.

#### 364 *Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer*

365 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche  
366 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Sogar in der EU wird  
367 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert. Zivilgesellschaftliche  
368 Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen, wo die europäischen  
369 Staaten versagen oder ihre Schutzpflicht sogar wissentlich verweigern, dürfen nicht  
370 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür  
371 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Die  
372 Seenotretter\*innen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung. Das entlässt die EU und  
373 die Mitgliedsstaaten nicht aus ihrer humanitären Pflicht, endlich ein europäisch  
374 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.

375 Wir stellen uns an die Seite der vielen NGOs und Ehrenamtlichen in Europa, die jeden Tag  
376 Menschenleben retten und auch an Land in den Hotspots und anderen Aufnahmeeinrichtungen  
377 dafür sorgen, dass Geflüchtete versorgt, beraten und begleitet werden. Die Kriminalisierung  
378 von Zivilcourage und humanitärem Engagement muss beendet werden.

379 *Grenzkontrollen und Erstunterbringung human organisieren, EU-Asylbehörde ausbauen*

380 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren  
381 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Das dient auch dem sicheren Zugang zu  
382 einer guten Erstversorgung sowie zu einem fairen, nach völkerrechtlichen Standards  
383 ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Denn zentraler Bestandteil einer  
384 menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und Migrationspolitik ist, dass  
385 Asylsuchende an den Außengrenzen in Europa zuverlässig registriert und erstversorgt sowie  
386 ihre Daten abgeglichen werden. Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen  
387 kontrollieren und gemeinschaftlich vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die  
388 Vermengung dieser wichtigen grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und  
389 Flüchtlingsaufnahme ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische  
390 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten. Grenzschutz  
391 darf nicht bedeuten, dass niemand mehr rein kommt.

392 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der  
393 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige  
394 Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so  
395 erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle  
396 Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die  
397 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen  
398 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

399 Essentiell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle  
400 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden  
401 Erstversorgung und Registrierung die Menschen in die anderen EU-Staaten verteilt werden  
402 können. Dabei muss stets die Einhaltung menschenrechtlicher Standards kontrolliert werden.  
403 Geflüchtete Frauen, Kinder, LSBTIQ\* und Menschen mit Behinderung müssen umfassend vor Gewalt  
404 geschützt und ihre spezifischen Belange berücksichtigt werden. Die Aufnahme an den  
405 Außengrenzen darf für Geflüchtete nicht zur Sackgasse in Massenlagern werden. Zustände wie  
406 z.B. in dem Hotspot auf Lesbos sind mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen  
407 dringend beendet werden, indem Menschen aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

408 Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten  
409 lehnen wir ebenso ab, wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten  
410 zurückgeschickt werden. Sie treten die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen,  
411 schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime. Die finanzielle Unterstützung  
412 von repressiven Regimen entlang der Fluchtrouten lehnen wir entschieden ab. Die EU muss den

413 UNHCR besser und kontinuierlich dabei unterstützen, eine menschenwürdige Situation in ihren  
414 Lagern herzustellen.

415 Die Einstufung von Staaten zu sicheren Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer Sicht  
416 das falsche Instrument. Es beschleunigt zudem keine Verfahren. Wir halten das Prinzip für  
417 falsch. Um Verfahren zu beschleunigen, braucht es Personal und Priorisierungen.  
418 Rückführungen scheitern an fehlenden Rückführungsabkommen.

419 Dem Umbau des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von  
420 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

421 *Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus*  
422 *voranbringen*

423 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das  
424 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und  
425 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine Reform  
426 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb  
427 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und  
428 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg  
429 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-  
430 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,  
431 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und abgestimmten  
432 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern  
433 wir Direkthilfen der EU.

434 Viele europäische Kommunen haben als Reaktion auf die Schließung von Häfen für aus Seenot  
435 Gerettete Solidarität gezeigt und die Aufnahme der Menschen angeboten. Wir wollen, dass die  
436 EU diese Solidarität unterstützt und Projekte im Rahmen der „Solidarity Cities“ finanziell  
437 verstärkt fördert.

438 Auch wenn längst nicht mehr so viele Menschen zu uns kommen wie zuvor sind viele regionale  
439 und kommunale Behörden mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen konfrontiert:  
440 Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies spiegelt sich  
441 bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des Asyl-,  
442 Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte daher  
443 Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit einem  
444 kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Wir wollen die Kommunen finanziell und rechtlich  
445 in die Lage versetzen und sie ermuntern, sich an Resettlement- und europäischen  
446 Umverteilungsprogrammen zu beteiligen und Flüchtlinge auch in eigener Verantwortung  
447 aufzunehmen. Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht  
448 unter dem Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen. Die Regelungen der  
449 Aufnahmerichtlinie zur medizinischen Versorgung schutzbedürftiger Gruppen muss konsequent  
450 umgesetzt werden. Das umfasst die Gewährleistung und den Zugang zur erforderlichen  
451 medizinischen Versorgung vor Ort.

452 *Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen*

453 Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn dieses  
454 nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können bleiben.  
455 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen keine anderen Gründe gegen eine  
456 Rückkehr sprechen, müssen zurückgeführt werden, aber Abschiebungen sind immer mit  
457 menschlichen Härten verbunden und in der Regel nicht freiwillig. Dieses im Verfahren zu  
458 berücksichtigen und menschliche Härten bei Rückführungen so weit wie möglich zu vermeiden,  
459 ist oberste Aufgabe einer verantwortlichen Asylpolitik. Freiwillige Rückkehr hat dabei immer  
460 Vorrang. Daneben setzen wir europaweit auf ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung.

461 Auch eine angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr ist dabei wesentlich. Es  
462 muss außerdem sichergestellt sein, dass für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, kein  
463 Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder eine erhebliche Gefahr für Leib,  
464 Leben und Freiheit drohen. Der Abschluss von Rückführungsabkommen muss künftig  
465 menschenrechtsbasierten Grundsätzen folgen und darf nicht mehr nur den innenpolitischen  
466 Interessen der EU Mitgliedsstaaten dienen. Der einseitige Fokus auf Grenzpolitik und das  
467 Knüpfen von Entwicklungshilfe an Bedingungen sind der falsche Weg und führen nicht dazu,  
468 dass die Ursachen von Flucht behoben werden.

469 Abkommen mit Staaten, die eine fragwürdige Menschenrechtsbilanz aufweisen, sollten vor allem  
470 dem Interesse dienen, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen und Zivilgesellschaft vor Ort zu  
471 stärken. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug  
472 Unterstützung anbieten, die ihre Staatsbürger\*innen schnell und unbürokratisch wieder  
473 aufnehmen und ihnen Perspektiven sowie ein Leben in Sicherheit garantieren. Dieser Weg ist  
474 erfolgreicher, als darauf zu bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen  
475 Staatsbürger\*innen auch sogenannte Drittstaatler\*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf  
476 ihrem Weg das Land lediglich durchquert haben.

477 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen, die bereits in  
478 Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines sogenannten Spurwechsels  
479 ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

#### 480 *Fluchtursachen anpacken – Globale Gerechtigkeit verwirklichen*

481 Wir stehen für eine Politik, die globale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Diese Überzeugung  
482 leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Deshalb ist die beste Flüchtlingspolitik  
483 für uns diejenige, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen auf der Welt  
484 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Wir in Europa wollen dazu mehr beitragen, auch  
485 wenn viele Ursachen der Flucht nicht in unseren Händen liegen. Denn oft stehen zum Beispiel  
486 korrupte und rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im  
487 Weg. Und viele Menschen fliehen, weil ihnen grundlegende Freiheitsrechte fehlen. Doch es  
488 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben  
489 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

490 Deshalb darf europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik  
491 nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht länger  
492 Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren.  
493 Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und  
494 Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft in  
495 den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den  
496 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale Energiewende sowie  
497 die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Wir treten  
498 für eine ökologische Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem  
499 gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie  
500 Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer  
501 Überwachungstechnologie an Diktaturen. Das internationale Versprechen, 0,7 Prozent der  
502 Wirtschaftsleistung in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten für Entwicklungszusammenarbeit zu  
503 verwenden, wollen wir zuverlässig einhalten. Dauerhafter Frieden, Freiheit vor Verfolgung  
504 und nachhaltige Entwicklung in den Ländern des globalen Südens beginnen so auch bei uns.

505 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 506 • ein europäisches Einwanderungsrecht, das legale Migration ermöglicht,
- 507 • die Stärkung der Rechte und Interessen der (Arbeits-)Migrant\*innen und ihren Schutz vor
- 508 Ausbeutung,

- 509 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,  
510 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen  
511 Verteilungsmechanismus,  
512 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

### 513 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

514 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche  
515 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange  
516 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu  
517 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

518 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die  
519 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.  
520 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an  
521 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische  
522 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung und  
523 Gleichberechtigung zu starten.

#### 524 *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*

525 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.  
526 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.  
527 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der  
528 Pflege oder der Kinderbetreuung. Im MINT-Bereich dagegen sind sie stark unterrepräsentiert.  
529 In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in allen anderen europäischen  
530 Staaten. Dadurch besteht die Gefahr, dass Frauen langfristig die mühsam errungenen  
531 Verbesserungen in der Gleichstellung verlieren.

532 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die  
533 Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle  
534 schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der  
535 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht  
536 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir fordern die Hälfte  
537 der Macht für Frauen, das gilt auch für die großen europäischen Firmen. Deshalb treten wir  
538 für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in Macht-  
539 und Führungspositionen so lange erhöht, bis die Parität erreicht ist. Wir wollen  
540 gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend  
541 paritätisch besetzt werden. Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien  
542 unterstützen. Für uns Grüne ist es ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um  
543 Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie  
544 Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.

#### 545 *Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung*

546 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und  
547 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –  
548 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv  
549 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,  
550 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle  
551 sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig  
552 sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.

553 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur  
554 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine große  
555 Errungenschaft, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden kann.

556 Nachdem auch die EU die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass diese  
557 wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

558 Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit  
559 Frauen und Mädchen - u.a. auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert  
560 haben - besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen  
561 Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs-  
562 und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind.  
563 Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche  
564 Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas.

565 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss  
566 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch  
567 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte  
568 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in  
569 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein  
570 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich  
571 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

#### 572 *Gleichberechtigungs-Check in Politik und Haushalt*

573 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von  
574 politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent  
575 umsetzen. Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die  
576 Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Außerdem müssen Frauen gleichermaßen von  
577 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen  
578 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um  
579 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen  
580 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen  
581 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss  
582 dafür besser finanziert werden.

583 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 584 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 585 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 586 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

### 587 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Inter\* und Queer\*Menschen (LSBTIQ\*)** 588 **stärken**

589 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die Lebenssituation von  
590 LSBTIQ\* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse gesetzt für Gleichberechtigung und  
591 gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien  
592 der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-  
593 Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“.

594 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von  
595 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum  
596 der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen  
597 Wirklichkeit werden.

598 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und ungefähr der  
599 Hälfte der anderen EU-Länder nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Weitere  
600 Mitgliedstaaten bieten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Nur in sechs



601 Mitgliedsstaaten ist noch keinerlei rechtliche Absicherung vorgesehen. Obwohl vielerorts  
602 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen  
603 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.  
604 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie  
605 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu  
606 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen Union.  
607 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ\* und stellen uns den Angriffen gegen ihre  
608 Gleichberechtigung entgegen. Wir engagieren uns im Zuge der gemeinsamen Außenpolitik der EU  
609 sowie in der Entwicklungszusammenarbeit für ihre Rechte und wollen ihnen bei Verfolgung in  
610 der EU Schutz und Asyl bieten.

611 Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der  
612 Grundrechte und Grundfreiheit auftritt. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in  
613 Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit einschließen. Auch  
614 gegenüber ihren Dialogpartner\*innen in aller Welt muss die EU immer betonen: Die Verfolgung  
615 von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität ist eine  
616 schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.

617 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die  
618 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\* und  
619 Queer\*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und  
620 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe  
621 auf Wissenschaftler\*innen, die sich mit Diskriminierung aufgrund von sexueller und  
622 geschlechtlicher Identität befassen.

623 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das  
624 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

625 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und  
626 gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung  
627 ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Der  
628 Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland  
629 anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss.  
630 Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

631 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern  
632 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans\*Personen eine Anpassung der  
633 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

634 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen  
635 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann  
636 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

637 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 638 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 639 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen  
640 und Regenbogenfamilien,
- 641 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit,
- 642 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

643 **3.6 Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung - Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

644 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,  
645 Sprachenvielfalt, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir  
646 stärker gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen und die  
647 Gleichheit vor dem Gesetz sicherstellen.

648 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert  
649 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber  
650 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten  
651 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss  
652 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

653 Rassismus nimmt zu. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen  
654 Zugehörigkeit im öffentlichen Raum, bei der Arbeit, in der Schule oder Kita angefeindet oder  
655 gar angegriffen. Zusätzlich führen unterschwelliger Rassismus und Diskriminierungen im  
656 Alltag, zum Beispiel bei der Wohnungssuche, zu einer kontinuierlichen Benachteiligung und  
657 Belastung für die betroffenen Menschen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und  
658 streiten für ein demokratisches Miteinander. Dafür braucht es gesellschaftlicher  
659 Sensibilisierung für das Problem Rassismus, den Abbau bestehender Diskriminierungen und  
660 effektiver Strategien, beispielsweise zur Stärkung von Betroffenen ("Empowerment").

661 Durch Antisemitismus im Alltag leben viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern nicht  
662 mehr sicher. Antisemitismus findet sich heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen in  
663 unterschiedlichen Ausformungen, zum Beispiel an Schulen, wo es immer wieder zu psychischen  
664 und körperlichen Schikanen kommt. Das ist unerträglich. Denn: „Nie wieder“ lautet das  
665 Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der  
666 jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat. „Nie wieder“ muss Leitbild für Europas  
667 Zukunft sein.

668 Wir stellen uns jeder Art von Antisemitismus entschlossen entgegen. Der Schutz vor  
669 antisemitischen Anfeindungen und Gewalt muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein und  
670 darf keinesfalls auf die Betroffenen abgeschoben werden. Kosten für die Sicherheit jüdischer  
671 Einrichtungen dürfen nicht von EU-Mitgliedstaaten auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt,  
672 sondern müssen staatlich finanziert werden.

673 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000  
674 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum  
675 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche  
676 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.

677 Rechtspopulist\*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stehen an der  
678 Seite der Muslim\*innen, die friedlich, freundschaftlich und tolerant gegenüber anderen  
679 Lebensweisen in unserer multikulturellen Gesellschaft mit uns zusammen leben. Dem Hass und  
680 stereotypen Feindbildern gegen sie stellen wir uns entschieden entgegen.

681 Eine säkulare und weltanschaulich neutrale Politik, die konsequent an Menschenrechten und  
682 Grundfreiheiten ausgerichtet ist, macht Europa zu einem sicheren Ort für Menschen, die  
683 verschiedensten Religionen oder Weltanschauungen angehören und zugleich für alle, die keiner  
684 Religion angehören wollen. Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken, wo andere  
685 in ihren Rechten und Freiheiten verletzt werden. Religiösen Fanatismus, der die offene  
686 Gesellschaft und ihre Vielfalt angreift, dulden wir nicht.

687 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen  
688 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser  
689 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

690 Demokratieinitiativen sind der Grundbaustein, der einen friedlichen Kampf gegen Rassismus,  
691 Faschismus, Sexismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie, Islamophobie und  
692 Sozialdarwinismus möglich macht. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Ländern der EU  
693 aktiv sein können und ausreichend finanzielle Mittel für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung  
694 gestellt bekommen. Nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement kann der Kampf  
695 für ein weltoffenes und demokratisches Europa und gegen den europäischen Rechtsruck gewonnen  
696 werden.

697 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie  
698 diffamiert und diskriminiert. Antiziganistische Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür,  
699 dass Menschen mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen,  
700 dass im Rahmen des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den  
701 Weg gebracht wurden und die EU-Kommission im Fall von Ungarn ein  
702 Vertragsverletzungsverfahren wegen anhaltender Diskriminierung von Roma im Bildungswesen  
703 angestrengt hat. Auch gegen die wachsende Unterdrückung in einigen weiteren Mitgliedsstaaten  
704 muss die EU-Kommission wirksam vorgehen. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen  
705 weiter aufgestockt, die europäische Roma-Strategie vollumfänglich auch in Deutschland  
706 umgesetzt und die verbindliche Anwendung der Antirassismusrichtlinie noch konsequenter  
707 vorangetrieben werden.

708 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür  
709 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle  
710 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung  
711 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Es braucht insgesamt intensivere Anstrengungen, um  
712 Betroffene zu empowern und zu fördern. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine  
713 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein  
714 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.  
715 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.  
716 Präventionsprogramme leisten wichtige Arbeit, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
717 effektiv vorzubeugen. Daher wollen wir sie stärken und langfristig absichern.

718 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und  
719 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir Grüne streiten  
720 dafür, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren, rechtsstaatlichen  
721 Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Hierfür wollen  
722 wir das bereits heute im EU-Recht verankerte ‚notice-and-take-down-Verfahren‘ weiter  
723 konkretisieren.

724 Rassistische und nationalistische Akteur\*innen vernetzen sich derzeit massiv.  
725 Menschenfeindliche Denkmuster verbreiten sich rasant. Beides geschieht europaweit. Um diese  
726 Netzwerke und Vorgänge analysieren und effektive Strategien zur Bekämpfung konzipieren zu  
727 können, unterstützen wir die europaweite Forschung von Demokratie- und  
728 Zivilgesellschaftsinstituten und bauen ihre Förderung aus.

729 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 730 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die  
731 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 732 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie  
733 einen erleichterten Zugang zu diesen Mitteln für Förderung und Empowerment
- 734 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 735 • eine wirksame europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Hasskommentaren im  
736 Internet auch gegenüber internationalen Konzernen.

737 **3.7 In und mit Europa Inklusion und barrierefreie Teilhabe verwirklichen und Menschenrechte**  
738 **durchsetzen!**

739 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben  
740 können.

741 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auch für  
742 die EU-Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in  
743 allen Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in  
744 ihrer Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen  
745 Leben haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen  
746 selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird.  
747 Dafür müssen Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und  
748 eigenständige Lebensführung muss sichergestellt werden. Es darf kein Mensch gezwungen werden  
749 in einer stationären Einrichtung leben zu müssen. (Art.19 UN-BRK). Wir brauchen endlich  
750 einen „European Accessibility Act“, der auch private Anbieter von Waren und Dienstleistungen  
751 zum Abbau von Barrieren verpflichtet.

752 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren  
753 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien  
754 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und  
755 Veranstaltungen für Alle zugänglich und nutzbar sind. Dies gilt explizit auch für Webseiten,  
756 Apps und sonstige digitale Angebote, soweit dies möglich ist. Hierzu ist es unumgänglich,  
757 auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

758 Der Fortschrittsbericht der europäischen Kommission kommt ungeachtet aller politischen  
759 Reformen zu dem Schluss, dass nicht alle von der EU und deren Mitgliedsstaaten ergriffenen  
760 Maßnahmen den menschenrechtsbezogenen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen.  
761 Wir GRÜNEN werden uns daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von  
762 Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention  
763 in allen EU-Mitgliedsstaaten voll umgesetzt werden. Hierzu gehört auch, dass der  
764 Wahlrechtsausschluss von Menschen unter ständiger gesetzlicher Betreuung aufgehoben wird.

765 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie  
766 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. Wir halten es für  
767 dringend geboten, das flickwerkartige System der Gleichbehandlungsrichtlinien und -  
768 verordnungen zu vervollständigen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot nicht nur  
769 aufgrund von Behinderung, sondern auch Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der  
770 sexuellen Ausrichtung außerhalb des Arbeitsmarktes. International anerkannte Menschenrechte  
771 würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-Konvention über die Rechte von  
772 Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel  
773 das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf selbstbestimmtes  
774 Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch die deutsche Bundesregierung  
775 blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für den effektiven Schutz gegen  
776 Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

777 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen  
778 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch  
779 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in  
780 Deutschland 81.000 Menschen.

781 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 782 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 783 • Inklusion, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit,

- 784
- das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

785 **3.8. Europas Verbraucher\*innen stärken**

786 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher\*innen effektiv geschützt  
787 werden, auch grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren,  
788 Kapital, Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in  
789 Europa vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen,  
790 was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen  
791 können.

792 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die  
793 Datenschutzgrundverordnung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot von  
794 Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das „Bankkonto für alle“ und ein  
795 Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind nur einige wenige Beispiele.

796 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an VW-  
797 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund\*innen geltend machen können, ist aber noch  
798 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher\*innen Aufwand und Risiko  
799 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer  
800 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit kollektiven  
801 Rechtsschutzes, bei dem Geschädigte wahlweise als Gruppe gemeinsam oder mit Hilfe von  
802 Verbänden klagen können, muss daher europaweit eingeführt werden

803 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der  
804 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig  
805 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.  
806 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen  
807 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen  
808 brauchen Fahrgäste ein anbieterunabhängiges System, mit dem sich ein Ticket für alle  
809 Verkehrsträger für die gesamte EU – aus dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste  
810 oder aus Süditalien nach Lappland, egal ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket, das  
811 wir allen Auszubildenden und Studierenden ein Jahr lang zur Verfügung stellen wollen, ist  
812 erst der Anfang und soll perspektivisch ergänzt werden durch attraktive Angebote, die sich  
813 jede\*r leisten kann. Neue Serviceangebote wollen wir durch die Bereitstellung offener Daten  
814 (Open Data) befördern.

815 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.  
816 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es  
817 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für Transfettsäuren  
818 wollen wir einen gesetzlichen Grenzwert einführen. Für sämtliche, auch verarbeitete  
819 Tierprodukte wollen wir eine EU-weite, verbindliche und umfassende Haltungskennzeichnung  
820 einführen, damit Verbraucher\*innen schnell erkennen können, wie ein Tier gehalten wurde.  
821 Bereits die Einstiegsstufe soll so ausgestaltet sein, dass die Tiere ein Leben frei von Leid  
822 führen können. Die Kennzeichnung soll ein echter Anreiz für eine bessere Tierhaltung sein -  
823 und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bäuer\*innen angemessen entlohnt werden. Wenn tierische  
824 Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet werden, muss das  
825 angegeben werden.

826 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Zu oft werden schlechte  
827 Produkte an Verbraucher\*innen vertrieben, in der Regel spielen dabei hohe Provisionen eine  
828 große Rolle. Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir schrittweise eine komplette Abkehr  
829 von Provisionen hin zu einer qualitativ hochwertigen Beratung auf Honorarbasis für alle.  
830 Beratung muss individuell angepasst sein und den Anleger\*innen stets den Weg zu guten  
831 Finanzprodukten weisen.

832 *Digitale Verbraucherrechte stärken*

833 Datenschutz schützt nicht nur Daten, sondern vor allem unsere Privatsphäre und unsere  
834 Menschenwürde. Datenschutz ist auch Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen  
835 Vorlieben und Interessen gehen niemanden etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein  
836 zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade in Zeiten der Digitalisierung, der  
837 Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu herausgefordert.

838 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche  
839 personenbeziehbare Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das  
840 sollen die Betroffenen selbstbestimmt entscheiden können- und nicht Internet-Giganten wie  
841 Google oder Facebook.

842 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat  
843 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die  
844 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als  
845 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben. Ihre  
846 Umsetzung in der Praxis werden wir genau beobachten, wo nötig konkretisieren und weiter  
847 verbessern. Auch die zur Realisierung einer europaweit einheitlichen Aufsicht geschaffenen  
848 Strukturen wollen wir evaluieren und stärken.

849 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen  
850 Kommunikation unter anderem, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder  
851 Sprachassistenten-Systeme wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus gemäß der Grundsätze „Privacy  
852 by design“ und „Privacy by default“ den bestmöglichen Privatsphären-Schutz garantieren.  
853 Zusätzlich erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz, dass die Grundsätze der  
854 Interoperabilität wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen, auch bei online-gestützten Angeboten  
855 gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist, muss zum Beispiel auch  
856 bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet werden, nämlich unkompliziert  
857 zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln zu können.

858 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit  
859 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Damit unsere Grundrechte wirklich  
860 geschützt werden, brauchen wir die bestmöglichen Datenschutzeinstellungen und  
861 Aufsichtsbehörden, die über die personellen und finanziellen Mittel verfügen, die  
862 rechtlichen Vorgaben tatsächlich durchzusetzen. Wir dringen darauf, dass die derzeit in  
863 Verhandlung befindliche e-Privacy-Verordnung weder weiter verzögert noch verwässert wird.

864 Datenschutz und IT-Sicherheit sind für uns konstituierend. Deswegen setzen wir uns für  
865 verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer elektronischen Kommunikation  
866 ein. Hintertüren und Sicherheitslücken sind ein strukturelles Risiko für unsere IT-  
867 Sicherheit. . Deswegen dürfen staatliche Akteure Sicherheitslücken nicht ankaufen  
868 beziehungsweise mit ihnen heheln. Stattdessen bedarf es der Pflicht, solche Lücken umgehend  
869 zu melden, und sie schnellstmöglich zu schließen.

870 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So  
871 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die  
872 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht  
873 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die  
874 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

875 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.  
876 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und  
877 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei  
878 vernetzten Geräten.

879 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine  
880 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die  
881 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei  
882 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von  
883 Software müssen haften, wenn sie regelmäßige Sicherheitsupdates nicht bereitstellen und  
884 bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

885 Bei dem Einsatz von Algorithmen muss gewährleistet werden, dass die Entscheidungen für die  
886 Verbraucher\*innen überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Je sensibler  
887 und teilhaberelevanter die Anwendungsfelder, desto mehr Kontrolle durch staatliche Behörden  
888 ist notwendig. In Bereichen, die den Kern der persönlichen Grundrechte, unseres  
889 Rechtsstaates oder seiner Solidarsysteme berühren, lehnen wir den bislang unregulierten  
890 Einsatz ab. Hier bedarf es europaweit geltender, verbindlicher Vorgaben.

891 Die illegitime Einflussnahme auf demokratische Willensbildungsprozesse ist heute ein sehr  
892 ernstzunehmendes Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet und  
893 sogenanntes Microtargeting streng reguliert werden. Das umfasst unter anderem klare Vorgaben  
894 bezüglich eingesetzter Höchstbeträge und die Offenlegung und transparente Kennzeichnung von  
895 Werbung und parteipolitischer Information. Für den Empfänger muss jederzeit ersichtlich  
896 sein, auf welcher Grundlage er welche Werbung erhält. Demokratische Diskurse, politische  
897 Willensbildungsprozesse und Wahlen müssen effektiv geschützt werden. Missbräuchlich  
898 eingesetzte "social bots" können gezielt Desinformationen massenhaft verbreiten und Relevanz  
899 vortäuschen. Bei der notwendigen Bekämpfung wollen wir auch die Betreiber digitaler  
900 Plattformen in die Pflicht nehmen: Der Einsatz von bots muss klar erkennbar sein. Auch hier  
901 bedarf es einer europaweit geltenden, verbindlichen Regelung.

#### 902 *Produkte nachhaltiger und sicherer machen*

903 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder  
904 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu  
905 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der  
906 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika  
907 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.  
908 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so  
909 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

910 Spätestens seit dem Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza 2013 hat bei vielen Menschen ein  
911 Umdenken stattgefunden: Die Nachfrage nach fairer Kleidung steigt kontinuierlich. Wir  
912 wollen, dass faire Mode Standard wird. Daher setzen wir uns für eine europäische  
913 Transparenzrichtlinie ein, die die gesamte Herstellungs- und Lieferkette der Textilindustrie  
914 umfasst und die Einhaltung konkreter Sorgfaltspflichten auf allen Stufen garantiert.

915 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher\*innen ein teures Ärgernis,  
916 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige  
917 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Deswegen wollen wir ein europäisches  
918 „Recht auf Reparatur“ schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig  
919 Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern eine  
920 verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von  
921 Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling  
922 sicherstellt.

923 Für Soft- und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange (Sicherheits-)Updates durch  
924 die Hersteller zur Verfügung gestellt werden. Zudem brauchen wir klare Anforderungen an die  
925 Lebensdauer und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen und -modellen. Die europäischen  
926 Regelungen für die Gewährleistung wollen wir an die Lebensdauer von Produkten anpassen und

927 auch auf kommerzielle Software ausweiten. Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-  
928 Source-Software-Produkte besonders fördern, da diese auch nach Ende der  
929 Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

930 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für  
931 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und  
932 verbindlichen europäischen Standard geben.

933 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 934 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von  
935 Anfang an,
- 936 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer  
937 Kommunikation,
- 938 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 939 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

### 940 **3.9 Kriminalität und Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

941 Schlagbäume schaffen kein Mehr an Sicherheit. Zur Verteidigung unserer Freiheit und gegen  
942 Kriminalität und Terror brauchen wir eine stärkere europäische Kooperation der  
943 Sicherheitsbehörden. Zahlreiche Straftaten wie Wohnungseinbruchdiebstahl, Taschendiebstähle  
944 oder Betrugsdelikte erfolgen grenzübergreifend. Dementsprechend muss die Polizei auch  
945 grenzübergreifend agieren. Auch islamistisch und rechtsextrem motivierter Terrorismus agiert  
946 grenzüberschreitend. Dem stellen wir uns zur Verteidigung unserer Freiheit und zum Schutz  
947 der Bürger\*innen entschlossen entgegen. Hierfür setzen wir auf wirksame Prävention und  
948 effektive Strafverfolgung. Das gilt insbesondere für den EU-weiten Datenaustausch und die  
949 Pflege von Datenbanken. Bei allen Maßnahmen haben für uns rechtsstaatliche Standards wie  
950 Rechtsklarheit, der Bestimmtheitsgrundsatz und das Verhältnismäßigkeitsprinzip höchste  
951 Priorität. Das heißt, anders als die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere  
952 Sicherheitskräfte anlasslos jede Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive  
953 Abgleiche verhindert. Wir wollen eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose  
954 Politik immer weiter reichender Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und  
955 sorgt nicht für mehr Sicherheit.

#### 956 *Europäisches Kriminalamt schaffen*

957 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass die Polizeibehörden der  
958 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an den  
959 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen  
960 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die derzeit weitgehend befugnisfreie europäische  
961 Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts  
962 mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige  
963 Ermittlungsmöglichkeiten und -befugnisse, um in relevanten Fällen grenzüberschreitender  
964 Kriminalität selbst einschreiten zu können. Sie muss ebenso effektiv wie rechtsstaatlich  
965 gegen Terrorismusverdächtige, Mafiaorganisationen, Menschenhandel, aber auch  
966 länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und die gewaltbereite rechte Szene vorgehen.  
967 Dafür braucht sie ausreichend Ressourcen und Personal. Kurzfristig wollen wir im Rahmen des  
968 bestehenden Rechts Europol durch multinationale Ermittlungsgruppen (Joint Investigation  
969 Teams) stärken.

#### 970 *Europaweite Vernetzung der Polizei*



971 Während andere Parteien reflexartig neue Eingriffsbefugnisse, Überwachungsgesetze und  
972 Grundrechtseingriffe fordern, wollen wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-  
973 Staaten verbessern. Dazu wollen wir ein europaweites Austauschprogramm für Polizist\*innen  
974 ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von Polizist\*innen in länderübergreifenden  
975 Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer  
976 gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen  
977 und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu informieren oder um Rat zu fragen. Dabei ist uns  
978 wichtig, dass diese Vernetzung höchsten datenschutz-, bürgerrechtlichen und  
979 rechtsstaatlichen Standards entspricht. Daher lehnen wir auch eine Weitergabe von sensiblen,  
980 personenbezogenen Daten an solche Staaten ab, die diese nicht einhalten. Unter dieser  
981 Bedingung kann auch das bestehende Europol-Informationssystem (EIS) weiter ausgebaut  
982 werden, so dass ein Abgleich der nationalen Polizeidatenbanken mit den Europol-Systemen  
983 möglich wird und Ermittler so vor Ort schneller feststellen können, ob Straftäter  
984 grenzüberschreitend agieren und die polizeiliche Rechtshilfe weiter optimiert wird.

#### 985 *Geheimdienste einhegen und scharf kontrollieren*

986  
987 Die Veröffentlichungen von Edward Snowden haben ein System der globalen anlasslosen  
988 Massenüberwachung offenbart, die europäischen Grundrechten diametral entgegenlaufen.  
989 Deswegen setzen wir Grüne uns für eine scharfe parlamentarische Kontrolle, klare  
990 Rechtsgrundlagen, die Einhaltung des Trennungsgrundsatzes und eine europaweite Begrenzung  
991 nachrichtendienstlicher Befugnisse ein.

#### 992 *Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen*

993 Der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft stehen wir positiv gegenüber. Sie kann  
994 perspektivisch als zentrale Ermittlungs- und Anklagebehörde eine entscheidende Rolle auch  
995 bei der Strafverfolgung von grenzüberschreitendem Terrorismus und organisierter Kriminalität  
996 einnehmen und sollte nicht auf die Verfolgung von Betrug zu Lasten der EU beschränkt  
997 bleiben. Noch nehmen aber nicht alle Mitgliedsstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft  
998 teil. Dies ist nicht ausreichend. Wir werben dafür, dass alle Mitgliedsstaaten mitwirken und  
999 wollen, dass ein künftiges Europäisches Kriminalamt im Auftrag der Europäischen  
1000 Staatsanwaltschaft die Ermittlungen durchführt. Rechtsstaatlichkeit und Opferschutz sowie  
1001 Grundrechte, Beschuldigten- und Verteidigerrechte müssen ohne Absenkung des Schutzniveaus  
1002 gewährleistet sein, auch bei grenzüberschreitender Herausgabe- und Speicheranordnung für  
1003 elektronische Beweismittel in Strafsachen (E-Evidence).

#### 1004 *Organisierte Kriminalität bekämpfen - Terrorismusnetzwerke aufdecken*

1005 Um die Finanzierungsquellen von Netzwerken im Bereich der organisierten Kriminalität und des  
1006 Terrorismus auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen  
1007 Geldwäsche schaffen. Wir wollen, dass Banken nur bei konkreten Verdachtsfällen und unter  
1008 höchsten rechtsstaatlichen Standards verdächtige Kontobewegungen direkt auch an die  
1009 europäische Stelle melden.

1010 Rechtswidrige, gewaltverherrlichende Propaganda und terroristische Online-Inhalte müssen  
1011 nicht nur nach transparenten rechtsstaatlichen Kriterien schnellstmöglich gelöscht, sondern  
1012 auch von den nationalen Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt werden. Hierfür bedarf  
1013 es einer zuverlässigen Kooperation der Plattformen mit den Strafverfolgungsbehörden.

#### 1014 *Prävention stärken und Waffenrecht verschärfen*

1015 Wir wollen Radikalisierung und Kriminalität von Anfang an verhindern und  
1016 Präventionsprogramme europaweit ausbauen. Insbesondere Programme zur Deradikalisierung und  
1017 für Aussteiger\*innen aus der islamistischen und gewaltbereiten rechten Szene wollen wir  
1018 etablieren und stärken. Um schwere Straftaten wie etwa Amoktaten zu verhindern, muss der

1019 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale  
1020 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen Waffen müssen  
1021 lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer\*innen regelmäßig  
1022 geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame  
1023 Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

1024 Angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten und der Ausbreitung rechten  
1025 Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt werden. Während  
1026 demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte bündeln,  
1027 verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

1028 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen  
1029 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-  
1030 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und  
1031 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

#### 1032 *Datenschutz sicherstellen*

1033 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,  
1034 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und  
1035 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert  
1036 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist\*innen oder Geschäftsreisende handelt.  
1037 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im  
1038 Aufbau.

1039 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit  
1040 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt  
1041 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend  
1042 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose  
1043 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom  
1044 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur  
1045 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen  
1046 weiterhin mit aller Vehemenz gegen alle Formen von anlasslosen Vorratsdatenspeicherungen.

1047 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und  
1048 Verfolgung von terroristischen und anderen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-Staaten  
1049 Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische  
1050 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für  
1051 Ermittlungsteams. Viel zu oft enden deshalb Ermittlungen an nationalstaatlichen Grenzen.

1052 Gleichzeitig werden bestehende Datenbanken, in denen Personen erfasst sind, wie zum Beispiel  
1053 im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht richtig genutzt, weil es an  
1054 Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten mangelt. Hier gibt es dringenden  
1055 Änderungsbedarf. Bei der notwendigen Effektivierung des Informationsaustauschs und der  
1056 Zusammenlegung von Datenbanken müssen höchste datenschutzrechtliche Standards beachtet  
1057 werden.

1058 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1059 • eine effektive wie rechtsstaatliche europäische Sicherheitsarchitektur, die Freiheit  
1060 schützt und Sicherheit garantiert,
- 1061 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche Kompetenzen  
1062 für die Europäische Staatsanwaltschaft,
- 1063 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,

- 1064 • eine konsequente Präventionsarbeit und eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu  
1065 gefährlichen Waffen,
- 1066 • die Wahrung und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger\*innen Europas .

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden, Sicherheit und Globale Gerechtigkeit fördern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 11.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die  
2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im  
3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt  
4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen  
5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht  
6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im  
7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner  
8 feindlich gegenüberstehen.

9 Und die USA, wichtige Initiatorin jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs  
10 einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als berechenbarer  
11 Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Mit dem Krieg gegen den Irak 2003 hat die US-Regierung  
12 einen heftigen Bruch mit dem Völkerrecht gesucht, in Guantanamo die Menschenrechte mit Füßen  
13 getreten. Mit ihrem aktuellen Präsidenten steigt die US-Regierung aus dem Klimaabkommen aus,  
14 kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet die  
15 internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie  
16 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich die Europäische Union sicher verlassen  
17 konnte, gelten so nicht mehr.

18 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich  
19 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann  
20 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben  
21 nur die Hälfte und weltweit leidet weiter jeder neunte Mensch - 821 Millionen Menschen - an  
22 chronischem Hunger und 1,5 Milliarden Menschen sind mangelernährt. Das reichste Prozent der  
23 Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr als die übrigen 99 %  
24 der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht nur immer mehr  
25 Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten Böden nicht mehr  
26 leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die Auswirkungen der  
27 Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung verschärfen.

28 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als  
29 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen  
30 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik  
31 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen. Will  
32 die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven  
33 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren  
34 Nachbarschaft und darüber hinaus eine Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten im Bereich  
35 der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik viel stärker kooperieren als bisher.

36 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich stellt, ist  
37 die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird die  
38 Europäische Union, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke

39 entlang von Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne  
40 die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.

41 Noch immer sind Frauen und Mädchen weltweit nicht gleichberechtigt. Das wollen wir ändern.  
42 Die Gleichberechtigung der Geschlechter nämlich ist nicht nur Menschenrecht, sondern  
43 Stabilisator für nachhaltigen Frieden, ist Grundlage gerechter Gesellschaften und Motor  
44 wirtschaftlicher Entwicklung. Mit einer explizit feministischen EU-Außenpolitik wollen wir  
45 deshalb geschlechtsspezifische Analysen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und  
46 Minderheitengruppen auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen fördern. Wir rücken  
47 systematisch die Auswirkungen außenpolitischer Entscheidungen auf die Machtverhältnisse  
48 zwischen den Geschlechtern ins Zentrum ansonsten überwiegend männlicher Debattenverläufe und  
49 Analysen.

#### 50 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

51 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für  
52 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur  
53 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und  
54 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

55 Einen Schwerpunkt setzen wir in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Denn die  
56 Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen  
57 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort  
58 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.  
59 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten  
60 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch  
61 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Ungarn, Polen, Rumänien und Österreich, in  
62 denen Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und  
63 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden. Das ist fatal, denn so geraten die Fundamente  
64 der rechtsstaatlichen Demokratie unter Druck.

65 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung  
66 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und  
67 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegenreten. Das kann für die EU nur  
68 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Wir wollen

69 Nichtregierungsorganisationen unterstützen, deren Arbeit von staatlicher Seite systematisch  
70 erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert wird, und den Schutz von  
71 Menschenrechtsverteidigern verstärken. Die EU sollte die internationale Vernetzung und den  
72 Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch  
73 ein wichtiges Signal an Menschenrechtsverteidiger\*innen, dass sie mit ihrem Engagement nicht  
74 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von  
75 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht  
76 werden. Dafür ist es auch notwendig das europäische Instrument für Demokratie und  
77 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den  
78 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern  
79 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb  
80 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und  
81 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

82 Aber auch Städte und Regionen innerhalb der EU können einen wichtigen Beitrag zum Schutz von  
83 Menschenrechten und Menschenrechtsverteidiger\*innen leisten. Wir wollen Initiativen wie  
84 kommunale Menschenrechtsbeauftragte, Aufnahmeprogramme für politisch Verfolgte oder  
85 Patenschaftsprogramme stärker durch die EU finanziell und institutionell unterstützen. Die

86 EU-Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, alle menschenrechtlichen Konventionen zu  
87 ratifizieren.

88 Menschenrechte müssen stärker als bisher maßgeblich für die EU-Handelspolitik sein. Die Art  
89 und Weise, wie wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu  
90 ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Zerstörung der Lebensgrundlagen, rücksichtslosem  
91 Ressourcenabbau und der Stärkung autoritärer Regime. Damit die EU zur Förderin von  
92 nachhaltiger Entwicklung sozialer und ökologischer Standards im Welthandel wird, bedarf es  
93 beherzter Schritte.

94 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar  
95 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an  
96 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so  
97 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU  
98 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung  
99 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine  
100 konsequente Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und werden uns  
101 bei der anstehenden Novellierung der CSR-Richtlinie für mehr Berichtspflichten und weniger  
102 Ausnahmeregelungen stark machen.

103 *Die EU als Vorreiterin einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik*

104 Die Europäische Union muss das Prinzip einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik  
105 und damit die Gleichberechtigung von Frauen und Minderheitengruppen zu einer Leitlinie ihrer  
106 gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen. Sie braucht dazu einen intersektionalen  
107 Ansatz, der die Überschneidung verschiedener Formen der Diskriminierung erkennt und ernst  
108 nimmt. Mit einer feministischen, menschenrechtsbasierten Außen- und Sicherheitspolitik  
109 ergänzen wir den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken  
110 damit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt. Grünes Ziel ist es, die  
111 Rechte von Frauen weltweit zu fördern und Frauen als Akteurinnen in Gesellschaft, Wirtschaft  
112 und Politik zu stärken, sowie ihnen gleichwertigen Zugang zu sozialen, ökonomischen und  
113 politischen Ressourcen zu garantieren und die reproduktiven und sexuellen Rechte zu stärken.  
114 Dafür wollen wir in der EU die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und politischen  
115 Minderheiten auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen in den Organisationen der  
116 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik steigern. Damit durchbrechen wir die klassischen  
117 Strukturen im außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich, zeigen neue  
118 Perspektiven, richten die Bereitstellung von Geldern neu aus und stellen Machtverhältnisse  
119 grundlegend infrage.

120 Der Schutz von Frauen und Minderheiten sowie deren Beteiligung an Friedensprozessen trägt in  
121 erheblichem Maße zur Wahrung von Frieden und Sicherheit bei. Wir wollen den UN-  
122 Sicherheitsratsbeschluss 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und seine Folgeresolutionen  
123 mit Leben füllen, die Genderperspektive in sämtlichen außenpolitischen Bereichen und EU-  
124 Friedensoperationen verankern – und dieses Gesamtvorhaben langfristig finanziell  
125 unterfüttern. Ziel ist die Gleichbehandlung und -beteiligung von Frauen und Minderheiten in  
126 der zivilen Krisenprävention, in Friedensverhandlungen und Friedensmissionen, in der  
127 Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau nach Konflikten sowohl auf polizeilicher und  
128 militärischer Ebene. Dafür soll die Beraterin des Auswärtigen Dienstes der EU für Gender ein  
129 eigenes Budget erhalten und an das Europaparlament berichten. Wir wollen zudem, dass die EU  
130 alle ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente nutzt, um der systematischen  
131 Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit sowie sexualisierter und  
132 geschlechterbasierter Gewalt entgegenzuwirken.

133 Neben der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Durchsetzung der Frauenrechte treten  
134 wir dabei auch gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben,

135 Schwulen, Bisexuellen, trans\*, inter\* und queeren (LSBTIQ\*) Menschen ein. 2007 wurden in  
136 Yogyakarta Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle  
137 Orientierung und die geschlechtliche Identität verabschiedet. Diese wollen wir weiter  
138 fördern und umsetzen.

139 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 140 • den aktiven Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere durch die  
141 Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen,
- 142 • für eine verantwortungsvolle Handelspolitik, in der Menschenrechte auch gegenüber  
143 transnationalen Unternehmen einklagbar sind,
- 144 • eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik.

#### 145 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

146 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn  
147 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur  
148 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin  
149 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale  
150 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

151 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe  
152 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen  
153 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf  
154 eine einheitliche und klar friedens- und menschenrechtsorientierte EU-Außenpolitik an. Die  
155 EU muss ihr politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für  
156 Frieden und Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement  
157 für die angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche  
158 Entwicklung im gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

#### 159 *Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen*

160 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.  
161 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische  
162 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle  
163 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem  
164 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten  
165 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser  
166 Klimaabkommens.

167 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der  
168 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre  
169 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere  
170 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass  
171 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention  
172 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für  
173 Menschenrechte verantworten müssen.

174 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen  
175 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines  
176 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Dadurch wird erschwert, dass die internationale  
177 Gemeinschaft ihrer Schutzverantwortung nachkommen kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats  
178 bei zentralen Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht

179 einmal der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von  
180 Kriegsverbrechen beauftragt werden kann.

181 Die Vereinten Nationen müssen wieder voll handlungsfähig werden. Der Sicherheitsrat sollte  
182 so reformiert werden, dass alle Weltregionen angemessen repräsentiert sind. So sollte z.B.  
183 Indien aufgenommen werden. Damit würde sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten  
184 verbessern. Dazu würde ein Sitz für die Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten.

185 Die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig mit  
186 einem Begründungszwang belegen, besonders bei der Frage der Responsibility to Protect. Bis  
187 dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des Sicherheitsrats die Generalversammlung  
188 der VN das Recht beanspruchen, nach dem Vorbild der „Uniting For Peace“-Resolution 377 von  
189 1950 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner  
190 Stelle friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder  
191 militärische Maßnahmen, gemäß Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

192 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und  
193 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im  
194 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell  
195 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine  
196 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab  
197 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,  
198 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von  
199 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen  
200 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale  
201 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des  
202 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die  
203 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu  
204 diskreditieren, zurück.

#### 205 *Konsequent für EU-Recht beim Brexit*

206 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der  
207 EU. Der Brexit verdeutlicht, wie gefährlich es ist, wenn Regierungen mit dem Feuer spielen  
208 und Europa für nationale Machtkämpfe missbrauchen. Und er zeigt ein weiteres Mal, wie aus  
209 Russland heraus versucht wird, Wahlen in Demokratien zu beeinflussen.

210 Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein Drittland nicht  
211 bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht geben, der Brexit  
212 darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen in Großbritannien  
213 unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger\*innen über das finale  
214 Austrittsdokument fordern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Lösung gefunden wird, die den  
215 in der EU lebenden Brit\*innen und den in Großbritannien lebenden EU-Bürger\*innen ermöglicht,  
216 ihre jetzigen Rechtsansprüche auch nach dem Brexit geltend zu machen.

217 Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die anderen 27 Mitgliedstaaten  
218 zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als Verhandlungsführerin.  
219 Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben. Die Wahrung der vier  
220 EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung, Personen- und Kapitalverkehr  
221 – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt kann es ohne  
222 Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht geben. Einen Austritt mit  
223 Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der irischen Insel absolute  
224 Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten, dass eine harte Grenze  
225 auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen kann  
226 erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens finalisiert werden. Die



227 außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach dem Austritt im Rahmen  
228 internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

229 *Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik*

230 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,  
231 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans  
232 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das  
233 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits  
234 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien standen im Juni 2018 kurz vor der Eröffnung  
235 der EU-Beitrittsverhandlungen, da alle zuvor festgelegten Bedingungen erfüllt wurden.  
236 Trotzdem verschob der Rat die Eröffnung jedoch auf Juni 2019. Wir Grüne werden uns dafür  
237 einsetzen, dass der Rat im Juni 2019 sein Versprechen auch in die Realität umsetzen wird,  
238 damit Albanien und Mazedonien einen wichtigen und verdienten Schritt im langjährigen EU-  
239 Beitrittsprozess vorankommen können.“

240 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen  
241 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern  
242 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende  
243 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur\*innen des Westbalkans  
244 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen  
245 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin  
246 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr  
247 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar  
248 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der  
249 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt  
250 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:  
251 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von  
252 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung  
253 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese  
254 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

255 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen der Kopenhagener  
256 Kriterien erreicht werden müssen, also die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt  
257 werden. Wir wollen außerdem, dass die EU die Erweiterungspolitik zum Anlass nimmt ihre  
258 innere Funktionsfähigkeit endlich entschlossen anzugehen.

259 *Transatlantische Partnerschaft neu ausrichten*

260 Der US-amerikanische Präsident Trump hat die transatlantische Partnerschaft in eine tiefe  
261 Krise gestürzt. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim Klimaschutz, bei der  
262 Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.  
263 Multilaterale Organisationen geraten so ins Wanken. Die US-Administration versteht die EU  
264 als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es  
265 eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht  
266 spalten lassen. Nur so kann Europa sich selbst behaupten.

267 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt  
268 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.  
269 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerken mit progressiven  
270 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte  
271 Politik verfolgen, bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die  
272 Europäische Union viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie  
273 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, vor allem in den Bereichen Ökologie, Bildung, Energie,  
274 Klimaschutz sowie Digitalisierung, setzen.

275 Das von Baden-Württemberg und Kalifornien angestoßene Klimaschutzbündnis auf der Ebene der  
276 Regionen, die Under2 Coalition, dem sich schon über 200 Regionen angeschlossen haben, kann  
277 hier einen wichtigen Beitrag leisten.

278 *Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken*

279 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas  
280 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft  
281 der EU stärkt seit 2009 die Modernisierung, Demokratisierung und Durchsetzung von  
282 Menschenrechten in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine. Daran  
283 wollen wir festhalten und sie weiter ausbauen. Die demokratischen Entwicklungen – sei es in  
284 der Ukraine oder Armenien- verdeutlichen uns die Kraft der Zivilgesellschaft in diesen  
285 Ländern. Wir halten an einer Visaliberalisierung für alle Länder der Östlichen Partnerschaft  
286 fest. Klar ist für uns aber auch, dass diese Partnerländer noch einen weiten Weg vor sich  
287 haben. Europäische Grundwerte dürfen nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden.  
288 Der Kampf gegen Korruption, demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der  
289 Menschenrechte müssen in diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert und unterstützt  
290 werden. Die wichtige Anbindung der östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine  
291 Herausforderung für das Verhältnis zu Russland. Russland versucht, die engere Zusammenarbeit  
292 der östlichen Staaten mit der EU zu verhindern. Dennoch unterstützen wir weiterhin die  
293 Schritte insbesondere der EU-assoziierten Länder der Östlichen Partnerschaft - also der  
294 Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens - in Richtung europäische Integration und wollen  
295 ihnen den Weg zu einem EU-Beitritt offen halten.

296 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem  
297 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem militärischen Eingreifen in Syrien auf  
298 der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen  
299 beigetragen. Putin führt Russland nicht nur innenpolitisch immer weiter weg von Demokratie,  
300 Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und einer dringend nötigen sozialen und  
301 ökonomischen Modernisierung des Landes und seiner Strukturen, sondern handelt  
302 internationalen Verpflichtungen und Standards zuwider. Gerade bei unseren osteuropäischen  
303 Nachbarn hat das tiefe historische Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der  
304 territorialen Integrität anderer Staaten ist inakzeptabel. Die EU muss hier klar sein und  
305 ihre politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung der Konflikte  
306 in Osteuropa und im Südkaukasus verstärken.

307 Für uns ist klar: Es darf keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und  
308 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkte Gültigkeit  
309 der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten  
310 unsere Politik gegenüber Russland. Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine  
311 politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker Abkommen fest. Solange  
312 Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen aufrechterhalten. Wir  
313 wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von Aktivist\*innen,  
314 Journalist\*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Wir unterstützen das  
315 zivilgesellschaftliche Engagement in Russland. Gemeinsam mit unseren russischen Partnern  
316 fordern und fördern wir die stärkere Kooperation mit demokratischen  
317 Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Denn diejenigen, die  
318 unter den Repressionen leiden, brauchen unsere volle Solidarität. Mit Sorge sehen wir  
319 Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu schwächen.  
320 Die russische Regierung hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa.  
321 Das wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche  
322 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten  
323 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in  
324 einer Stärkung der EU und in einer Unterstützung demokratischer Kräfte in Russland liegen.

325 Dabei sollte die Absicherung von sicherheits- und versorgungsrelevanten digitalen Systemen  
326 im Vordergrund stehen. Hier gibt es noch hohen Abstimmungs- und Handlungsbedarf innerhalb  
327 der EU. Sich in starker europäischer Solidarität entschieden gegen russische Menschen- und  
328 Völkerrechtsverletzungen zu stellen, bedeutet allerdings keinen Verzicht auf Selbstkritik.  
329 Wachsender Rechts-Autokratismus ist nicht allein ein russisches, sondern auch ein  
330 europäisches Gesellschaftsphänomen: Hier steht nicht Russland gegen Europa, sondern  
331 beiderseits Rechtsautokratismus gegen Demokratie und Menschenrecht. Wo immer es möglich ist,  
332 suchen wir die Kooperation mit Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit,  
333 Frieden und Abrüstung lassen sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

#### 334 *Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten*

335 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben  
336 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür  
337 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen, sowie alle Bestrebungen zur  
338 nationalen Aussöhnung und zur Aufarbeitung begangener Kriegsverbrechen unterstützen. Eine  
339 europäische Hilfe für den Wiederaufbau kann es nur geben, wenn diese nicht nur den Assad-  
340 Getreuen nützt, sondern allen Syrerinnen und Syrern. Die EU muss diplomatische Initiativen  
341 ergreifen, damit die katastrophale humanitäre Situation verbessert wird. Die Menschen  
342 benötigen dringend Lebensmittel und sauberes Trinkwasser, insbesondere aber medizinische  
343 Versorgung mit Geräten, Instrumenten und Medikamenten - all das ist nahezu vollständig durch  
344 Bomben und Granaten zerstört und vernichtet worden. Solange der Krieg ungehindert  
345 fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige syrische und  
346 russische Militärangehörige bestehen bleiben und ihre Konten in der EU eingefroren werden.  
347 Zudem müssen Waffenlieferungen, die den Krieg in Syrien befeuern, gestoppt werden. Gerade  
348 wenn Ergebnisse im Sicherheitsrat nur schwer zu erzielen sind und immer wieder durch den  
349 Missbrauchs des Vetorechts durch Russland oder andere Staaten blockiert werden, bedarf es  
350 politischer Initiativen, um im Rahmen der Generalversammlung etwa eine unabhängige  
351 Untersuchung von Verstößen gegen das Völkerrecht durchzusetzen.

352 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump könnte  
353 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein  
354 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen  
355 Union bedroht. Wir treten für eine Atomwaffenfreie Welt ein, dafür ist auch eine nukleare  
356 Abrüstung im Nahen Osten wichtig. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis  
357 und die multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-  
358 Abkommen am Leben zu halten und die atomare Aufrüstung des Irans zu verhindern. Dies darf  
359 jedoch nicht zu einem selbst auferlegten Schweigen gegenüber der dramatischen  
360 Menschenrechtssituation, der Drohungen gegen Israel und der aggressiven Regionalpolitik des  
361 Irans führen. Zusätzlich muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die  
362 Durchsetzung einer Friedensordnung bemühen.

363 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen  
364 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht  
365 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind  
366 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um  
367 die Sicherheit des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum  
368 Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Schaffung eines souveränen,  
369 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu  
370 gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns mit aller  
371 Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende Diskriminierung von Minderheiten  
372 in Israel lehnen wir genauso ab wie den illegalen Siedlungsbau. Während wir der  
373 palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur  
374 Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen Boykott Israels als Instrument

375 deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel  
376 und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung, gegen eine  
377 Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

378 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit  
379 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte  
380 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen  
381 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter  
382 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür  
383 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu  
384 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen  
385 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und  
386 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-  
387 Arabien und die anderen kriegsführenden Mitglieder der saudisch geführten Allianz müssen ein  
388 Ende haben. Es darf nicht sein, dass die Europäische Union indirekt diesen Krieg auch noch  
389 anheizt.

#### 390 *Demokratische Kräfte in der Türkei stärken*

391 Die Türkei ist nicht Erdogan, Erdogan ist nicht die Türkei. Alle Abstimmungen der  
392 vergangenen Jahre haben gezeigt: Rund die Hälfte der türkischen Wählerinnen und Wähler  
393 wünscht sich eine demokratische und rechtsstaatliche Zukunft. Diese Kräfte – die trotz  
394 schwerster Repressalien und systematischer Verfolgung durch eine autoritäre und  
395 autokratische Regierung in der Türkei für Weltoffenheit eintreten – müssen wir unterstützen.  
396 Wir wollen deshalb alles politische Handeln auf europäischer Ebene und in den  
397 Mitgliedstaaten konsequent auf die Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Türkei  
398 ausrichten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene Politik hin zu einem  
399 autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf Oppositionelle, die  
400 Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die völkerrechtswidrigen Angriffe des  
401 türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die Abkehr von einem friedlichen und  
402 politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht nun eine grundlegende  
403 Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je muss die EU klare Haltung  
404 für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene bedeutet das unter  
405 anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die Türkei  
406 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle Rüstungsexporte  
407 europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung europäischer  
408 Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

409 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach  
410 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten  
411 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

412 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,  
413 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu  
414 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt  
415 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Damit hat die Türkei einen  
416 nicht unerheblichen Anteil an einer EU- Abschottungspolitik. Diesen EU-Türkei-Deal wollen  
417 wir beenden.

418 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme  
419 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit  
420 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:  
421 Ein EU-Beitritt der Türkei ist mit der derzeit unter Präsident Erdogan verfolgten Linie zur  
422 Aushöhlung des Rechtsstaats, von demokratischen Rechten und von gesellschaftlichen  
423 Freiheiten nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei

424 müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler Abbruch der Beitrittsgespräche wäre  
425 falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei brauchen dieses Signal und weiterhin  
426 unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb, die noch bestehenden EU-  
427 Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen auszuzahlen und die  
428 Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

429 *Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika*

430 Afrika und Europa sind einander eng verbunden, durch die koloniale Vergangenheit hat Europa  
431 eine besondere, historische Verantwortung. Statt aber eine Partnerschaft auf Augenhöhe  
432 anzustreben, steht derzeit für die EU vor allem Migrationskontrolle und polizeiliche bzw.  
433 militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige europäische Agrar-, Fischerei-,  
434 Handels- und Ressourcenpolitik verhindert nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung in  
435 Afrika. Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen,  
436 die am meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen eine  
437 Wende in den Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent und unsere afrikanischen Partner dabei  
438 unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort, besonders für die Jugend,  
439 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem  
440 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der  
441 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Da die Voraussetzung für gesellschaftlichen,  
442 wirtschaftlichen und politischen Fortschritt oftmals die Teilhabe von Frauen ist, wollen wir  
443 gemeinsam mit unseren Partner\*innen unser Engagement für Geschlechtergerechtigkeit  
444 verstärken.

445 Fokus unserer vertieften Zusammenarbeit ist eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung  
446 durch sozial-ökologische Investitionen. Dabei wollen wir besonders mit kleinen und mittleren  
447 Unternehmen zusammenarbeiten. Diese neue Partnerschaft Afrika-EU, die das Abkommen von  
448 Cotonou ablösen wird, muss auf einem offenen und transparenten Ausgleich gegenseitiger  
449 Interessen und Forderungen sowie auf Menschenrechten basieren. Um eine nachhaltige  
450 Entwicklung im globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik in der EU, die  
451 sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris, an der  
452 Aktionsagenda von Addis Abeba und an der Agenda 2063 der Afrikanischen Union orientiert.

453 *Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte*

454 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger  
455 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst  
456 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit  
457 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den  
458 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen  
459 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.  
460 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der  
461 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der  
462 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans einschließt.  
463 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas  
464 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

465 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit  
466 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen  
467 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur  
468 mitmacht, wo er ihr nutzt und kritische Äußerungen von innen und außen rigoros sanktioniert.  
469 Die Europäische Union muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft zur  
470 Kooperation - der Erhöhung der China-Kompetenz in der EU, etwa durch Ausbau der öffentlichen  
471 Forschungsförderung, und dem Ausbau von kulturellem und Jugendaustausch - aber auch mit  
472 Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen und mit Selbstbewusstsein

473 begegnen. Dabei muss auch darauf hingewirkt werden, dass die enormen Investitionen, die  
474 China in anderen Ländern plant, auf eine nachhaltige Entwicklung einzahlen, um die globalen  
475 und lokalen Umweltgüter, den sozialen Frieden sowie die internationale Sicherheit zu  
476 bewahren.

477 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 478 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 479 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 480 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur  
481 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 482 • eine vertiefte und wirtschaftlich nachhaltige Partnerschaft zwischen EU und Afrika auf  
483 Augenhöhe.

#### 484 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

485 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer  
486 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im  
487 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt  
488 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir  
489 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur  
490 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen  
491 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-  
492 Konflikt-Situationen, auch in Regionen, die nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit  
493 stehen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich am besten  
494 verhindern, wenn frühzeitig in Kooperation mit lokalen Akteur\*innen Strukturen vor Ort  
495 unterstützt und gegebenenfalls aufgebaut werden, die Sicherheit herstellen und die  
496 Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

497 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner  
498 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und  
499 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,  
500 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten  
501 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst  
502 ausbauen und auch die Aus- und Weiterbildung der Diplomat\*innen stärken. Wir plädieren  
503 dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer gemeinsam in europäischen Botschaften  
504 zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die eigentlichen diplomatischen Aufgaben  
505 freizusetzen.

506 Gerade in Zeiten zahlreicher Krisen und Konflikte wollen wir zugleich die auswärtige  
507 Bildungs- und Kulturpolitik nutzen und stärken – als dritte Säule der Außenpolitik und  
508 wirkungsmächtiges Instrument europäischen Handelns, das den Kontakt mit der globalen  
509 Zivilgesellschaft sichert und Gesprächskanäle öffnet, wo sonst Schweigen und Blockade  
510 herrschen.

511 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den  
512 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die  
513 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im  
514 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,  
515 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Zivile Krisenprävention und  
516 Konfliktbearbeitung gehören ins Zentrum der europäischen Friedens- und Außenpolitik. Wir  
517 wollen die Mittel und das Personal, z.B. für die EU- Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,  
518 deutlich erhöhen.

519 Die Kapazitäten für Frühwarnung und Mediation wollen wir ausbauen und zivilgesellschaftliche  
520 Organisationen und NGOs stärker einbinden. Das Europäische Friedensinstitut wollen wir  
521 stärken, gerade auch mit deutscher Beteiligung.

522 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für  
523 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen  
524 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen sowohl  
525 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch  
526 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument ab 2021 gemeinsam mit den elf anderen  
527 außenpolitischen Finanzinstrumenten zum "Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und  
528 internationale Kooperation" zu verschmelzen. Dieser neue große Topf birgt die Gefahr, dass  
529 die Bekämpfung von Fluchtursachen militärisch gedacht wird. Stattdessen fordern wir eine  
530 Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

#### 531 *Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen*

532 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.  
533 Das wollen wir stoppen. Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Da viele  
534 Rüstungskonzerne über Grenzen hinweg eng zusammenarbeiten, brauchen wir auch eine effektive,  
535 strenge und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU. Es braucht einklagbare strenge  
536 Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir Nichtregierungsorganisationen ein  
537 Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte überprüfen  
538 zu lassen. Besonders viele Opfer weltweit fordert der Einsatz von kleinen und leichten  
539 Waffen. Die Bundesregierung muss zunächst den Export dieser Waffen und ihrer Munition an  
540 Drittstaaten komplett verbieten und nur wenige und gut begründete Ausnahmen nur im Rahmen  
541 von Missionen mit VN-Mandat zulassen. Ein solches Exportverbot für Kleinwaffen fordern wir  
542 auch auf europäischer Ebene. Auch wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur  
543 Unterdrückung von Menschen in Diktaturen genutzt werden. Wir fordern daher, dass die  
544 Einhaltung der gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von Militärtechnologie und  
545 Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008) überprüft und Verstöße gerichtlich  
546 geahndet werden können. Im Rahmen der Überarbeitung der Dual-Use Verordnung fordern wir die  
547 Einführung einer allgemeinen Menschenrechtsklausel, die nicht nur auf  
548 Überwachungstechnologie anzuwenden ist.

549 Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland  
550 ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen  
551 Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung  
552 wäre fatal. Seit 2014 gibt es substantielle Vorwürfe gegen Russland, den Vertrag durch die  
553 Entwicklung eines neuen Raketensystems zu verletzen. Dennoch halten wir es für falsch,  
554 dieses Abkommen zu verlassen. Denn so steigt die Gefahr eines weltweiten nuklearen  
555 Wettrüstens dramatisch an – nicht nur zwischen den USA und Russland, sondern auch mit Blick  
556 auf andere Atomkräfte wie China, Iran oder Indien. Gegenseitige Inspektionen der  
557 umstrittenen Waffensysteme wären jetzt das Gebot der Stunde, so wie der INF-Vertrag es für  
558 den Streitfall vorsieht. Die EU muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten  
559 bleibt. Es ist nötiger denn je, glaubwürdig für den Erhalt und die Stärkung internationaler  
560 und regionaler Rüstungskontrollregime einzutreten. Maßnahmen zur Abrüstung muss die EU auch  
561 auf neue Bereiche der Kriegsführung – wie das Internet, Weltraum und autonome Waffensysteme  
562 – ausdehnen. Wir wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter  
563 Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Das gilt  
564 insbesondere für die Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und Verbreitung voll-autonomer  
565 Waffensysteme, bei denen Auswahl und Bekämpfung von Zielen keiner Steuerung durch den  
566 Menschen unterliegen. Sie können zu massiven Völkerrechtsverletzungen führen und ein neues  
567 Wettrüsten ankurbeln. Deshalb soll sich die EU für eine umfassende völkerrechtliche Ächtung  
568 autonomer Waffensysteme (LAWs) einsetzen. Außerdem muss die EU zur atomaren Abrüstung

569 beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein atomwaffenfreies Europa als auch  
570 international, und ihre Mitglieder zur Unterzeichnung des UN-Vertrags auffordern.

#### 571 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

572 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von  
573 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und  
574 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür  
575 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker  
576 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit  
577 Europas. Doch auch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll,  
578 die Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer  
579 gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In  
580 diesem Sinne wollen wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die  
581 verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in  
582 nationale Rüstungssektoren zu pumpen. Den Aufbau einer europäischen Atommacht lehnen wir ab.  
583 Genauso wenig wollen wir, dass Deutschland sich atomar bewaffnet oder sich unter den  
584 Schutzschild der französischen Atomstreitkräfte stellt.

585 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts  
586 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine  
587 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100  
588 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser  
589 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und  
590 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der  
591 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. PESCO ist mit der Teilnahme von 25  
592 der 28 Mitgliedsstaaten zu einem Projekt nahezu der gesamten Europäischen Union geworden.  
593 Die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir  
594 zusätzliches Geld in ein ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was  
595 europäisch getan wird, darf nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert  
596 werden. Vielmehr wollen wir eine sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im  
597 Sinne einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben  
598 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler  
599 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Die Entwicklung des Europäischen  
600 Verteidigungsfonds verfolgen wir kritisch und setzen uns für mehr Transparenz und  
601 Kontrollmöglichkeiten durch das Europäische Parlament ein. Der Fonds darf nicht zu  
602 Aufrüstung führen. Wir sind gegen eine Etablierung von Parallelstrukturen zur Gemeinsamen  
603 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wie die Europäische Interventionsinitiative  
604 (EII). Ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur  
605 innerhalb der Strukturen der Europäischen Union geben.

606 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile  
607 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von  
608 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die  
609 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.  
610 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch  
611 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass  
612 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und  
613 Korruption enden.

614 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen der  
615 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch  
616 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale  
617 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber



618 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die  
619 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

620 *Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen*  
621 *gegen die Menschlichkeit*

622 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts  
623 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir  
624 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie  
625 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von  
626 Friedensprozessen.

627 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.  
628 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen  
629 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der  
630 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder  
631 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an  
632 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir  
633 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche  
634 Mandate kritisch und sorgfältig.

635 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur  
636 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder  
637 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung  
638 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv  
639 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat anhaltend blockiert  
640 ist, muss die Generalversammlung an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen mit  
641 qualifizierter Mehrheit mandatieren, soweit sie das für notwendig befindet.

642 Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit  
643 erfolgen. Ohne eine umfassende zivile Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte  
644 für die Zukunft des betroffenen Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

645 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 646 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
- 647 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 648 • Nachhaltige Friedenspolitik statt Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und  
649 Krisengebiete,
- 650 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

#### 651 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

652 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte und  
653 auf die nachhaltigen Entwicklungsziele ausgerichtete globale Strukturpolitik vorantreibt,  
654 aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt. Politikkohärenz im Sinne einer  
655 nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise Handelspolitik nicht  
656 Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im  
657 Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb der EU und global umgesetzt werden.  
658 Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien  
659 zusammendenken. Ziele wie „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“,  
660 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch  
661 eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Die EU als eine der größten  
662 Geberinnen in der Entwicklungszusammenarbeit muss die Rolle von Frauen in

663 Entwicklungsvorhaben und die Auswirkung von Entwicklungsmaßnahmen auf Frauen und ihre  
664 Gleichstellung ernst nehmen. Sie muss ihr selbstgesetztes Ziel, dass 85% der  
665 Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergleichstellung beitragen, endlich erreichen und  
666 mehr Mittel für Projekte zur Frauenförderung bereitstellen. Wir müssen unsere Politik  
667 ändern, wenn Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische  
668 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung und Kapitalflucht missbraucht  
669 werden oder wenn unsere Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine EU, die sich  
670 Nationalismus und antidemokratischen Kräften entgegenstellt und sich glaubhaft für  
671 nachhaltige Entwicklung engagiert, ist unser Ziel. Wichtig ist dabei, dass sie diese Ziele  
672 nach innen und nach außen kohärent verfolgt und Widersprüche auflöst.

673 Eine kohärente nachhaltige Politik ist nicht nur die beste Antwort auf die Herausforderungen  
674 weltweiter Flucht und Migrationsbewegungen, sondern auch für das Recht aller Menschen auf  
675 ein gutes Leben und eine sichere Zukunft. Wir müssen endlich diese strukturellen Ursachen  
676 der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen und globale Ungleichheit reduzieren.  
677 Unser Lebensstil, unsere Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die  
678 Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische  
679 Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und  
680 unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass unsere Agrarexporte andernorts die  
681 Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern als auch Kleinindustrie zerstören. Statt einer  
682 immer stärkeren Repression gegen Menschen auf der Flucht braucht es eine kohärente  
683 internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft,  
684 Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele  
685 der UN vorgeben. Unser Ziel ist es auch, dass eine Wertschöpfung vor Ort passiert und eine  
686 weiterverarbeitende Industrie aufgebaut wird. Die Agenda 2030 definiert "wirtschaftliche  
687 Entwicklung" nachhaltig. Es geht um verbesserte Lebensperspektiven und nötiges  
688 wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten des sozialen Zusammenhalts oder ökologischer  
689 Nachhaltigkeit zu erreichen. Arme Länder sollen bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften  
690 konkrete Unterstützung erhalten, damit dies nachhaltig und selbstbestimmt gelingt. Dies  
691 bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in einem System natürlich  
692 begrenzter Ressourcen neu denken.

693 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung  
694 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind.  
695 Wir sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der  
696 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.  
697 Vielmehr brauchen wir einen verbindlichen Stufenplan, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich  
698 zu erreichen und zu halten. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders  
699 in der Pflicht und müssen gemeinsam vorangehen. Mittelfristig soll die Zusätzlichkeit der  
700 Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7% Ziel sichergestellt werden.  
701 Die knappen Entwicklungsgelder sollen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen.  
702 Öffentlich-private Partnerschaften sollen dem Gemeinwohl und einer nachhaltigen Entwicklung  
703 und nicht den Renditeerwartungen der Anleger dienen. Sie dürfen nicht zu neuen  
704 Schuldenkrisen führen. Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

705 Die zunehmende Aushöhlung der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab. Daher stellen wir  
706 uns gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission, das eigenständige Budget für die  
707 Entwicklungszusammenarbeit aufzulösen und einem allgemeinen Instrument für Außenpolitik  
708 unterzuordnen.

709 Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU konsequent  
710 die Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern begrenzt. Dazu  
711 gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer Steuersümpfe und die

712 verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die in der EU ihren Sitz  
713 haben.

714 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder  
715 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,  
716 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung  
717 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem  
718 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen  
719 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen  
720 besser koordiniert sein. Außerdem wollen wir in der Nothilfe stärker auf genderspezifische  
721 Bedürfnisse achten. Dazu gehören besonders die Bereiche sexuelle und reproduktive  
722 Gesundheit, Müttergesundheit und die Unterstützung von Überlebenden sexualisierter und  
723 geschlechtsspezifischer Gewalt.

724 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 725 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 726 • die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und  
727 Schwellenländern,
- 728 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für  
729 humanitäre Hilfe.
- 730 • eine faire, nachhaltige Entwicklungspolitik, die zu globaler Gerechtigkeit beiträgt

#### 731 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

732 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen  
733 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut  
734 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von  
735 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch  
736 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen  
737 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale  
738 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die  
739 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

740 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt  
741 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische  
742 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

#### 743 *Global und demokratisch*

744 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO)  
745 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen  
746 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder  
747 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.  
748 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am  
749 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder  
750 wird geschwächt.

751 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten  
752 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO.  
753 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem  
754 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

755 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für  
756 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll sein.  
757 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter  
758 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Das Europaparlament muss  
759 über das Mandat mitbestimmen und mehr Verhandlungsdokumente sollen öffentlich sein. Die  
760 TTIP-Verhandlungen haben gezeigt, dass mehr Transparenz möglich ist. Auch müssen die  
761 Abkommen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit  
762 voranbringen. Getrieben von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine  
763 Handelspolitik vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr  
764 Gegenteil verkehrt. Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während  
765 Verstöße gegen Umweltschutz, Arbeitnehmer\*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft  
766 werden.

767 Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren  
768 Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip  
769 festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag  
770 als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der so  
771 genannten regulatorischen Kooperation garantiert. Es ist nicht hinnehmbar, dass es  
772 Sonderschiedsgerichte für Investoren gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das  
773 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte und  
774 Sonderklagerechte für private Investoren ab. Das sind unsere Maßstäbe für Handelsabkommen  
775 wie CETA, JEFTA und TTIP. Deshalb lehnen wir CETA in dieser Form weiterhin ab. Wir sind  
776 davon überzeugt, dass es möglich ist, das Abkommen im Sinne der oben genannten Kriterien zu  
777 verändern, so lange es noch nicht endgültig in Kraft gesetzt ist. Die derzeit laufenden  
778 Vertragsanpassungen wollen wir nutzen.

779 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf  
780 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA  
781 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das  
782 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische  
783 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind. Denn leider halten die  
784 Kommission und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten unbeirrt an ihrer falschen Agenda fest. Wir  
785 Grünen treten auf allen Ebenen dafür ein, dass diese Politik geändert wird.

786 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel  
787 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, des  
788 Vorsorgeprinzips und des Pariser Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern  
789 wie Japan bestünde die Chance, es endlich besser zu machen.

790 Auch beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen verbindliche soziale  
791 und ökologische Standards. Die EU setzt auf die Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl  
792 öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade in den Ländern des Mercosur ein wichtiges  
793 Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Das Vorsorgeprinzip ist nicht verbindlich verankert.  
794 Stattdessen ist auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem  
795 Vertragstext geflogen. Dabei ist der Amazonas aufgrund der durch das Abkommen weiter  
796 steigenden Rindfleischproduktion stark bedroht. Sie befeuert die Abholzung des Regenwaldes  
797 und erschwert die Agrarwende in Europa.

798 Die EU sollte initiieren, dass die Mitgliedsstaaten ihre bestehenden nationalen  
799 Investitionsschutzabkommen nachverhandeln, um die Investor-Staats-Schiedsgerichte zu  
800 beenden. Wir unterstützen die EU Kommission bei ihrem Vorhaben, die existierenden  
801 innereuropäischen Investitionsabkommen zu beenden.

802 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor  
803 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung

804 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale  
805 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen  
806 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch  
807 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt  
808 werden. Regulatorische Kooperation darf nicht Standards absenken, sondern muss diese  
809 verbessern.

810 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung  
811 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und  
812 Verbraucher\*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU  
813 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-  
814 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte  
815 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

816 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und  
817 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von  
818 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

819 *Für faire Arbeits- und Produktionsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte*

820 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen und  
821 Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der  
822 internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest  
823 verankert werden, und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU  
824 Handelsvergünstigungen auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf  
825 freiwillige Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Unsere Kleidung  
826 wird meist unter gefährlichen Bedingungen für extrem niedrige Löhne produziert.

827 Notwendig sind deshalb gesetzliche Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere  
828 Klagemöglichkeiten innerhalb der EU – auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen,  
829 die von europäischen Unternehmen verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu  
830 mehr Verantwortung und Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu,  
831 Menschen- und Arbeiter\*innenrechte einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den  
832 Vorrang zu geben. Für Textileinfuhren nach Europa wollen wir gesetzliche Mindeststandards  
833 verankern.

834 Innerhalb der WTO sollte die EU eine Initiative starten, die soziale und ökologische Regeln  
835 für die gesamte Lieferkette im Textilbereich verankert. Diese Regeln können dann nach und  
836 nach auf andere Sektoren ausgedehnt werden.

837 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen  
838 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als  
839 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich umzusetzen.

840 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf  
841 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,  
842 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel  
843 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO- und  
844 entwicklungsconform ausgestaltet sein muss.

845 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte  
846 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein  
847 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen  
848 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in  
849 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

850 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung  
851 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig  
852 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Kommunen  
853 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

#### 854 *Faire Rohstoffpolitik*

855 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion  
856 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird  
857 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente  
858 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende  
859 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert  
860 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

861 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder  
862 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit  
863 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber  
864 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire  
865 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung  
866 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche  
867 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines  
868 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders  
869 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

870 Europa trägt durch den Import von Soja, Palmöl und Holz in einem hohen Umfang zur weltweit  
871 fortschreitenden Entwaldung bei. Wir wollen, dass die Europäische Holzhandelsverordnung  
872 künftig für alle Holz- und Papierprodukte gilt und durch ein effektives Überwachungs- und  
873 Sanktionssystem scharf gestellt wird. Sie muss für alle Liefer- und Verarbeitungsschritte  
874 gelten. Außerdem engagieren wir uns für europaweit wirksame Regelungen, die den Handel mit  
875 Gütern ausschließen, wenn ihre Herstellung direkt oder indirekt mit Waldvernichtung,  
876 insbesondere von tropischen und borealen Wäldern oder vergleichbaren Ökosystemen,  
877 einhergeht.

#### 878 *Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe*

879 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den  
880 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen  
881 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch  
882 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der  
883 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen  
884 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen  
885 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu  
886 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer  
887 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte sind  
888 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Bei der Partnerschaft auf Augenhöhe spielen  
889 für uns auch zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle.

890 Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für handelspolitische Schutzmaßnahmen  
891 lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und junge Industrien zu schützen.  
892 Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für Entwicklungsländer. Ohne diese werden  
893 die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es fehlen Mittel für Investitionen in  
894 öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste und andere Aspekte der öffentlichen  
895 Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf verarbeitete Produkte aus  
896 Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie und Wertschöpfung vor Ort  
897 zu ermöglichen.

898 *Fairer Handel auch in der Landwirtschaft*

899 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und  
900 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Das muss ein Ende  
901 haben.

902 Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit  
903 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Wenn Produkte in die EU importiert werden,  
904 müssen Mindeststandards, beispielsweise die Arbeitsnormen der ILO, gelten.

905 Die Patentierung von Saatgut sowie Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren  
906 und staatliche Institutionen dazu drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und  
907 Landwirtschaftsorganisation der UN zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten.  
908 Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher  
909 geworden ist, kontrollieren bereits jetzt große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel-  
910 und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure  
911 Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt wird zerstört.

912 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern auf freien  
913 Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den  
914 Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die  
915 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger  
916 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft  
917 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

918 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 919 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen  
920 Handelsverträgen der EU,
- 921 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 922 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

923 **4.6 Drogenkriege beenden**

924 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,  
925 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument\*innen, verletzt Menschenrechte und trägt zur  
926 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche  
927 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die  
928 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich  
929 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.

930 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern  
931 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union soll  
932 eine Reform der Drogenpolitik in den Mitgliedstaaten unterstützen, die zuallererst auf  
933 Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt – und nicht  
934 auf Verbote und Repression. Die kontrollierte Abgabe von Cannabis in einzelnen  
935 Mitgliedstaaten sowie Modellprojekte auf regionaler Ebene können dazu beitragen, die  
936 organisierte Kriminalität innerhalb der EU zu verringern.

937 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 938 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 939 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 10.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische Fortschritt  
2 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten, wie  
3 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie wird immer noch stark  
4 von Männern dominiert. Sie stellt die Wirtschaft auf den Kopf und vieles in Frage. Es öffnet  
5 sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und Herausforderungen: Nicht nur, dass Roboter  
6 Rasen mähen und Post austragen, sondern auch, dass sie unsere Eltern und Großeltern im Heim  
7 pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die Felder so passgenau düngen, dass keine  
8 Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter Kriege führen und über Leben und Tod  
9 bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und ihre handelbare Ware sind unsere  
10 persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue Techniken. Es entsteht neue  
11 Arbeit, alte geht verloren und unsere Art zu arbeiten ändert sich.

12 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall gilt:  
13 Technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten und auch nicht rückgängig machen.  
14 Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte zu  
15 gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man  
16 zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf europäischer  
17 Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer wie viel  
18 für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das  
19 kaum national möglich sein. Sonst können sich global agierende Konzerne den niedrigsten  
20 nationalen Standard aussuchen.

21 Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.  
22 Sie muss aus unserer Sicht geeignete Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen, für die  
23 Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch  
24 Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich auftun,  
25 wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien und Start-Ups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen  
26 fördern. Ein neues Forschungsprogramm auflegen, damit Ideen und Zukunftstechnologien zum  
27 Nutzen der Gesellschaft entwickelt werden und der Technologietransfer in die Praxis  
28 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln und so die  
29 Innovationskraft vervielfachen.

30 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst muss  
31 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was angesichts  
32 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine  
33 Selbstverständlichkeit mehr ist.

34 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet sind. Das  
35 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf  
36 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler\*innen, Auszubildende und  
37 Student\*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das europäische  
38 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar wird. So



39 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf der  
40 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

### 41 **5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern**

42 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und ökologischer zu handeln, Informationen  
43 leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den digitalen Wandel  
44 demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir wollen die Chancen  
45 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, um Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit zu  
46 verbessern genauso wie die medizinische Versorgung, Ressourcen zu sparen, Verkehrsunfälle zu  
47 vermeiden und Bildungschancen zu erhöhen sowie Innovationen zu fördern.

48 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf  
49 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel erreicht.  
50 Bürger\*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können und die volle  
51 Souveränität über ihre Daten behalten.

52 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen  
53 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren  
54 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden  
55 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell und sollten  
56 gesetzlich verankert werden.

57 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,  
58 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem  
59 Ressourcen hunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit ihren  
60 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir wollen Ordnung  
61 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft  
62 krisenfester und dynamischer wird. Unser Ziel ist eine nachhaltige Digitalökonomie. Um sie  
63 zu erreichen, setzen wir auf eine echte Netzneutralität, freie und überprüfbare Software,  
64 offene Schnittstellen, Interoperabilität und eine vitale Entwickler\*Innen-Community, deren  
65 Bemühungen für ein offenes und innovationsfreundliches Internet wir beispielsweise durch die  
66 Anerkennung der Gemeinnützigkeit unterstützen. Gegenüber marktmächtigen Plattformen und  
67 Anbietern brauchen wir ein Europa, das mit einer Stimme spricht, um für den Schutz von  
68 Verbraucher\*innenrechten, fairen Wettbewerb und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.  
69 Trivial- und Softwarepatente lehnen wir ab.

#### 70 *Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen*

71 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Sie  
72 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen lässt  
73 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Reisen reduzieren. Mit  
74 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir unseren  
75 Energieverbrauch reduzieren und die Energiewende beschleunigen, mit einer intelligenten  
76 Mobilitätsplanung und -steuerung bringen wir die Verkehrswende voran.

77 Dafür wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen Potenzial der  
78 Digitalisierung widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann  
79 also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Gleichzeitig frisst sie aber  
80 auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung  
81 gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen  
82 zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,  
83 falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir ein europäisches „Recht auf Reparatur“  
84 schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig Ersatzteile anzubieten sowie  
85 Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern, dass der Zeitraum, in dem Produkte mit  
86 zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher\*innen einheitlich und gut

87 sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert werden muss.  
88 Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-Source-Software-Produkte besonders fördern,  
89 da diese auch nach Ende der Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

90 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik voranbringen und  
91 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und  
92 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie –  
93 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber hinaus  
94 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für  
95 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung soll in  
96 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und  
97 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen wir  
98 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche Projekte in  
99 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten gesenkt  
100 werden können.

#### 101 *Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben*

102 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien und  
103 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In  
104 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen Systemen,  
105 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur gemeinsam, mutig  
106 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

107 Wir wollen, dass die EU kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der  
108 Digitalisierung mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen unterstützt.

109 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden  
110 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen und  
111 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige  
112 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale  
113 Leistungskontrolle werden einfacher. Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für  
114 Beschäftigte und Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen  
115 müssen sich ihrer Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der  
116 Entlohnung stellen. Um Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im Zuge der  
117 Digitalisierung wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken.  
118 Dazu möchten wir das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern. Fortbildungen allein  
119 schaffen allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Durch Digitalisierung ersparte Arbeit darf  
120 nicht Gewinn für die einen und Existenzvernichtung für die anderen bedeuten: Durch  
121 Digitalisierung ermöglichte Profite und Zeitkontingente müssen gerecht an alle verteilt  
122 werden. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch  
123 Maschinen und Algorithmen entwickeln und Grundsicherung für Menschen von Lohnarbeit  
124 entkoppeln. Digitalisierung als Gemeinwohl wird so zur Chance für neue menschliche  
125 Entfaltungsräume.

126 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Freiheit im Netz zu stärken und um  
127 eine angemessene Vergütung für Künstler\*innen und Kulturschaffende sicher zu stellen. Wir  
128 setzen uns für ein europäisches und zukunftsfestes Urheberrecht ein, dass auf den  
129 technischen Wandel eingeht. Es muss bürgerrechtskonform sein und die Interessen von  
130 Verbraucher\*innen, Verwerter\*innen und Urheber\*innen fair ausgleichen und die finanzielle  
131 Absicherung von Künstler\*innen ermöglichen.

132 Es gibt eine florierende kriminelle Industrie, die mit illegalen Kopien gigantische Umsätze  
133 generiert, ohne die Urheber\*innen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Um gegen diese  
134 illegalen Strukturen vorzugehen, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt und entsprechende

135 Inhalte gelöscht werden. Mit Drittstaaten müssen Vereinbarungen zur Rechtsdurchsetzung  
136 geschlossen werden und Täter grundlegend vom Geldfluss abgeschnitten werden, indem wir  
137 Werbetreibende und Finanzdienstleister, die das illegale System stützen, mit in die  
138 Verantwortung nehmen.

139 Die aufwendige Verfolgung von Nutzerinnen und Nutzern war und ist unverhältnismäßig und  
140 nicht zielführend. Wir halten Uploadfilter für den falschen Ansatz und eine fehlerhafte  
141 Technologie. An ihrer Stelle müssen neue Vergütungsmodelle eingeführt werden, die eine  
142 einfache und legale Onlinenutzung von geschützten Werken ermöglicht, wie zum Beispiel eine  
143 Pauschalabgabe für Online-Plattformen, die Inhalte kuratieren.

144 Ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger lehnen wir ab und es muss klargestellt werden,  
145 dass die Verwendung von Hyperlinks nicht unter das Urheberrecht fällt. Dies gefährdet die  
146 Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, die offene Architektur des Internets und  
147 ist in Deutschland bereits grandios gescheitert. Wir setzen uns für eine europäische  
148 Schranke für das „Recht auf Remix“ (transformatorische Nutzung) ein. So erhalten wir die  
149 Remix-Kultur im Internet, hören auf, Nutzer\*innen zu kriminalisieren, und erleichtern  
150 Künstler\*innen eine Vergütung für ihre Leistungen. Nutzer\*innen digitaler Inhalte sollen bei  
151 Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen Gütern. Für  
152 die Digitalisierung des kulturellen Erbes sollen die Fördermittel erhöht und die  
153 Gemeinfreiheit erhalten werden.

154 In einem vereinten Europa wollen wir einen offenen Zugang zu Angeboten und Inhalten einer  
155 vielfältigen Kultur sicherstellen und eine europäische Öffentlichkeit fördern. Zur  
156 Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsflusses sprechen wir uns für eine weitere  
157 Reduzierung des Geo-Blockings im Internet zum Beispiel beim Zugang zu öffentlichen  
158 Fernsehsendern und Mediatheken aus.

159 EU-Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale Technologien zu  
160 entwickeln. Gerade bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir  
161 gesamteuropäisch vorgehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches Zentrum für  
162 künstliche Intelligenz ein.

163 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der Datenschutzgrundverordnung  
164 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales  
165 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in  
166 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische  
167 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im Zusammenhang mit „Big  
168 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein. Bei  
169 der Bereitstellung neuer E-Government-Angebote muss sie auf höchste Datenschutz- und IT-  
170 Sicherheitsstandards setzen und Projekte, die diese Ziele befördern, stärker unterstützen.

171 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern auch  
172 für die von uns Verbraucher\*innen genutzten Plattformen. Wie bereits bei SMS und Telefonie  
173 soll es möglich werden, zwischen den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie  
174 Threema und WhatsApp zu kommunizieren. Außerdem müssen Nutzer\*innen, die die Plattform  
175 wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können und müssen  
176 im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.

177 Damit Unternehmen und Verbraucher\*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht  
178 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten  
179 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-  
180 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns  
181 für eine umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau und für eine  
182 Förderung offener und freier WLAN-Netze ein. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen

183 wir koppeln an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität, es darf kein „Zwei-  
184 Klassen-Internet“ geben.

185 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von  
186 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.  
187 untersagt werden können.

#### 188 *Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung*

189 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als  
190 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum  
191 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung und Verhaltenskontrolle genutzt  
192 werden.

193 Digitale Angebote gestalten unser gesellschaftliches Zusammenleben und haben einen starken  
194 Einfluss auf Rollenbilder und Chancengleichheit, sie sind nicht geschlechtsneutral. Wir  
195 brauchen daher mehr Frauen als Führungskräfte in Digitalunternehmen, Gründerinnen,  
196 Urheberinnen und Entwicklerinnen von digitalen Produkten und Angeboten. Mit speziellen  
197 Programmen und gendersensibler Bildung sollen Mädchen und Frauen ermutigt werden, die  
198 Digitalisierung aktiv mitzugestalten.

199 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die  
200 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir Grünen wollen  
201 jeglicher Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen vorbeugen und verhindern, dass  
202 bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt  
203 werden. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang ohnehin diskriminierungsgefährdete  
204 Gruppen wie Frauen, Minderheiten und ärmere Menschen. Zum Beispiel ändert sich  
205 personenspezifisch, wer beim Online-Einkauf wieviel bezahlen muss oder wer bei Straftaten  
206 zuerst verdächtigt wird. Es werden gruppenspezifische Werbungen angezeigt oder Kredite  
207 aufgrund von Wohnorten automatisiert verweigert. Wir wollen die ethischen Implikationen  
208 neuer Technologien stärker erforschen und politisch berücksichtigen. Wir wollen auf  
209 Europaebene rechtlich verankern, dass algorithmische Entscheidungssysteme generell  
210 überprüfbar, anfechtbar und entsprechend ihrer gesellschaftlichen Wirkung reguliert werden.  
211 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um den  
212 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen  
213 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden. Alle Gremien  
214 zur Überprüfung von Algorithmen müssen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.

215 Es stellen sich aber auch Fragen, wer wie für eine Fehlentscheidung haftet, die durch einen  
216 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter und  
217 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir  
218 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit  
219 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher  
220 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome Systeme,  
221 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische  
222 Digitaletik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete Vorschläge für  
223 einen Rechtsrahmen entwickelt.

224 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue  
225 Digitaletik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die  
226 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorgeht und nach dem Vorbild der irischen  
227 „convention on the constitution“ Bürger\*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen  
228 Digitaletik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaletik für das Europäische  
229 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen werden.

#### 230 *Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen*

231 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller  
232 Europäer\*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu Informationen  
233 ermöglichen.

234 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit war  
235 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien nicht  
236 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von Informationen  
237 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und Autokratien  
238 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die Chance, sich  
239 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen  
240 werden.

241 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von Diktaturen und  
242 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und  
243 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische Rechte  
244 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre  
245 Hetze gegen Antifaschist\*innen, demokratische Politiker\*innen, Andersdenkende, Geflüchtete  
246 und Minderheiten. Besonders stark betroffen sind Frauen. Beleidigungen, Vergewaltigungs- und  
247 Todesdrohungen sind für im Netz aktive Frauen an der Tagesordnung. Dadurch werden viele  
248 Frauenstimmen zum Schweigen gebracht und aus der Debatte im digitalen öffentlichen Raum  
249 herausgedrängt. Doch ein von Männern dominiertes Internet gefährdet auch die in der analogen  
250 Gesellschaft erreichten Fortschritte von Frauen und somit die Demokratie. Die Verifikation  
251 und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle Journalist\*innen entfällt,  
252 wenn Nutzer\*innen alles einfach direkt in sozialen Medien verbreiten. Durch die Macht der  
253 Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Um dem entgegenzuwirken,  
254 wollen wir den investigativen Journalismus genauso stärken wie die Medienbildung in Schule  
255 und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger kritisch mit den Wirkungsweisen und  
256 Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

257 Wir brauchen in Europa eine vielstimmige Öffentlichkeit, die einen lebendigen Eindruck von  
258 der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt Europas vermittelt. Die Digitalisierung  
259 erlaubt Bürgerinnen und Bürgern, mit eigener Stimme an solchen Debatten teilzuhaben. Eine  
260 partizipative Medienöffentlichkeit trägt zur gesellschaftlichen Selbstverständigung bei.  
261 Gleichzeitig können wir die Definition dessen, was auf den Plattformen erlaubt ist und was  
262 nicht, nicht alleine den Betreiber\*innen überlassen, sondern müssen dies politisch regeln.  
263 Zudem ist bis heute völlig unklar, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmte Inhalte wem  
264 und warum anzeigen. Das ist intransparent und verhindert einen selbstbestimmten Umgang mit  
265 dem Internet.

266 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 267 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren  
268 Transparenz,
- 269 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur und ein freies und offenes Internet  
270 für alle,
- 271 • ein Ende der anlasslosen Massenüberwachung,
- 272 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten können.

## 273 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

274 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen  
275 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener  
276 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

277 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit  
278 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel  
279 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU  
280 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in  
281 der Entwicklung neuer Technologien wider.

282 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im Bereich  
283 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit  
284 rasante Entwicklungen statt, und die Europäische Union muss aufpassen, weltweit den  
285 Anschluss nicht zu verlieren. Forschung, die uns bei der Bewältigung des Klimawandels  
286 unterstützt, muss nachhaltig und langfristig unterstützt werden, nicht nur durch einzelne  
287 Forschungsprojekte, sondern auch durch den Aufbau von europäischen Innovationszentren und  
288 umfangreiche Grundfinanzierung. Neue Entwicklungen in der Batterietechnologie, im Recycling,  
289 in der Verwendung nachhaltiger Ressourcen, in der Wasseraufbereitung und in der Erzeugung  
290 erneuerbarer Energie müssen in Europa vorangetrieben werden.

291 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer  
292 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und  
293 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir nutzen wollen,  
294 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische Forschungslandschaft besteht  
295 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme, ineffizienten  
296 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen  
297 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen  
298 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die Wissenschaftsfreiheit mehr  
299 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzeln für sich haben  
300 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft  
301 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es einen  
302 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für Forschung  
303 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer stehen nationale Interessen beim  
304 Kernfusionsprojekt ITER über dem Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Noch immer  
305 scheitern viele kleine und mittlere Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-  
306 Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu kompliziert, zu bürokratisch sind. Und  
307 noch immer bleiben viele gute Ideen aus der Spitzenforschung auf der Strecke oder werden in  
308 anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie nicht in den Markt umgesetzt werden.

#### 309 *Ein neues Forschungsprogramm ab 2020*

310 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische  
311 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges  
312 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt,  
313 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups schafft  
314 und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wichtig ist uns dabei der  
315 Beitrag der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu einem Europa der Innovation. Bei  
316 Förderprogrammen wie „Horizon Europe“ muss darauf geachtet werden, dass die Kultur-,  
317 Geistes- und Sozialwissenschaften verstärkt eingebunden und gefördert werden. Auch darf die  
318 Erforschung gesellschaftlicher Auswirkungen nicht erst nachrangig erfolgen, wenn  
319 technologische Fakten bereits geschaffen sind. Transformative Forschung geht für uns dabei  
320 Hand in Hand mit nachhaltiger und gerechter sozialer Innovation.

321 Auch ist es uns wichtig Forschungsergebnisse durch das gezielte Fördern von Open-Access-  
322 Publikationen allen frei zugänglich zu machen. Dazu wollen wir etwa Projekte wie cOAlition  
323 S, die öffentlich geförderte Publikationen frei zugänglich machen, auf europäischer Ebene  
324 vorantreiben.

325 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen  
326 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit sowie Krebs-  
327 und Demografie-Forschung bis hin zu Machtfragen, wie patriarchale Strukturen, ausgerichtet  
328 werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“ muss dafür sorgen, dass neue Ideen schneller  
329 marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis beschleunigt wird. Dabei soll  
330 frühzeitig die Nachhaltigkeit und Wirkung des Geschäftsmodells eingeschätzt und  
331 berücksichtigt werden. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die  
332 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die  
333 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

334 Wir wollen ein neues Kapitel europäischer Weltraumforschung aufschlagen: Als  
335 Wissenschaftspartei wollen wir die Grenzen menschlichen Wissens auszuweiten und die  
336 fundamentalen Fragen der Physik, des Universums und unserer Existenz erforschen. Raumfahrt  
337 hilft uns, Erkenntnisse über unseren Planeten zu gewinnen (z.B. Klimaforschung,  
338 Landwirtschaft, Katastrophenschutz, Wetterprognosen) und trägt zur friedlichen Kooperation  
339 vieler Nationen bei, zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit Russland bei der  
340 internationalen Raumstation. Die globale Raumfahrtindustrie ist im Umbruch, für Europa geht  
341 es jetzt darum, souverän in der Weltraumforschung zu bestehen und damit europäische  
342 Innovationen zu befördern. Die EU-Staaten sollten dazu ihre finanziellen Anstrengungen  
343 intensivieren. Wir schlagen eine verstärkte Beteiligung der EU bei der europäischen  
344 Raumfahrtorganisation (ESA) und eine noch engere Kooperation mit den nationalen  
345 Raumfahrtbehörden vor.

346 Im Bereich Wirtschaftswissenschaften wird die Pluralität der geförderten Denkschulen und  
347 methodischen Ansätze erweitert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU Forschungen für  
348 die Behandlung vernachlässigter Tropenkrankheiten sowie für bessere Medikamente gegen  
349 armutsbegünstigte Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und Ebola fördert. Ebenso dürfen  
350 Forschungsgelder für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht für Geo-Engineering-  
351 Projekte und -forschung zweckentfremdet werden.

352 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern auch  
353 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir wollen  
354 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler\*innen  
355 schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide  
356 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete  
357 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat  
358 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

#### 359 *Schutz für bedrohte Wissenschaftler\*innen*

360 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf  
361 Wissenschaftler\*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch  
362 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler\*innen aus  
363 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht  
364 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns  
365 dafür ein, dass Wissenschaftler\*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr  
366 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es  
367 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte  
368 Wissenschaftler\*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,  
369 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler\*innen  
370 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit einem  
371 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende  
372 wissenschaftliche Expertise in die EU. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch den  
373 Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

374 *Rückenwind für Start-ups*

375 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür sorgen, dass  
376 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.  
377 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der  
378 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern wir einen  
379 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen  
380 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch sogenannte  
381 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten, zu  
382 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur  
383 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiterinnen  
384 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern und zu  
385 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung  
386 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit  
387 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen wir  
388 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter zusammenwächst. Jungen  
389 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu schaffen,  
390 wo kaum noch welche zu finden sind.

391 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir gewinnen. Dafür fordern wir  
392 ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben dem Visum  
393 sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung  
394 angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

395 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 396 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in den  
397 Blick nimmt,
- 398 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler\*innen,
- 399 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

400 **5.3 Ein Versprechen an die nächste Generation**

401 Europas Zukunft ist die Jugend. Die Europäische Kommission hat eine Initiative gestartet,  
402 die Europas Jugend kostenloses Reisen verspricht, um so junge Europäer\*innen von Europa zu  
403 begeistern (DiscoverEU). Für uns ist klar, dass dies nicht zu Lasten bestehender und  
404 erfolgreicher Projekte innerhalb des Jugendbudgets gehen darf. Wir setzen uns dafür ein,  
405 dass das Programm für alle jungen Menschen in Europa zugänglich wird und um wichtige  
406 interkulturelle Bildungskomponenten ergänzt wird. Nur im Rahmen der gesamten Jugendstrategie  
407 und durch zusätzliche Möglichkeiten wie temporäre Freiwilligendienste und die Pflege eines  
408 Netzwerkes unter den Jugendlichen kann ermöglicht werden, dass #discoverEU tatsächlich zur  
409 Bildung einer europäischen Identität beiträgt, und nicht nur tausende parallele individuelle  
410 Reisen beinhaltet.

411 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für Gestaltung von Freizeit und Bildung von  
412 Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden,  
413 dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird, und Jugendarbeit nicht  
414 an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und  
415 Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus.

416 Die Vielfalt der Sprachen innerhalb Europas ist eine unserer stärksten kulturellen  
417 Bereicherungen. Das Erlernen von neuen Sprachen öffnet neue Realitäten; und trotzdem ist  
418 dies für viele Kinder und Jugendliche derzeit abhängig von der jeweiligen Qualität der  
419 Schulbildung oder des Einkommens der Erziehungsberechtigten, die Sprachaufenthalte oder



420 Sprachunterricht finanzieren können. Gleichzeitig bietet das Internet Chancen für  
421 kostengünstige, effektive und breit gestreute Weiterbildung. Die Institutionen der  
422 Europäischen Union verwenden bereits jetzt viele Sprachen alltäglich, unterstützt durch eine  
423 Vielzahl an Dolmetscher\*innen. Wir wollen eine offene digitale Plattform entwickeln, über  
424 die sich alle europäischen Bürger\*innen andere europäische Sprachen einfach und effektiv  
425 aneignen können.

426 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen massiv  
427 unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für genau  
428 diese die größte Auswirkung. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für  
429 das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher erschaffen wir ein  
430 europäisches Jugendparlament, das durch ein Losverfahren bestimmt wird, und in dem selbst  
431 Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament ist beratend  
432 zum Europäischen Parlament und wird strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils  
433 nächsten Generation gehört wird.

#### 434 **Wer GRÜN wählt, stimmt für**

- 435 • Zielgerichtete Implementierung des #discoverEU-Projekts,
- 436 • Unterstützung von Jugendinitiativen und Jugendverbänden,
- 437 • Entwicklung eines kostenlosen digitalen Sprachenzentrums,
- 438 • Einrichtung eines europäischen Jugendparlaments zur besseren Partizipation junger  
439 Menschen.

#### 440 **5.4 Bildung europäisch leben**

441 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen Land die  
442 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort zu leben  
443 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft konkret  
444 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem  
445 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger\*innen wird, ist  
446 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher reicht  
447 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder Staatsgrenze.  
448 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für Akademiker\*innen und  
449 Menschen mit guten Einkommen.

450 In der Geschichte Europas war und ist Diskriminierung immer wieder auch mit dem Ausschluss  
451 von formaler Bildung verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Beschulungsverbot von Sinti und  
452 Roma unter den Nationalsozialisten, das sich heute noch negativ auswirkt. Wir wollen, dass  
453 Europa für solche Bevölkerungsgruppen die Tür zu Bildung aufstößt. Dafür wollen wir einen  
454 EU-Bildungsfonds einrichten für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell von  
455 formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind. Daraus sollen Stipendien finanziert werden,  
456 um Schulausbildungen nachzuholen oder Berufsausbildungen zu finanzieren. In Zukunft müssen  
457 nicht nur Universitätsabschlüsse, sondern auch Berufsausbildungen sowie Fort- und  
458 Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU anerkannt werden.

459 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und  
460 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern. Dabei sind  
461 für uns insbesondere Großschutzgebiete wie Nationalparks wichtige Partner in der  
462 Umweltbildung. Deshalb werden wir uns auch für die Bereitstellung von Fördermitteln für bi-  
463 und multilaterale europäische Bildungsprojekte und Netzwerke für nachhaltige Entwicklung  
464 stark machen. So erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer ökologisch

465 verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft beteiligen  
466 und somit das Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

467 Wir wollen, dass in der gesamten Europäischen Union der freie Zugang zu qualitativ  
468 hochwertiger Bildung garantiert wird.

#### 469 *Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren*

470 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement  
471 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit anderen  
472 fördern und unterstützen.

473 Alle jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen  
474 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns  
475 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen Dienste  
476 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen  
477 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen  
478 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur  
479 Finanzierung einsetzen.

#### 480 *Erasmus für alle*

481 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der großen  
482 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien vieler  
483 junger Europäer\*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen Menschen Teil  
484 ihres Lebensgefühls.

485 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und  
486 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres Studium die  
487 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen. Dazu möchten wir  
488 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende.

489 Eine oder zwei Wochen als Schüler\*in in ein anderes europäisches Land zu reisen, dort den  
490 Alltag in einer Familie zu erleben und die Schule zu besuchen – diese Erfahrungen so vielen  
491 jungen Europäer\*innen wie möglich zu eröffnen, ist eine der besten Investitionen in den  
492 Zusammenhalt Europas. Wir wollen Lust und Neugierde auf Europa wecken, unabhängig vom  
493 Geldbeutel der Eltern und auch für die Länder Europas, deren Sprache nur selten in  
494 Deutschland auf dem Lehrplan steht.

495 Dafür muss Erasmus+ beim Schulaustausch aber viel einfacher zugänglich gemacht werden. Heute  
496 können oft nur die Lehrkräfte an gut ausgestatteten Schulen den Aufwand betreiben, den die  
497 EU verlangt. Zu detaillierte Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an dem  
498 Austausch junge Menschen aus mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern teilnehmen  
499 müssen, stellen unnötige Hürden dar.

500 Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf nur ca.  
501 5.000 Teilnehmer\*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,  
502 einfache und pauschalierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die Programme  
503 wirklich genutzt werden können. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen für  
504 Schüleraustauschprogramme anbieten, damit der Aufwand für Lehrer\*innen und Schulen so gering  
505 wie möglich ist.

506 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer\*innen. Dabei  
507 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende  
508 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier geht  
509 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und  
510 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote einrichten.

511 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen  
512 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht  
513 erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir  
514 Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine  
515 soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger  
516 wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen. Auch für Menschen mit Kind(ern)  
517 soll ein Auslandsaufenthalt durch entsprechende Unterstützung möglich sein.

#### 518 *Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten*

519 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten. Hochschulen sind  
520 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres  
521 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine ganz  
522 Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung bislang  
523 national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung bündelt sie  
524 vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen der Welt zu  
525 gehören.

526 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das Europäische  
527 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina, die Europa-Universität  
528 Flensburg oder bestehende Kooperationen, wie zum Beispiel der Hochschulverbund Eucor – The  
529 European Campus – sein. Dort arbeiten fünf Universitäten am Oberrhein bereits seit  
530 Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier strategisch bedeutenden  
531 Forschungsschwerpunkten. Wir wollen europäischen Austausch in jedem Lebensabschnitt fördern.  
532 Dafür streben wir ein EU-Austauschprogramm an, in dem Berufstätige ihren erlernten Beruf für  
533 eine Weile in einem anderen Mitgliedsstaat ausüben können.

#### 534 **Eine europäische Zentrale für politische Bildung**

535 Wir Grüne fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und  
536 unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und  
537 wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben. Diese Zentrale  
538 soll unter dem Eindruck des Beutelsbacher Konsens von 1976 stehen und Kontroversität, das  
539 Überwältigungsverbot und eine Schüler\*innenorientierung (Studierendenorientierung)  
540 berücksichtigen. Wir erhoffen uns von einer solchen Zentrale neue Impulse für die politische  
541 Bildung europaweit und ein verbessertes Angebot für Schulen und Universitäten. Forschung und  
542 Aufklärung im Bereich der politischen Bildung werden in Zeiten von Fake News und stärker  
543 werdenden rechtspopulistischen Strömungen ein immer wichtigerer  
544 Bestandteil für die Gesellschaft werden. Um auf diese Tendenzen angemessen reagieren zu  
545 können, ist eine Vernetzung der Akteur\*innen immens wichtig. Eine Zentrale für politische  
546 Bildung kann genau hier ansetzen und Europa politisch weiterbilden.

547 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 548 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 549 • Erasmus-Programm für alle,
- 550 • Europäische Universitäten,
- 551 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

#### 552 **5.4. Europas kulturelle Vielfalt fördern**

553 Die europäische Idee lebt durch die Inspiration kultureller Vielfalt, durch das seit nunmehr  
554 70 Jahren weitestgehend friedliche Miteinander der Europäerinnen und Europäer und durch die  
555 Verständigung auf Freiheit und Recht als fundamentale Grundwerte. Nur wenn es gelingt,

556 Europa auch als einen transnationalen Kulturkosmos in gegenseitiger Wertschätzung seiner  
557 verschiedenen kulturellen Identitäten zu begreifen, kann es seine ökonomische und  
558 ökologische Bedeutung in der Welt nachhaltig weiterentwickeln. Kultur und Kunst sind  
559 besonders dazu geeignet, für die europäische Öffentlichkeit identitätsstiftende  
560 Bindungskräfte zu entfalten und die Institutionen und Regeln eines nachnationalen Europa mit  
561 Leben zu erfüllen. Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur  
562 elementarer Bestandteil menschlichen (Zusammen-)Lebens ist.

563 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den  
564 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern. Europa hat in seiner wechselhaften und  
565 oft dramatischen Geschichte ein kulturelles Verständnis ausgeprägt, das weit über seine  
566 Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine  
567 vielfältige Musik, bildende Kunst und Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur  
568 formen in ihrem historischen Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle  
569 Bezugspunkte in unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik,  
570 die die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner\*innen  
571 lebendig hält. Gleichzeitig wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die Reflexion  
572 der europäischen Aufklärung, die Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte sowie die  
573 wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung  
574 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern. Dazu  
575 gehört auch das Gedenken und systematische Aufarbeiten der gemeinsamen Kolonialgeschichte  
576 Europas. Eine lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert, ist  
577 eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

578 Der Kulturreichtum Europas macht unsere Gesellschaften nicht immun gegen Populisten und den  
579 neuen Nationalismus von rechts und links. Allzu oft werden Kulturgüter und -bräuche von  
580 demokratiefeindlichen Gruppen für ihre Zwecke missbraucht. Aber Kultur ist auch das Banner,  
581 unter dem sich die Kräfte der Freiheit vereinen. Oftmals gehen gerade Kulturschaffende für  
582 ein vereintes Europa, gegen rechte Gewalt und für die Rechte von Minderheiten und  
583 Geflüchteten auf die Straße.

584 Wir wollen, dass Europa die Kraft der Kultur als zentrales Instrument der  
585 Demokratieförderung viel stärker in den Blick nimmt. Wir unterstützen eine selbstbestimmte  
586 und unabhängige Kulturszene. Dabei gilt es, möglichst viele Menschen in Europa an  
587 kulturellen Diskursen zu beteiligen, das wechselseitige Kennenlernen und die  
588 Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu befördern, die Diversität in  
589 Kultureinrichtungen und bei Projektförderungen zu erhöhen und Gender-Gerechtigkeit zu  
590 gewährleisten. Auch für bislang ausgeschlossene und sozial benachteiligte Menschen soll  
591 kulturelle Teilhabe selbstverständlich möglich sein. Es ist zudem Aufgabe der Politik, für  
592 die faire Bezahlung künstlerischer Leistungen zu sorgen. Die Vergabe von Fördermitteln muss  
593 transparent und gerecht erfolgen, gleichwohl sollte das Verfahren auch kleineren und  
594 diversen Projektträgern eine erfolgreiche Teilnahme ermöglichen. Aufgrund der innerhalb  
595 Europas unterschiedlich gut ausgebauten Fördersysteme müssen die Anforderungen an die Ko-  
596 Finanzierung nach Ländern verbessert werden.

597 Wir wollen Künstler\*innen und Kreative in die Lage versetzen, dass ihre Werke angemessen  
598 vergütet werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Vergütungslücke zwischen Urheber\*innen,  
599 ihren Labels und Verlagen sowie zu Online-Plattformen („Value Gap“) zu schließen. Dazu  
600 gehört auch ein modernes Urhebervertragsrecht und eine adäquate Arbeitsmarkt- und  
601 Sozialpolitik für Kreative und Künstler\*innen auf europäischer und nationaler Ebene.

602 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken und eine  
603 ökologisch und sozial nachhaltige Filmproduktion befördern, geschlechtergerechte Zugänge zu

604 Fördermitteln ermöglichen, künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer  
605 Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

606 Der deutsch-französische Fernsehkanal arte ist ein Beispiel für mediale Zusammenarbeit, die  
607 länderübergreifendes Verständnis und damit europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.  
608 Wir wollen einen europäischen Fernsehsender, der mit Produktionen in den verschiedenen  
609 Sprachen und aus den Mitgliedsstaaten, mit europäischen Nachrichten aus Politik, Kultur und  
610 Wirtschaft bis hin zu einem Vollprogramm mit Sport und Unterhaltung das gegenseitige  
611 Verständnis stärkt und deutlich macht, dass Europa ein Kontinent der Einheit in Vielfalt  
612 ist.

613 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 614 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,
- 615 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,
- 616 • die Förderung des europäischen Films,
- 617 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.

## Beschluss (vorläufig)

Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 10.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-E Europawahlprogramm (Kapitel 6)

- 1 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt in ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt wird durch die  
2 europäische Gründungsidee geschützt. Die EU will keine übergeordnete Zentralmacht sein,  
3 sondern Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen zu einem friedlichen und fruchtbaren  
4 Miteinander befähigen. Sie sollen ihre jeweils eigenen demokratischen  
5 Entscheidungsspielräume behalten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen  
6 Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und  
7 Städten.
- 8 Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Hier organisieren die Bürger\*innen  
9 ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der  
10 Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt.
- 11 Es ist deshalb richtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene  
12 getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu  
13 treffen – ist die Grundlage für ein erfolgreiches Europa. Das bedeutet aber auch, dass  
14 Europa da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen.
- 15 Nicht alles in Europa muss gleich gemacht werden. Und nicht jeder Lebensbereich soll  
16 reguliert werden. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber die  
17 Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum Beispiel zur  
18 Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Ein Ausverkauf öffentlicher Aufgaben  
19 in der Daseinsvorsorge ist mit Grünen Überzeugungen nicht vereinbar. Die Selbstbestimmung  
20 der Regionen und Kommunen muss auch in Zukunft fester Bestandteil eines geeinten Europas  
21 sein.
- 22 Wenn EU und Kommune Hand in Hand arbeiten, kann wirklich etwas für die Bürger\*innen  
23 verbessert werden. Beispielsweise kümmert die EU sich darum, dass grenzüberschreitender  
24 Verkehr funktioniert, und die Kommune gestaltet den örtlichen Busfahrplan. Diese Prozesse  
25 müssen ineinandergreifen und funktionieren, denn Europa lebt von der Verständigung und dem  
26 Austausch über Grenzen hinweg. So entsteht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl. Bereits  
27 jetzt gibt es eine europäische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Metropolregionen, die  
28 Brücken nicht nur zwischen Ländern und Kommunen entstehen lässt, sondern vor allem auch  
29 zwischen den Menschen.
- 30 Der europäische Gedanke verankert sich in den Köpfen der Bürger\*innen, wenn sie die Arbeit  
31 der EU in den Kommunen erleben, etwa wenn Straßen oder Gebäude mit Förderprogrammen der EU  
32 errichtet werden. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu den  
33 Fördermitteln geben.
- 34 **6.1 Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**
- 35 Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie Trinkwasser,  
36 aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und schnellem Internet wie auch die

37 Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen wie der Feuerwehr bilden die Basis unseres  
38 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir wollen nicht, dass beispielsweise das gut  
39 funktionierende lokale Wassernetz ein Spekulationsobjekt wird und darunter die  
40 Wasserqualität leidet. Eine funktionierende Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität der  
41 Bürger\*innen und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Es macht einen Unterschied, ob sich  
42 Bürger\*innen bei konkreten Problemen an ihre Gemeinde und an ihre gewählten Vertreter\*innen  
43 wenden können oder in der Warteschleife einer anonymen Firmenzentrale hängen.

44 Die Europäische Union hat eine doppelte Bedeutung für Kommunalpolitik. Sie darf die  
45 kommunale Daseinsvorsorge nicht behindern. Es wird aber oft übersehen, dass die EU die  
46 Kommunen auch vor Liberalisierungsdruck schützen kann. Das wollen wir stärken und ausbauen.  
47 Wo Kommunen und Regionen in eigener Verantwortung über Dienstleistungen der Daseinsvorsorge  
48 entscheiden, dürfen ihre Handlungsspielräume nicht eingeschränkt werden. Wir schützen die  
49 öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei  
50 Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA mit Kanada  
51 oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken,  
52 die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können.  
53 Das größte Risiko geht von möglichen Investoren aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen  
54 gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass  
55 die Europäische Union klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und  
56 für öffentliche und soziale Dienstleistungen schafft.

#### 57 *Sozialen Wohnungsbau unterstützen*

58 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut geworden, dass  
59 Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den  
60 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die EU muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten nicht zum  
61 Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011 zuwider,  
62 wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven Kriterien  
63 wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr unterschiedliche  
64 Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen sind. Diese  
65 Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen Wohnungsbau  
66 ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden; die  
67 Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese Programme  
68 wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

#### 69 *Wasserversorgung schützen*

70 Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum  
71 Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im  
72 Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite der  
73 Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen  
74 Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im europäischen  
75 Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für die  
76 öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019 wird die  
77 Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür starkmachen, dass  
78 sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

#### 79 *Energie in Bürgerhand*

80 Bürger\*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind  
81 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische  
82 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass die  
83 Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt werden – und  
84 den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die Nase

85 gesetzt werden. Eine Bürger\*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische  
86 wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie Kommunen  
87 und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon  
88 zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger\*innen 45 % des  
89 Strombedarfs der EU decken.

90 Menschen in allen Ländern Europas sollen ihren privat erzeugten Strom ins Netz einspeisen  
91 und dafür eine auskömmliche Vergütung erhalten. Sobald die Netze in Europa  
92 grenzüberschreitend ausgebaut sind, soll es so auch möglich werden, dass zum Beispiel  
93 griechische Haushalte mit ihrer Solaranlage Strom nach Deutschland exportieren können.

#### 94 *Verantwortung für den ÖPNV bei den Kommunen*

95 Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll bei Städten  
96 und Kommunen bleiben. Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Nahverkehrsplänen  
97 helfen den Bürger\*innen nicht, und genauso wenig ist es in ihrem Sinne, wenn die  
98 Auftragsvergabe an kommunale Betriebe erschwert wird. Europa sollte sich an dieser Stelle  
99 heraushalten. Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur Liberalisierung und Öffnung des  
100 Marktes für Verkehrsunternehmen aber zielen in eine andere Richtung. Sie nehmen Kommunen und  
101 Regionen dieses wichtige Steuerungselement.

102 Kommunen und Regionen müssen, zum Beispiel als Betreiber öffentlicher Busbahnhöfe,  
103 entscheiden können, inwieweit privaten Busunternehmen der gleiche Zugang wie öffentlichen  
104 Verkehrsunternehmen gewährt wird. Die Rolle der EU muss sich darauf beschränken, Regeln für  
105 Transparenz und fairen Wettbewerb bei Großprojekten vorzugeben. Im Sinne einer nachhaltigen,  
106 umfassenden örtlichen und regionalen Mobilitätsstrategie, die die Mobilität von Bürger\*innen  
107 und den Klimaschutz beachtet, ist eine starke Rolle von Kommunen und Regionen förderlich.

#### 108 *Sparkassen und andere kleine Banken stärken*

109 Unsere mittelständische Wirtschaft braucht regional verwurzelte Banken, welche die  
110 Versorgung ihrer Regionen mit Krediten und Finanzdienstleistungen im Auge haben. Wir Grünen  
111 haben uns im Europaparlament erfolgreich für einfachere Regeln für kleinere, solide Banken  
112 eingesetzt. Wir wollen die europäische Finanzmarktgesetzgebung weiter vereinfachen. Wer über  
113 solides Eigenkapital und ein konservatives Geschäftsmodell verfügt, soll bei Meldepflichten  
114 und laufender Aufsicht entlastet werden. So stärken wir regionale Banken für die Zukunft.

115 Das europäische Ausschreibungs- und Vergaberecht fördert Transparenz, es stärkt nicht nur  
116 den Binnenmarkt. Das Verfahren hat sich seit der letzten Reform erheblich verbessert und  
117 ermöglicht inzwischen auch die Festlegung von sozialen, ökologischen und ethischen  
118 Kriterien. Das ist ein GRÜNER Erfolg! Es stellt allerdings Kommunen und kleine lokale  
119 Anbieter von Dienstleistungen häufig immer noch vor hohe administrative Herausforderungen  
120 und dient zu oft als Sündenbock. Wir wollen deshalb die Schwellenwerte im Vergaberecht  
121 erhöhen. Außerdem wollen wir die aktive Kommunikation der Regeln und ihrer Chancen durch die  
122 EU verbessern und auch kleinen lokalen Anbietern bei Ausschreibungen mit Hinweisen zu den  
123 rechtlichen Rahmenbedingungen unter die Arme greifen. Auch Schulungen in den  
124 Kommunalverwaltungen können die Steuerungsfähigkeit von Kommunen im Vergabeverfahren  
125 stärken.

#### 126 *Wer GRÜN wählt, stimmt für*

- 127 • den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- 128 • europäische Unterstützung im sozialen Wohnungsbau,
- 129 • den Schutz unseres Trinkwassers vor Privatisierung,



- 130
- öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Hand.

131 **6.2 Grenzüberschreitend zusammenleben**

132 Das Herz der EU sind ihre Bürgerinnen und Bürger. Städtepartnerschaften zwischen zwei und  
133 mehr Ländern sorgen seit vielen Jahren dafür, dass sich Menschen näherkommen, über  
134 Landesgrenzen hinweg Freundschaften und gemeinsame Projekte entstehen und der europäische  
135 Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen sie stärken, ihre Erneuerung wo nötig  
136 unterstützen und die europäischen Mittel entsprechend ausbauen. Programme und Fonds für  
137 Kleinprojekte, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger\*innen fördern, wie  
138 Erasmus+, Europa für Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische  
139 Sozialfonds (ESF) eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu  
140 gemeinsamen Aktivitäten und Projekten und helfen somit bei der Herausbildung eines  
141 europäischen Gemeinschaftsgefühls.

142 Für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind die INTERREG Programme der Europäischen Union  
143 wichtige Instrumente, da sie gemeinsame Herausforderungen von EU-Mitgliedsstaaten und  
144 benachbarten Staaten angehen. Statt einer Kürzung der Mittel, wollen wir die INTERREG-  
145 Programme erweitern und setzen uns dafür ein, dass weiterhin auch Regionen, die keine  
146 direkte Landgrenze zu Nachbarstaaten haben, förderfähig bleiben.

147 Europa kann und soll die Förderung von Klein- und Begegnungsprojekten mit niedrigschwelligem  
148 Ansatz verstärken. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Organisationen und  
149 des Europaparlaments, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem sich lokale  
150 Austauschprojekte finanzieren lassen, auf ein Budget von 1 Euro pro Bürger\*in aufzustocken  
151 und es damit mehr als zu verdoppeln.

152 Grenzüberschreitende Metropolregionen (Euregio) und Kommunalverbände (Eurodistrikte) leben  
153 diese europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene vor. In der Euregio Maas-Rhein, die  
154 sich über die belgische, niederländische und deutsche Grenze hinweg erstreckt, lässt sich  
155 beispielsweise schon heute beobachten, dass Kooperation funktioniert. In vielen konkreten  
156 Alltagsfragen sind Euregios und Eurodistrikte Vorreiter für transnationale Lösungen. Dafür  
157 brauchen sie Flexibilität. Sie sollen beispielsweise in die Lage versetzt werden, die  
158 Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder  
159 Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu  
160 betreiben. Dieses Engagement darf nicht durch unnötige bürokratische Hürden blockiert  
161 werden. Bisher ist es so, dass Behörden für solche transnationalen Projekte eine parallele  
162 Zertifizierung durch die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen. Das wollen wir ändern.

163 Zudem soll das Prinzip der „einzigsten Prüfung“ (Single Audit Principle) angewandt und die  
164 Prüfung von Verwendungsnachweisen in die Hände professioneller Auditstellen vor Ort gelegt  
165 werden. Mit solchen zentralen Anlaufstellen und einer gebündelten Zertifizierung kann Europa  
166 den Verwaltungsaufwand für transnationale Projekte deutlich senken.

167 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 168
- mehr Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler  
169 und kommunaler Ebene,
  - weniger Bürokratie bei grenzüberschreitenden Kitas und Gesundheitseinrichtungen.
- 170

171 **6.3 Förderpolitik neu ausrichten**

172 Vielen Bürgerinnen und Bürgern offenbart sich die EU durch Förderprogramme, etwa wenn sie in  
173 ihrem Dorf Schilder entdecken, auf denen der Hinweis steht, dass Gebäude und Projekte durch  
174 Mittel der EU finanziert wurden. Ein Drittel des EU-Haushalts, rund 53 Milliarden Euro

175 allein für 2018, wird für Förderprogramme verwendet, die überwiegend in regionale oder  
176 lokale Projekte fließen. Diese Struktur- und Kohäsionsfonds sind ein Mittel der EU, um  
177 wirtschaftlich schwächere Regionen, beispielsweise durch den Aufbau einer modernen  
178 Infrastruktur, zu unterstützen. Ziel dieser Umverteilung ist der Ausgleich regionaler  
179 Unterschiede und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, sowohl  
180 innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Die Förderpolitik muss die Vielfalt  
181 ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung möglichst  
182 viel Entscheidungsfreiheit lassen. Die gezielte Stärkung ländlicher Räume ist auch ein  
183 wichtiger Beitrag, den Siedlungsdruck auf die Ballungsräume abzumildern. Regionalfonds  
184 bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet anzugehen.  
185 Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die wir auch in diesem  
186 Aspekt besonders fördern wollen. Wir setzen uns für eine bessere Kombinierbarkeit und  
187 Vereinfachung der bestehenden Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und regionaler  
188 Ebene ein.

189 Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert werden, in dem  
190 es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und  
191 Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen. Europa kann durch seine  
192 Förderpolitik dazu beitragen, dass Jugendliche ihren Heimatort nicht verlassen, ältere und  
193 andere hilfebedürftige Menschen in ihrem Umfeld die Hilfe bekommen, die sie benötigen, und  
194 Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur Landwirtschaft betreiben können. Dafür  
195 brauchen wir eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, der  
196 Geschlechtergerechtigkeit, an der öffentlichen Infrastruktur und ökologischen Zielsetzungen  
197 orientiert. Wir haben uns in der laufenden Förderperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass  
198 mehr Mittel für diese Schwerpunkte verwendet werden können.

#### 199 *Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und entbürokratisieren*

200 Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für Nichtregierungsorganisationen eine  
201 Chance, um zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist  
202 jedoch oft zu kompliziert. Dadurch werden manche Antragsteller abgeschreckt und gute  
203 Projekte nicht verwirklicht. Für die kommende Haushaltsperiode ab 2020 braucht es daher ein  
204 Umsteuern. Der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme, insbesondere für Kleinprojekte,  
205 muss erheblich reduziert werden. Bei der Bewilligung und Prüfung von Förderprogrammen sollte  
206 überprüft werden, ob die wesentlichen Ziele des Programms erreicht werden.

207 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 208 • einen vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln,
- 209 • EU-Förderprogramme, die Armut bekämpfen, Natur und Umwelt schützen und den sozialen  
210 Zusammenhalt stärken.

#### 211 **6.4 Städten und Regionen eine Stimme geben**

212 Es ist längst offensichtlich, dass die Umsetzung europäischer Ziele – Umwelt- und  
213 Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und Integration – nur  
214 mit aktiver Beteiligung der Kommunen und Regionen sowie zivilgesellschaftlichem Engagement  
215 gelingen kann. In vielen Förderprogrammen der EU werden Kommunen unmittelbar einbezogen;  
216 eine transnationale Kooperation auf kommunaler Ebene wird häufig ausdrücklich gefördert.  
217 Dies ist auch sinnvoll, da der Binnenmarkt und andere EU-Politiken den Handlungsrahmen von  
218 Kommunen und Regionen setzen und bestimmen. Trotzdem wird die Frage, ob und wie Kommunen und  
219 Regionen oder auch gemeinnützige Organisationen in formelle europäische  
220 Entscheidungsprozesse einbezogen werden, oft als innerstaatliche Angelegenheit betrachtet.  
221 Dies entspricht aber schon lange nicht mehr ihrer gewachsenen Bedeutung als kulturelle

222 Bezugsebene. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre direkte politische Beteiligung gestärkt  
223 wird. Kommunen und Regionen müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in  
224 Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen, einbezogen  
225 werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen. Ein wichtiger Hebel besteht  
226 hier auch in der Stärkung der Rechte des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), der  
227 Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Es ist wichtig, dass auch weiterhin  
228 bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen das Partnerschaftsprinzip zur Anwendung  
229 kommt. Durch die gesetzlich sichergestellte Einbindung von lokalen und regionalen Behörden  
230 und Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Förderpolitik kann garantiert werden,  
231 dass deren Know-how berücksichtigt wird.

232 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 233 • ein gesichertes Mitspracherecht von Kommunen, Regionen und Nichtregierungs-  
234 organisationen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und Förderprogrammen.